

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1988.

Dienstag, den 29. Dezember 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die hochqualitative Rollen-  
größe oder deren Raum 40 Pfg. für  
vollständige und gemischte Berichts-  
und Beschlusungs-Anzeigen 20 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
unter das erste Wort fett. Inzeile für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis vierteljährlich: 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 28 Pfg., frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit Illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
Ercheint täglich außer Montags.

### Staatsanwalts Utopia.

Der ehemalige Staatsanwalt und jetzige königl. bairische Ober-  
Landesgerichtsrat in Zweibrücken, Herr Casimir Wagner, tritt seit  
Jahren für die Idee ein, auf den deutschen Südfsee-Inseln einen  
leidhaftigen Zuchtstaat zu errichten. Unter seiner Führung  
hat sich der weltwärtsziehende Zweigverein der deutschen Kolonial-  
gesellschaft an die Spitze jener seltsam gemischten Gesellschaft gestellt,  
die den „Deportationsgedanken“ als eine heilige Sache des Vater-  
landes vertritt.

Jetzt hat Herr Casimir Wagner ein umfangreiches Buch erscheinen  
lassen, auf dessen Deckblatt aus blutiger Morgenröte das goldene  
Wort „Die Strafinfeln“ angeht. Der Gedankenwert dieser Ver-  
öffentlichung würde an sich ihre Erwähnung kaum rechtfertigen,  
wenn er nicht zwei vorhandenen politischen Strömungen entgegen  
läme: er ist erstens einmal eine wahre Orgie scharfmacherischer  
Phantasie und er giebt zweitens die Anregung zur Schein-  
verwertung unfreiwilliger Kolonialbesitzer. Es wäre wahrhaftig  
nicht zu verwundern, wenn die deutsche Kolonialpolitik,  
um ihren Bankrott zu verschleiern, schließlich den Zweck unserer  
Sonnenplätze darin finden würde, zwangsweise dahin gebrachte Ver-  
brecher zu beherrsigen.

Herrn Casimir Wagners, des Staatsanwalts, Straf-Utopien löst  
also mehr als einen Knoten durch einen Streich. Die Südfsee-  
Kolonien sollen durch den Zustrom billiger Arbeitskräfte wertvoll  
werden, das Vaterland von den Kosten des Strafvolzugs befreit  
werden. Damit aber nicht genug! Der Zukunftsstaat auf den  
Südfsee-Inseln soll nicht mehr und nicht weniger bewirken, als den  
vom Grafen Bülows längst schon tot geredeten Zukunftsstaat in  
Deutschland vollends unmöglich zu machen. Herr Casimir Wagner,  
der Staatsanwalt, schlägt ganz einfach vor, dem Umsturz durch  
Deportation entgegenzuwirken und ein Sibirien für Deutsch-  
lands „Politische“ anzurichten.

Hört mit den Umstürzern nach den Südfsee-Inseln! Sie reißen  
den Keil der Besitzlosen zum Umsturz der Ordnung und zur  
genossenschaftlichen Befreiung der auf der Unvollkommenheit des Erden-  
lebens beruhenden Gegensätze und Unterschiede. Sie werden den  
Kerger der Proletarier durch scheinbares Bedauern, durch künstliche  
Herbvorhebung aller Unangenehmen und Unbehaglichen, unter Nicht-  
berücksichtigung aller lichter Seiten der Lage, und suchen auf diese  
Weise den Erfolg von Lehren der Freiheit, Gleichheit und Brüder-  
lichkeit vorzubereiten, deren Verwirklichung niemals auf die Dauer  
erwartet werden kann.

Und wer sind diese „sie“, die durch Verschönerung nach der andern  
Semiphrase unschuldig gemacht werden sollen? Die — An-  
archisten! Und — sollte man einem königlich bairischen Staats-  
anwalt eine solche Naivität zutrauen? — zum Kampfe gegen diese  
Anarchisten ruft er die Socialdemokratie an! Er schreibt wörtlich:

Um Mißverständnissen vorzubeugen, belone ich ausdrücklich,  
daß ich hierbei nur die Anarchisten, nicht die Anhänger der  
Socialdemokratie im Auge habe, die vielmehr sich zu mächtigen  
Beginnen (!?) und unter der Leitung einiger bedeutender rede-  
gewandter und sogar vornehmer Führer manche nur zu be-  
gründete gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze und zur  
Hebung der arbeitenden Klassen veranlaßt und mitberbei-  
geführt hat.

Ja, der königlich bayerische Staatsanwalt verurteilt allen Ernstes,  
die socialdemokratische Fraktion seinen Deportationsgedanken gegen-  
über zu einem sympathischeren Verhalten zu veranlassen, als sie es  
einer seiner früheren Petitionen an den Reichstag hat zu teil werden  
lassen. Er schreibt weiter:

Sollte, nebenbei betont, der Widerstand der Socialdemokratie  
gegen meine Eingabe, der in einigen für mich wenig ermutigenden  
Auslassungen des Abg. Thiele — Sitzung des deutschen Reichs-  
tages vom 28. Februar 1903 — und des „Vorwärts“ zum Aus-  
druck gelangte, mit der Annahme zusammenhängen, daß der in  
meiner Eingabe bestudliche Abschnitt über den „inneren Feind“  
sich auf die Socialdemokratie beziehe, so würde ich das als  
Mißverständnis bedauern, da ich neben der Kriminalität nur den  
Anarchismus zu treffen beabsichtige.

Man hört mit Staunen, zu welchem Grade der Höflichkeit sich  
ein Staatsanwalt und Umsturzfeind einer Dreimillionenpartei gegen-  
über zu verhalten vermag. Aber von allen Lesern dieser Zeilen  
wird wohl Herr Casimir Wagner der einzige sein, der hofft, daß  
solche Höflichkeit ihren Zweck erreichen würde.

Wo ist jener Anarchismus, der so strichterlich und schreden-  
drohend ist, daß sich die bürgerliche Gesellschaft seiner nur mit Hilfe  
der Tropfenweise zu erwehren im Stande wäre? Was Herr Casimir  
Wagner als Anarchismus bezeichnet und mit Worten brandmarkt,  
wie sie allen Staatsanwälten von den Alpen bis zum Welt von  
den Klippen fliehen, ist nichts andres als jene Thätigkeit, die die  
internationale, oder um mit Herrn Wagner zu reden, „zwischen-  
völlige“ Socialdemokratie als die stolze Aufgabe ihres  
Daseins betrachtet. Wir sind ja schließlich doch keine  
Nationalisten! Von allen Lesern des „Vorwärts“ ist Herr  
Casimir Wagner sicherlich der einzige, dem es gesagt werden muß,  
daß sich die ganze deutsche Socialdemokratie mit samt ihren „vor-  
nehmsten Führern“ Heber selbst in sein Strafutopien verschiden ließe,  
als daß sie zu seiner Verwirklichung die Hand böte.

Man kann es in der That bedauern, daß sehr ernste Probleme  
des Strafvolzugs von einem höheren deutschen Richter in so  
unernster Weise behandelt zu sehen. Nur dadurch wird sein Buch  
eine günstige Wirkung erzielen, daß sich die paar vernünftigeren  
Leute, die sich da und dort für das Deportationsystem eingefetzt  
haben, nach seinem C-Wortem verlaufen werden.

Die Frage, was mit den Verbrechern, d. h. mit den wirklichen  
Verbrechern, nicht mit den „Anarchisten“ zu geschehen habe,  
gehört zu den brennendsten Fragen der bürgerlichen Gesellschaft.

Es hieße Papier verschwenden, wollte man abermals be-  
weisen, daß eine vollkommene Lösung dieser Frage innerhalb  
der bestehenden Verhältnisse unmöglich ist, weil sich diese  
Gesellschaft für jeden Verbrecher, den sie unschuldig macht, zwei  
neue erzeugt. Aber auch nur zu einer annähernden Lösung dieser  
Frage ist der heutige Staat unfähig, weil sein Gedankenkreis von  
mittelalterlichen Zwangsvorstellungen beherrscht ist. Auch Herr  
Wagner ist ein Richter der Nacht. Ohne es zu wollen und zu  
wissen, widerlegt er die oft gehörte Ansicht, daß die Straf-  
verschickung eine humanere Art des Strafvolzugs wäre, als das  
deutsche Zuchthaus, in dessen Abgründe längst Hans Leuk hinab-  
gelockt hat. „Eine strenge Bestrafung vor Fluchtversuchen“, so  
schreibt er u. a. — etwa durch Stockhiebe und Ketten-  
anlegen wie auf den britisch-ostindischen Strafinfeln — wird  
jedemfalls auch nicht ohne Einfluß auf die Sicherung der Ver-  
wahrung der Strafgefangenen bleiben, namentlich wenn der  
Gebrauch von Schusswaffen nach vergeblichem Haltgebote gegen-  
über den auf der Flucht betroffenen Strafgefangenen erlaubt werden  
würde.“

Und an einer andern Stelle:  
Wir dürfen auch nicht vergessen, daß, wenn der doch meist in  
freier Luft sich vollziehende Aufenthalt auf den Verbrechereinfeln  
eine empfindliche Strafe sein soll, es ganz im Interesse des  
Strafvolzugs liegt, daß die Unterkunft daselbst nicht ohne  
einige Unannehmlichkeiten des Klimas verlaufe. Seckrausheit und  
Sonnenhitze erfüllen dann gewissermaßen den Zweck einer  
Lebensstrafe, wie dies in unseren Strafanstalten vor  
Einführung der jetzigen Ungeheuerungsverfügen, Vorrichtungen hin-  
sichtlich unheilbarer kleiner Mißwiesener der Fall war.

So wunderbar sind also die Wege der Gerechtigkeit, daß sogar  
die Säufe zu Organen des Strafvolzugs werden können! Ihre  
gar nicht genug zu beklagende Absetzung von dieser hohen Würde  
wird unser Straffolialschödarmer mit dadurch erleichtert, daß er die  
Seckrausheit als ein strafverschärfendes Mittel empfiehlt. Durch  
Somiren soll der böse Geist ausgetrieben werden, von dem die  
Staatsfeinde und Umstürzer besessen sind!

So wird dieses Buch eines deutschen Richters wertvoll bleiben als  
ein Kulturdocument seiner Zeit. In die Hände von Männern, die  
solche Anschauungen vertreten, sind die Geschickte unglücklicher Menschen  
gelegt, solche Köpfe, die unter gänzlicher Verwechslung aller Begriffe  
auf eine politische Partei die unsinnigsten Zumutungen stellen, haben  
über Delikte zu richten, die aus den politischen und wirtschaftlichen  
Verhältnissen herausgewachsen sind! Ganz gegen seine Absicht ent-  
hält Herr Wagner einen der schlimmsten Mängel unfrei Strafwesens,  
die Rückständigkeit der Ansichten jener, die es zu leiten und  
vollziehen haben. Das ist ein Uebelstand, den Herr Wagner in  
seinem Buche selbst berührt, indem er schreibt:

Es muß mit der leider vielfach bestehenden An-  
sicht gebrochen werden, als ob die Beschäftigung mit dem bürger-  
lichen Rechte eine an sich feinere und für die leitenden Stellen  
würdiger sei, dagegen die Thätigkeit in den Strafkammern mehr  
den minder befähigten und untergeordneten Mitgliedern der Gerichte  
überlassen bleiben könne.

Damit will doch Herr Wagner ganz gewiß nicht sagen, daß eine  
solche Auffassung an den leitenden Stellen irgend eines Bundes-  
staats die maßgebende sei! Denn wenn auch eine solche Annahme  
den Schlüssel geben würde zur Erklärung mancher Vorurtheile,  
über die die ganze Welt den Kopf schüttelt, so würde sie doch Herrn  
Casimir Wagner — wegen Beleidigung seines eignen Standes —  
als erstem die Anwartschaft verschaffen auf freie Station im stillen  
Meer! —

### Weihnachtstage in Crimmitschau.

Crimmitschau, den 24. Dezember 1903.

Jeder dritte Mann auf der Straße, fast jede Frau, jedes Kind,  
dem man begegnet, trägt einen großen Korb und eine Menge Paete  
am Arm. Das alles kommt vom „Gesellschaftshause“, wo seit gestern  
ununterbrochen verteilt wird, von aller Frühe bis 12 Uhr nachts.  
Die Leute stehen vor dem Thore, Nummer um Nummer wird ein-  
gelassen, tritt in den großen Saal, geht die Karte vor und wird  
je nach dem zu den Vorkrätern für Erwachsene, für Frauen, für kleine,  
größere und große Kinder geführt: am schnellsten sind Schuhmacher  
und Kleider abgehoben. Die Stimmung unter den Leuten war  
eine ausgezeichnete, frohe, gemüthliche. „Ich möchte einen Ueber-  
zieher haben“, mit diesen Worten tritt wieder ein Weber ein. Ein  
hinter ihm Stehender erwidert: „Dein Lebttag hast Du keinen Ueber-  
zieher getragen, was kriegst du denn jetzt für Frauen!“ Eine junge  
Spinnerin tritt ein und sagt lachend, so daß sie nur mühsam den  
vorbereiteten Satz hervorbringt: „Ich möchte eine ganz große Flasche  
Parfum.“ Jedermann probiert die Dinge erst an, die er auszuwählen;  
Schuhe werden angezogen und ausgetagen, Röde angeprobt, Kränze  
um den Hals gelegt, Röhren aufgesetzt usw. usw. Und dabei geht  
die Arbeit doch so rasch von statten, daß an einem Tage über 3000  
Personen abgefertigt werden konnten.

Die Wartenden vor dem Thore müssen sich freilich oft stunden-  
lang unterhalten. Da wird von den neuesten Ereignissen geredet;  
so z. B. von den Gewerbegerichtssagen, die gestern stattfanden und  
in der — lehrreich genug — der Unternehmer selbst, ein Vertreter  
der Arbeitergesellschaft Punkt über Punkt zugehen mußte, daß ein  
Arbeitswilliger in der Zeit vom 5. Oktober bis 11. Dezember  
einen Durchschnittslohn von 12,50 M. verdient hat. Gegenüber  
den präherlichen Anklagungen der Arbeiter vor Streikbrechern  
ist die Konstatierung gewiß von großem Wert. Uebrigens gehen die  
meisten Arbeitswilligen nach einigen Tagen wieder von Crimmitschau  
ab, denn die Crimmitschauer Fabrikanten haben wirklich auf die  
Arbeitswilligkeit Gefängnisstrafe gesetzt. Das ist nicht ganz scherz-  
haft gemeint; sowie nämlich ein Arbeitswilliger unter Bedeckung in  
die Fabrik gebracht wird, darf er sie auch nicht mehr verlassen; ge-  
arbeitet, gegessen, geschlafen, die freie Zeit totgeschlagen, alles das  
muß innerhalb der Mauern der Fabrik geschehen. Nicht einmal  
auf die Straße darf sich der Arbeitswillige wagen; die Unternehmer  
erlauben es nicht. Das Gefängnis in der Fabrik halten nicht einmal

die Streikbrecher aus. Zur Begründung dieser zwangsweisen Ein-  
quartierung führen die Fabrikanten auch an, daß in Crimmitschau ein  
so außerordentlicher Wohnungsmangel herrsche. Das ist richtig.  
Aber die Streikbrecher müssen auch Mangel an frischer Luft leiden!  
Einige Arbeitswillige kommen aus Oestreich, Prag, Meichen-  
berg, Paulisbrunn, doch, wie gesagt, nach einigen Tagen  
verlassen sie gewöhnlich wieder die Stadt, sie bitten sogar zuweilen  
um das Geld für die Rückreise, und gefällig, wie die Crimmitschauer  
Arbeiter sind, verhehlen sie den Leuten zur gewünschten Abreise.

Unter den Wartenden vor dem Thore des Gesellschaftshauses  
fällt mancher alte Mann auf, ist es doch eine Thatsache, daß beispiels-  
weise unter der Weberdeputation, die zum Minister Weich ging,  
ein Weber war, der bei der Firma Jahr 40 Jahre, und ein  
anderer war, der bei der Firma Wagner u. Baumgarten  
30 Jahre gearbeitet hat. Zum Dank dafür erzählen sie die  
Fabrikanten in Crimmitschau, daß sie bei der „Anleihe“, die sie als  
Friedensbedingung aufgesetzt haben, hauptsächlich nur die jugend-  
lichen Arbeiter und Arbeiterinnen wieder beschäftigen wollen.

Freilich ein alter Arbeiter hält die Intensivität der heutigen  
Arbeit schwer aus. Ein alter Weber erzählte mir, daß im Jahre  
1852, als um den Erfindertag gefeiert werden mußte, auf  
seinem Webstuhl in der Minute 48 Touren gemacht wurden,  
heute macht der langsamste Webstuhl 56—58 Touren in der  
Minute, die besseren, neueren Stühle machen 75 bis  
85 Touren in der Minute. Es versteht sich, daß man der  
intensiveren Arbeit eine um so anspruchsvollere Aufmerksamkeit  
schenken muß. Da in Crimmitschau hauptsächlich mit schlechtem  
Material gearbeitet wird, muß an der Ware viel ausgebessert werden,  
und die Arbeit des Webers ist bei 75—85 Touren in der Minute  
eine verwegenerleiende. „Wir waren krank in den ersten Tagen der  
Ausperrung“, sagten mir mehrere Leute übereinstimmend, „weil  
wir an den großen Arm und die Uhrzeit schon so getöndert waren,  
daß wir das andre Leber gar nicht mehr vertrugen. Und wir werden  
sicher wieder krank werden in den ersten Tagen, wenn wir in die  
Fabriken einziehen werden.“ Ebenso wie bei den Webstühlen ist  
die Arbeit in den andern Zweigen der Textilindustrie eine un-  
vergleichlich intensivere geworden. So z. B. hat die Krepplerin,  
deren Arbeit das Trefferen (Auslösen der Wolle) ist, vor fünfzehn  
Jahren mit den alten Maschinen circa 120 Pfund im Tag gemacht,  
heute stellt die Krempelrin im Durchschnitt 500 Pfund her. Auch  
die Spinnmaschine hat große Veränderungen erfahren. Vor allem  
wurde überall die Anzahl der Spindeln vermindert und dem einzelnen  
Arbeiter wurden mehr Spindeln zur Bedienung übergeben. Früher  
mußten bei jeder Maschine vier Mann beschäftigt werden, bei den  
neuen Maschinen müssen zwei Mann genügen, oftmals sogar nur  
einer. Mindestens 50 Proz. ersparen also die Fabrikanten an  
Bedienungspersonal. Die Arbeitererschaft bringt mit der einen  
Stunde, die sie weniger arbeiten will, jenes Plus an Anstrengung  
nicht herein, das ihnen durch die intensivere Arbeit aufgebürdet  
wurde.

Der Einigungsversuch des Herrn Wöhmer Scheiterer; darnach  
haben die Crimmitschauer von Anfang an geträumt. Noch ist tote  
Saison, erst nach Mitte Januar werden sich die Crimmitschauer  
Fabrikanten zu entscheiden haben, ob sie auch auf die nächste Winter-  
saison verzichten und damit ihre Kundschaft dauernd verlieren  
wollen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember.

Albert Friedrich Schäffle.

Am ersten Weihnachtstag ist in Stuttgart an einem Nierenleiden  
ein national-ökonomischer und sociologischer Theoretiker gestorben,  
der auch auf den deutschen und indirekt, durch Renoit Malon, selbst  
auf den französischen Socialismus zeitweilig einen gewissen Einfluß  
ausgeübt hat: Dr. Albert Friedrich Schäffle. Mit ihm hat ein  
Lebensjahr seinen Abschluß gefunden, das manche Schwankungen  
und Widersprüche aufweist, Widersprüche, die sich meist daraus er-  
klären, daß Schäffle nicht nur Gelehrter, sondern zugleich ein in das  
öffentliche Leben eingreifender Politiker sein wollte; aber in  
Betracht ein viel zu sehr in seinen eignen wissen-  
schaftlichen Konstruktionen befangener deutscher Gelehrter blieb,  
um die rings um ihn im öffentlichen Leben hervortretenden Strö-  
mungen und Bestrebungen in ihrer Bedeutung und ihren Tendenzen  
zu erfassen. So sah er, der nach politischer Betätigung drängte,  
nach einem kurzen Aufstieg, der ihn auf einen österreichischen Minister-  
sessel führte, sich alsbald wieder in eine stille Ecke gedrängt, aus der  
er zwar verschiedentlich, zuletzt noch bei den jüngsten Volkstari-  
kämpfen, seinen Ansichten Geltung zu verschaffen suchte, aber mehr  
und mehr erkennen mußte, daß seine Stimme immer weniger Be-  
achtung im politischen Getriebe fand.

Gemessen an dem Einfluß ihrer Theorien auf das geistige Leben  
ihrer Zeit, steht Schäffle in seiner Bedeutung als Socialtheoretiker  
dem ihm im Tode vorausgegangenem Herbert Spencer weit nach;  
doch haben beide in ihren Grundanschauungen viel Verwandtes, wie  
verschiedenartig auch die Methode beider ist, und wie oft auch die  
philosophische Abstraktion, die sich durch Spencers Deduktionen zieht,  
bei Schäffle durch einen nationalökonomischen Einschlag ersetzt wird.  
Beide suchen von demselben Standpunkt aus und in einer oft  
parallelaufenden Richtung in das Gebiet der Sociologie einzudringen,  
beide von der Biologie aus den Komplex der sozialen Lebens-  
erscheinungen zu erfassen, wie denn auch beiden für den Aufbau  
ihrer Theorien Auguste Comtes „Philosophie positive“ die wichtigsten  
Grundsteine geliefert hat. Die Art, wie Spencer und Schäffle damit ihren  
Bau fundamenterten, ist allerdings recht verschieden. Während  
Spencer diese Bausteine teils direkt Comte entnimmt, teils von  
George H. Lewes erhält und sie vor dem Gebrauch nach den Grund-  
sätzen der englischen liberalen Manchester Schule zurecht haut, so daß  
sie sich einheitlich seinem System einfügen, entlehnt Schäffle die  
Grundsteine, die er zum Bau seines „socialen Körpers“ benützt,  
nicht direkt von Comte, den er erst Mitte der siebziger Jahre des  
letzten Jahrhunderts kennen gelernt hat, sondern in der modifizierten  
Form, in der sie die sogenannte deutsche „organische Staatslehre“ dar-

Hiet, und zwar verwendet er sie im wesentlichen so, wie er sie bei dieser, zum Beispiel bei P. v. Siffert, findet, so daß sich in seinem Aufbau überall Unebenheiten und Sprünge zeigen.

Geboren ist Schäffle 1831 zu Kärntingen in Württemberg. Von 1844 bis 1848 besuchte er das evangelische Seminar in Schönbühl, dann die Universität Tübingen. Im Alter von 19 Jahren trat er bereits in die Redaktion des liberalen großdeutschen „Schwäbischen Merkur“ in Stuttgart ein, in der er zehn Jahre verblieb, um dann einem Ruf zur Übernahme einer ordentlichen Professur der politischen Ökonomie der Staatswirtschaft an der Universität Tübingen zu folgen. Auch in dieser Stellung betätigte er sich als preußenfeindlicher, für Österreichs Führung in Deutschland eintretender Politiker. Von 1862 bis 1865 gehörte er auch dem württembergischen Landtag an, übernahm dann aber 1868 eine Professur an der Wiener Universität und bald darauf, im Jahre 1871, den Posten eines Handelsministers im Ministerium Hofmann. Als solcher trat er den deutsch-bürgerlichen Herrschaftsbestrebungen energisch entgegen und erwies sich als eifriger Förderer der feudalistischen, ultramontanen Politik Hofmanns, die er nach außen mit geschickter Publizistik vertrat. Die Minister-Schäftsbesorgung dauerte jedoch nicht lange, schon im Oktober desselben Jahres sah sich das Ministerium Hofmann gestürzt, und Schäffle kehrte nach Stuttgart zurück.

In eigentümlichem Widerspruch zu dieser Ministerthätigkeit Schäffles steht das 1870 von ihm veröffentlichte Werk „Kapitalismus und Socialismus“, das sich als Erweiterung einer von ihm zu Anfang des Jahres 1870 im Wiener Industriemuseum gehaltenen Serie von 15 Vorträgen darstellt. Schäffle vertritt darin mit gewandter Dialektik den Kapitalismus gegen den Feudalismus. Zwar leidet nach seiner Auffassung auch der Kapitalismus an manchen Schäden, aber teils sind diese nur Ueberbleibsel des Feudalismus, teils lassen sie sich durch eine bessere Ausrichtung der wirtschaftlich Schwachen für den Kampf ums Dasein mildern. Diese Ausrichtung besteht einerseits in einer besseren Schulbildung und der Gewährung größerer politischer Rechte, andererseits in dem Zusammenschluß der Einzelnen zu Genossenschaften, sowie in sozialen Reformen. Schäffle zeigt sich in diesem Werk also gewissermaßen als matter Socialliberaler.

Um so mehr überraschte nach seiner Rückkehr nach Stuttgart die zunächst 1874 erschienene Schrift „Die Quintessenz des Socialismus“, die vielfach als eine Hinwendung des österreichischen Genialisten zum Socialismus aufgefaßt wurde und in rascher Aufeinanderfolge eine ganze Reihe von Auflagen erlebte. Welche Motive Schäffle zur Abfassung dieser Schrift bestimmt haben, läßt sich nicht ersehen. Zum Teil war es jedenfalls Verstimmung über das Verhalten des deutschen Liberalismus, speziell der deutschen Liberalen Österreichs, die er 1873 in einer Vorrede zur dritten Auflage seines „gesellschaftlichen Systems der menschlichen Wirtschaft“ als „politischen Föbel in Seidenhüten“ bezeichnete, andererseits aber eine nähere Beschäftigung mit der englischen Evolutionstheorie, die ihm die landläufigen Gegenstände der liberalen deutschen Presse gegen den Socialismus denn doch als gar zu haltlos erscheinen ließ.

Zur besseren Würdigung der socialistischen Bestrebungen hat unter den damaligen politischen Verhältnissen die „Lichtmessung“ trotz ihrer Oberflächlichkeit manches beigetragen. Bekannt ist, daß der Socialist Karl Höpfer mehrere tausend Exemplare ankaufte und an Beamte, Lehrer, Aerzte usw. sandte.

Dieser Arbeit folgte in den nächsten Jahren Schäffles Hauptwerk, sein „Bau und Leben des socialen Körpers“, ein Werk, das deutlich beweist, wie weit Schäffle von jedem Socialismus entfernt ist, das ihn als völlig befangen im Sinne der sogenannten biologischen Socialtheorie zeigt, die den Staat resp. die Gesellschaft als Organismus im Sinne der Biologie auffaßt und auf ihn deren Lebensgesetze überträgt, das damals aber trotzdem auf die socialistischen Anschauungen und Literatur einen bedeutenden Einfluß übte. Einmal, weil Schäffle noch immer als halber Socialist galt, dann weil damals, nachdem Eugen Dührings Einfluß auf die socialistische Auffassung gebrochen war, sich gewisse Kreise eine Lücke zeigten, die durch das Eindringen der Marx'schen Lehre nur erst zum Teil ausgefüllt worden war. Ein Nachlassen dieser Eingekommenheit für Schäffles Socialtheorie stellte sich erst ein, als dieser in der Mitte der achtziger Jahre seinen alten liberalen Standpunkt wieder fand, und die gegen die Socialdemokratie gerichteten Schriften „Die Unzulänglichkeit der Socialdemokratie“ und (nach der Aufhebung des Socialistengesetzes) „Die Bekämpfung der Socialdemokratie ohne Ausnahmegesetz“ veröffentlichte.

Seitdem (im Jahre 1896) hat Schäffle eine neue Auflage seines „Bau und Leben des socialen Körpers“ erscheinen lassen, in der er die biologischen Analogien der ersten Auflage fast ganz fallen läßt, damit aber zugleich auch den größten Teil der früheren Grundlage aufgibt, so daß nichts als ein bunter Eklekticismus übrig bleibt.

#### Reaktionäre Reform.

Wenn einige Mitteilungen, die jetzt die „Berliner Politischen Nachrichten“ über die angelegte Vereinsgesetz-Novelle machen, wie es den Anschein hat, die Absicht der preussischen Regierung richtig darstellen, so zeigt sich, daß auch in diesem Falle wiederum in Preußen keinerlei geringer Fortschritt möglich ist, ohne daß zugleich einige Reaktionsforderungen mitgeschmuggelt werden.

Nach den „V. P. A.“ soll das Verbot der Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen und Versammlungen aufgehoben werden, wodurch Preußen in dieser Hinsicht wenigstens auf die Kulturhöhe des — sächsischen Nachbarstaates gelangen würde. Durch die Segmentverwirrung des Herrn v. Hammerstein war der bisherige Zustand noch vollends zur Lächerlichkeit geworden und eine Aenderung geradezu unausbleiblich.

Weiter aber kündigen die „V. P. A.“ folgende Absichten der Vereinsgesetz-Novelle an:

Zu einer unerwünschten Verneuerung des Schreibwerks und zu einer arger Belästigung sowohl der Beteiligten als der Polizeibehörden hat die Vorchrift geführt, daß nicht nur die Statuten und Mitgliederlisten, sondern auch alle Veränderungen in diesen der Polizeibehörde zur Vermeidung von Ordnungsstrafen anzuzeigen sind. Zur Abwendung solcher Unzuträglichkeiten wird es sich empfehlen und mit dem Zwecke des Gesetzes vereinbar sein, wenn statt dessen den Polizeibehörden das Recht beigelegt wird, die Verzeichnisse der Mitglieder und die Statuten, sowie die etwa eingetragenen Veränderungen von Vereinsvorständen einzufordern, und wenn diesen die Pflicht auferlegt wird, diesen Forderungen der Polizeibehörde zu entsprechen. Schließlich sprechen Zweckmäßigkeitsgründe von Gewicht dafür, mit der beabsichtigten Veränderung des Vereinsgesetzes zugleich die Befreiung der Nicht-Fremden herbeizuführen, die durch den Gebrauch einer fremden Sprache in politischen Vereinen und Versammlungen mehrfach vorgekommen sind, und zwar wird es nach dem Grundgedanken des ganzen Gesetzgebenden Planes, die Bewegungsfreiheit von Vereinen und Versammlungen nur insoweit einzuschränken, als dies unbedingt notwendig ist, als genügend erachtet werden, den mit der Ueberwachung von politischen Versammlungen betrauten Beamten die Befugnis beizulegen, den Gebrauch der deutschen Sprache für die Verhandlungen zur Vermeidung der Unzulässigkeit zu verlangen. Durch diese Beschränkung der Versammlung wird verhindert, daß der Gebrauch einer fremden Sprache auch in solchen Fällen ausgeschlossen wird, wo er unbedenklich ist,

während andererseits den mit der Durchführung der Vereins- und Versammlungspolizei betrauten Behörden die Möglichkeit gegeben ist, den Gebrauch einer fremden Sprache in politischen Versammlungen da zu verbieten, wo er nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen für die Ueberwachung der Versammlung oder sonstige Zwecke des Vereinsgesetzes gefährlich erscheint.

Hinter der Wolfe von Worten versteckt sich die Absicht, das Vereins- und Versammlungswesen noch weit mehr als bisher dem Ermessen und Willkür der Polizei zu überliefern. Die Polizei soll „das Recht“ haben, Mitgliederlisten und Veränderungen in ihnen zu fordern oder nicht zu fordern, was in der preussischen Wirklichkeit bedeuten würde, daß „gut-gesinnte“ Vereine von Schwierigkeiten befreit bleiben sollen, die den „verdächtigen“ Vereinigungen doppelt reichlich zugewendet werden. Die Polizei soll ferner die „Befugnis“ haben, ob eine andre als die deutsche Sprache in den Versammlungen zulässig ist, was wiederum in der preussischen Wirklichkeit nichts anderes bedeutet, als daß insbesondere der Gebrauch der polnischen Sprache völlig von der „Befugnis“ der Polizei abhängig gemacht wird. In zweierlei Hinsicht soll an Stellen, an denen jetzt noch einigermassen gleiches Recht besteht, die Polizeivollmacht zur obersten Macht gelangen.

Als die Absicht der Vereinsgesetz-Novelle zuerst bekannt wurde, betonten wir, daß man sie erst wirklich sehen müsse, ehe man ihre „Reformfreundlichkeit“ glauben könne. Die Verschönerung des Mißtrauens zeigt sich bereits überdeutlich.

#### Giuseppe Zanardelli

Ist am Sonnabend im Alter von 77 Jahren am Magenkrebs gestorben. Vom 7. März 1901 bis zum 21. Oktober d. J. war Zanardelli Ministerpräsident jenes anfangs sich stark an die äußerste Linke anlehenden Kabinetts, von dem ein Teil der italienischen Genossen eine energische soziale Reformthätigkeit erwartet hatte. Von den vielen Versprechungen der Zanardellis'schen Programmrede wurde allerdings nur der allergeringste Teil im Laufe der 2 1/2 Jahre eingelöst, so daß die italienischen Genossen sich mehr und mehr zurückzogen. Die Aufgabe des Jarenbesuches, die auf die socialistischen Demonstrationsankündigungen hin erfolgte, gab dann dem ohnehin durch Giolitti und anderer Minister Müdigkeit arg zusammengekrümpften Kabinetts den Gnadenstoß.

Das Schicksal des Kabinetts Zanardelli bewies, daß auch in Italien die politische Leistungsfähigkeit des Liberalismus erschöpft ist, daß insbesondere Zanardellis Verdienste selbst der Geschichte angehören. Zanardelli, geboren 1826 zu Brescia, studierte die Rechte und kämpfte 1848 bei der Erhebung mit. Nach der Schlacht von Custoza begab er sich nach Toscana, später nach Mailand, wo er sich an der Herausgabe mehrerer Zeitschriften beteiligte. Auf Grund der Amnestie kehrte er 1851 nach Brescia zurück, wo er rechtswissenschaftliche Vorlesungen hielt, an deren Fortsetzung er 1858 durch General Susani gehindert wurde. Seit 1860 gehörte er der Linken der italienischen Kammer an. Nachdem er 1860 für Garibaldi in Neapel vorgeordnet hatte, übernahm er 1876 im Kabinett Depretis das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. 1878 war er unter Cairoli Minister des Innern, von 1881 bis 1888 und seit 1887 Justizminister. Als solcher trat er 1891 mit Crispi zusammen zurück, nachdem er im Codice Zanardelli die Reform des italienischen Strafrechts durchgeführt hatte. Nachdem er verschiedene Male den Vorsitz in der Deputiertenkammer geführt hatte, übernahm er im Kabinett Rudini 1897 wieder das Justizministerium, aber nur bis zum folgenden Jahre, wo er wieder Kammerpräsident wurde. Nachdem Delouy 1899 das Kabinett in ein konservatives verwandelt hatte, legte Zanardelli das Präsidium abermals nieder und ging zur Opposition über. Nach dem Sturze Saraccos bildete er 1901 sein Kabinett unter Unterstützung der äußersten Linken.

Es verkauert leider mit großer Bestimmtheit, daß die Zanardellianer, die letzten Ueberreste der historischen Linken, mit einer kleinen Fraktion der Radikalen, den Marcorianern, zusammen eine neue liberale Oppositionspartei bilden wollen, die in den Mittelpunkt ihrer sofortigen Forderungen das Ehegesetz stellen will. Bekanntlich wird Giolitti dieses Gesetz fallen lassen, um sich nicht in Widerspruch zu den konservativen Elementen seines Kabinetts zu setzen.

Diese neue politische Gruppierung ist nicht ohne Bedeutung für das parlamentarische Leben, obwohl sich nicht viel Nutzen davon absehen läßt. Dazu fehlen der neuen Fraktion zu sehr die deutschen Demarkationslinien den Giolittianern gegenüber, mit denen die Zanardellianer bisher gemeinsam die ministerielle Mehrheit gebildet hatten. Voraussetzungsweise wird es sich weniger um eine principielle, als um eine opportunistische Opposition handeln, weniger um eine neue aufrichtig liberale Partei, als um eine Fraktion von Portefeuille-Aspiranten.

Die neue Gruppe wird einen ausgesprochen freimaurerischen Charakter haben, was sie — nach den bisher mit den Freimaurern als Politikern in Italien gemachten Erfahrungen — auch nicht gerade empfiehlt.

### Deutsches Reich.

#### Weihnachtsgroß.

Es war ein mildes Weihnachtstociern, das sich in den Festbetrachtungen dieser Tage zeigte. Alte Gewohnheit ließ die alten Nieder ertönen, doch sie klingen hohl und gehen an den Herzen vorüber, die sie rühren sollen. Man sprach in allen Tonarten von Milde, von Friede, von Liebe, doch man empfindet vielfach selbst die Unmöglichkeit, diese Zeit des Kampfes, der Drohungen, der Kriegsrüfungen, der Unterdrückungen, der Feindseligkeit, der Lieblosigkeit durch lägherisches Schöngerede zu überbrücken. Man empfindet selbst, daß das Volk gefällig ist von Worten, denen die Worte hochsprachen, daß es ein neues Weihnachten zu schaffen sich rüstet, ein Weihnachten, welches das religiöse Dogma den Gläubigen läßt, aber die fittlich menschliche Forderung in Wahrheit verwirklichen soll.

Freilich, die alte Weihnacht findet noch ihre eifrigen Streiter, deren hoffende Weihnachtstriebe sich wild gegen die neue Weihnacht wendet. Je widerwärtiger sich die religiöse und kirchliche Ungehörigkeit in gewissen Weihnachtserklädignern zusammenhäuft, um so eifriger suchen sie ihre Tügel zu schwingen gegen die neue Wahrheit. Das eifrigste leistet hierin die allerchristlichste „Kreuz-Zeitung“, in dem sie gegen die „Rosen Weihnachten“ eine Verteidigung versucht.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat sich in der Weihnachtstriebe zu der Weihnachtswidrigkeit gestärkt, mit der sie ihre Abwehr beginnt, daß die Socialdemokraten gerade bei ihren Festbetrachtungen darauf ausgehen, die christliche Glaubenslehre herabzusetzen, die christliche Gesinnung zu untergraben und der Gottlosigkeit eine Gasse zu machen. Die socialdemokratische Partei nehme selbst „christliche Mäuren“ an und benutze gerade die hohen christlichen Festtage, um unsre Religion zu verhöhnen und Klassenhass zu treiben. Nachdem das fromme Wort jedoch das behördliche Eingreifen in die Weihnachtstriebe der Crimmittschauer Arbeiterkämpfer delobt hat, fährt er fort:

„Doch bei dieser mehr örtlichen hegerischen Ausnutzung des Weihnachtstages läßt es die socialdemokratische Presse keineswegs bewenden. Sie läßt gerade in diesem Jahre, offenbar nach einer bestimmten Parteciparole, Sturm gegen den Christenglauben überhaupt und zeigt sich dabei von einer Dreifigkeit, wie sie bisher noch nicht beobachtet werden konnte. Die Socialdemokratie glaubt augenscheinlich nunmehr, der Zeitpunkt sei gekommen, an welchem sie, des trockenen Tones satt,

ganz den Teufel spielen und ihr Unsiß noch deutlicher als in Dresden enthüllen könne. Verschiedene socialdemokratische Organe lassen es sich diesmal sogar ein erledigtes Schindeln kosten, indem sie ihren Weihnachtsummern besondere Weihnachtstheorien zugaben, um darin recht mit Behagen der weihnachtlichen Stimmung im Volke einzugewirken. Der „Vorwärts“ betitelt diese Beilage „Lulle Weihnacht“ und sucht darin durch verschiedene Schilderungen den Eindruck zu erwecken, als sei das Weihnachtsfest thalisch nur ein Fest der Reiden und Satten. Die Wohlthätigkeit, die Charitas, die gerade bei der Feier der Geburt des Heilandes so überaus werthtätig sich erweist, wird in den Artikeln des socialdemokratischen Parteiblattes so viel wie nur möglich herabgesetzt; dagegen wird die socialdemokratische Zukunftsgeheimnis, von der kein Genosse weiß, wie sie beschaffen sein wird, zwischen den Zeilen gepriesen. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist der Schluß eines Artikels mit der Ueberschrift „Ergebungs-Weihnacht“; hier heisst es, die ergebungsgeheimnis Proletarier blühten hoffend in die Zukunft, die ihnen das Hirtenlied zur Wahrheit werden lassen solle durch den großen Kampf des Klassenbewußten Proletariats um Freiheit und Kultur, sie blühten aber auch hinüber auf das Weberproletariat von Crimmittschau, das um eine bessere Zukunft kämpfe. Man sieht, Klassenhass und Klassenkampf, das ist der Weihnachtsgedanke in der Socialdemokratie.“

Und weiter pflichtet die „Kreuz-Zeitung“ allerlei Stellen aus verschiedenen socialdemokratischen Blättern, um die Christenunfeindlichkeit der Socialdemokratie zu zeigen.

Die „Kreuz-Zeitung“ erweitert das Verleumdung ihres Weihnachtsgroßes durch die Mitteilung, daß in der Socialdemokratie eine „bestimmte Parteciparole“ ausgegeben worden sei, um die liebreichen „Kreuz-Zeitungs“-Feiern zur Weihnachtzeit besonders zu betreiben. Das „Kreuz-Zeitungs“-Christentum ist so kerikalisiert, daß es an päpstliche Votung glaubt, der eine gedankenlose Menge stumm nachbetet. Es mag nicht zugestehen, daß die in seinem gesamten Herrschaftsgebiet sich offenbarenden Widerwärtigkeiten allenthalben den gleichen Widerstand erwecken müssen. Der Weihnachtstorn über der „Kreuz-Zeitungs“-Prommen ist sehr verständlich. Dieses Fest soll die höchste und beste Gelegenheit bieten, das „Christentum“ der „Kreuz-Zeitung“ zu pflegen und im Volke zu festigen. Und nun, da die Liebe die reichlichste Wirkung erzielen sollte, wird ihr die Maske entzogen und ihre Verwahrheit wird offenkundig denn je, das allerchristlichste Christentum der „Kreuz-Zeitung“ wird entlarvt als das aller-unkristlichste Widerchristentum der Junkerherrschaft, der Militär-Gewaltthat, der Massenausbeutung. Wie sollte da die „Kreuz-Zeitung“ nicht in der Wut der erstoppten Schächer auffahren? Wie sollte sie nicht beschämen, ihre Lügenlehren durch neue Lügen zu schämen? Sie läßt über Untergrabung der christlichen Gesinnung, Verhöhnung der Religion, Sturm gegen den Christenglauben, während gerade die „Kreuz-Zeitungs“-Partei es ist, welche durch unchristliche Handlungen die christliche Gesinnung untergräbt, welche die Lehren der Religion durch ihren Mißbrauch zu niedrigen Zwecken verhöht.

Die „Kreuz-Zeitung“ sucht ihr Weihnachtstociern des brüderlichen Wortes und der unbrüderlichen Thaten durch die Unwahrheit zu erhalten, als ob der Glaube und die Gesinnung der Christlichen von der Socialdemokratie vernichtet werden sollen, während nur die unchristlichen Thaten der „christlichen“ „Kreuz-Zeitung“ vernichtet werden sollen.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist mit Recht erregt, daß wir gegen das Lichtfest, das sie ercheucht, die tiefen Schatten der dunklen Weihnacht heraufziehen, daß wir gegen die Gewissensberuhigungen des Wohlthätigkeitsbetriebes die vollständige Unfähigkeit der „Kreuz-Zeitungs“-Gesellschaft aufweisen, auch nur die naive Not dieser Zeit zu bedenken oder gar die Lehren der Nächstenliebe zu verwirklichen. Es versteht sich, daß die „Kreuz-Zeitung“ über „Klassenhass“ schmäht, da wir die Unchristlichkeit der Massenbedrückung, die ihr Evangelium ist, aufdecken. Je mehr sie wider die „Rosen Weihnachten“ tobt, um so mehr beweist sie die Unwahrheit des konservativ-christlichen Weihnachtstocierns.

Rationale Tuberkeln. Wir haben in der vorigen Nummer gegenüber einem frechen Versuch der „Deutschen Tageszeitung“, neue Viehsperren durch Schauergerichten über „dänische Tuberkelbraten“ zu propagieren, ziffermäßig die gesundheitsliche Ueberlegenheit des dänischen gegenüber dem „nationalen“ Vieh nachgewiesen. Wir haben insbesondere darauf hingewiesen, daß auf dem Berliner Schlachthofe bei der zweiten Untersuchung nationalen Rindviehs nach 25 bis 35 Proz. als tuberkulös befunden wurden, während die dänischen Rindviehställe fast ausnahmslos gesund waren.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erwähnt mit keinem Worte unsere Beweisführung. Sie erzählt ihren Lesern: Sachlich seien unsere Ausführungen vollkommen belanglos, so daß es nicht der Mühe wert ist, sie kritisch zu beleuchten. Die kritische Beleuchtung wäre dem Blatt allerdings so schwer gefallen, daß sie die „Beleuchtung“ nicht erst versucht, in dem richtigen Gefühl, daß dabei nur eine Beleuchtung agrarischer Schamlosigkeit herauskommen könnte. Dafür begnügt sich das Interessenorgan für Volkthum damit,

„wiederum festzustellen, daß der „Vorwärts“ der allzeit kampfbereite Schächer nicht nur der russischen Finnen und Trübsinn, nicht nur der amerikanischen Schildläuse, sondern auch der dänischen Tuberkeln ist. Das liegt durchaus in der Natur seiner feiner Bestrebungen für innere und äußere Volksgeundheit.“

Finnen sind Finnen, Schildläuse sind Schildläuse, und Tuberkeln sind Tuberkeln, genau so wie agrarische Goldschreiber dasselbe sind, wie unverkännliche Lügner. Die Socialdemokratie ist noch nicht so weit in ihrem „nationalen“ Bewußtsein verfeinert, daß sie die dänischen Tuberkeln, die nicht vorhanden sind, für gemeingefährlich, dagegen die fürchterlich grassierende nationale Viehsucht für einen herrlichen Vorzug des vaterländisch angestammten Rindviehs erklärt. Die Socialdemokratie hat daher stets jede Veterinärmaßregel unterstützt, die einen Schutz gegen krankes Vieh und Fleisch bezweckt und ermöglicht; und sie macht freilich keinen Unterschied zwischen ausländischen und einheimischen Krankheitsregern und sie wird ihn nicht machen, so lange nicht etwa die Medizin wissenschaftlich festgestellt, daß die nationalen Trübsinn und Finnen deshalb besonders verderblich seien, weil ihre Seelen durch dieselbe nationale Gemüthsstimmung ausgezeichnet seien, die ihren Jüchtern, den Junkeragrarier, eigentümlich sind. Bis das nicht erwiesen ist, behandeln wir die Verweigerung ausländischen und „nationalen“ Viehs mit gleichem Maß und verlangen Schutz gegen jegliche Seuche. Das unterscheidet uns von den Agrariern, die von dem geübten Vieh des Auslandes behaupten, daß es verpestet sei, während sie zu verhindern suchen, daß das nationale Vieh überhaupt und gründlich untersucht werde. Die Agrarier sind die principielle Förderer nationaler Viehsuchen; sie waren es, die die Hausfälligkeiten der Untersuchung entzogen und es im preussischen Landtag durchsetzten, daß auf den sächsischen Schlachthöfen nicht geprüft werden darf, wie viel Tuberkeln die Spezialtierärzte der Grundbesitzer übersehen hätten.

Ueber den „Wahlfälschungs-Prozess“ gegen den Genossen Herzfeld urteilt jetzt in der „Deutschen Juristen-Zeitung“, dem maßgebendsten Organ der deutschen Juristen, der Herausgeber Justizrat Staab in folgender Form:

„Aufsehen erregte der Prozess wegen Wahlfälschung gegen einen Reichstags-Abgeordneten. Er hatte in Berlin seinen ordentlichen Wohnsitz und in Rostock einen zweiten Wohnsitz genommen. An letzterem Orte wählte er in der Hauptwahl, an ersterem darauf nochmal in der Stichwahl. Er erklärte hierzu berechtigt gewesen zu sein. Das Gericht verurteilte ihn. Es sprach ihn wegen der Wahlbeteiligung in Rostock frei, wegen der Wahlbeteiligung in Berlin verurteilte es ihn und billigte ihm dabei mildernde Umstände zu, weil er für seine Partei seine Hand ins Feuer gelegt habe. Die letztere Begründung ist bedenklich. Aber ebenso zweifelhaft ist der Spruch des Gerichts im übrigen, sowohl in seinem vorentsprechenden, als in

seinem verzweifelnden Zeile. Man darf gespannt sein auf die Entscheidung des jetzt angerufenen höchsten Gerichtshofes. Wir können nicht finden, daß Herr Staub sich gerade viel klarer entscheidet als das von ihm kritisierte Urteil. —

**Nach mehr Bilbes und Forderungen?** Ein „Herold“-Telegramm meldet: „In der Bilbes-Affaire ist, wie hier verlautet, die nochmalige Vernehmung des Verlagsbuchhändlers Richard Sattler in Braunschweig und zwar auf Ersuchen des Ersten Staatsanwalts in Berlin verfügt worden. In eine Begnadigung Bilbes ist übrigens, sicherem Vernehmen nach, nicht zu denken. Bei dieser Gelegenheit wird auch bekannt, daß dem genannten Verleger in den letzten Wochen nicht weniger als aus fünf östlichen und westlichen Garnisonen des Reiches und zwar aus Offiziers- und Unteroffizierskreisen Manuskripte zur Drucklegung zugegangen sind, welche Personen und Verhältnisse der betreffenden Garnisonen schildern.“

Ob diese Manuskripte das Licht der Öffentlichkeit erblicken, ist freilich die Frage. Herr Sattler, dessen Bilbes-Romane ja eingezogen worden und dessen Platten vernichtet worden sind, wird als gebanntes Kind das Feuer scheuen. Die vorzeitige Veteuerung des Herrn Kriegsministers, daß es nur einen Bilbes gebe, wird also nur durch die Beihilfe des Staatsanwalts wahr gemacht werden! Solange nicht ein ausländischer Verlag Herrn v. Einem Unrecht giebt! —

**„Jena oder Sedan“ vor Gericht.** Die Verleger des Beyerleinschen Romans „Jena oder Sedan“ haben gegen die „Hamburg. Nachrichten“ Verleumdungs- und Schandenspiegelklagen angehängt, weil das Blatt die deutschen Buchhändler vor weiterer Vertrieb des Romans „wegen seiner antimilitärisch-socialistischen Tendenz“ gewarnt. Die Beklagten beabsichtigen bei diesem Anlaß die „Schädlichkeit“ dieser Art von Litteratur vor der weitesten Öffentlichkeit nachzuweisen.

Hoffen wir im Interesse Deutschlands, daß nicht die Geschichte ihr Urteil spricht! —

**Kirchen als Wahllokale.** Der Minister des Innern hat nach der „Deutschen Tageszeitung“ Erhebungen darüber angeordnet, in welchem Umfange bei den letzten Landtagswahlen Kirchen als Wahllokale benutzt werden mußten, sowie ob sich daraus Unzulänglichkeiten ergeben haben. Ferner soll erzwungen werden, ob es nach den örtlichen Verhältnissen ratsam erscheint, von der Benutzung der Kirchengebäude für die Zukunft abzusehen, selbst wenn zu diesem Zweck eine Verlegung des Wahlortes in Aussicht genommen werden müßte.

Auf diesen Mißstand des preussischen Wahlverfahrens haben wir schon vor Jahren hingewiesen. Ein preussischer Minister kommt selbst im geringsten erst langsam nach. —

## Husland.

### Eine Spaltung in der „Petite République“.

Paris, 24. Dezember. (Fig. Ver.) Seit gestern hat Jaurès die „Petite République“ verlassen. Nicht wegen principieller oder tatsächlicher Differenzen, sondern wegen der schon seit Jahren in diesem Blatt herrschenden Verwaltung- und finanztechnischen Zustände — genauer Mißstände. Hierüber ließe sich ein langes und trauriges Kapitel schreiben. . . . Genug, die vom Eigentümer und Verwalter des Blattes, Dejean, angewandten Mitteln, um das Blatt rentabel zu machen, haben schließlich Jaurès aus dem Gedanken gebracht, entweder die Verwaltung der „Petite Rep.“ unter seine eigene Kontrolle zu bringen oder eine neue Zeitung zu gründen. In der neuen Kombination sollte Gérault-Richard den Titel eines „Chefredakteurs“ beibehalten, aber die „effektive Leitung“ Jaurès zufallen. Nach einigem Schwanken entschloß sich jener, in der „Petite Rep.“, so wie sie ist, zu verbleiben. Daher Jaurès' Austritt aus der Redaktion.

Dieser machte seinen Austritt und dessen Ursachen in den gestrigen bürgerlichen Abendblättern bekannt in einem ebenso schonenden wie freundlichen Brief an seine Kollegen. Die heutige „Petite Rep.“ aber erwähnt den Abschiedsbrief Jaurès', sowie dessen Austritt überhaupt mit keinem einzigen Wort! Dafür überrascht sie ihre abzunehmenden Leser mit einem Sympathieschreiben der verbleibenden Mitarbeiter an die Adresse Gérault-Richards. Die zwanzig Unterzeichner, unter denen mit einer oder zwei Ausnahmen sich kein namhafter Journalist befindet, bezugen dem Chefredakteur ihren „Stolz“, unter seiner freundschaftlichen Leitung ihre Mitarbeiterschaft fortsetzen zu können. Darauf folgt dieses Dankeschreiben Gérault-Richards:

„Ich danke Euch für Euer wertvolle Sympathiebezeugung. Ich bin froh, daß Ihr in meinem demokratischen und socialistischen propagandistischen Werk mit derselben Unabhängigkeit wie bisher (das ist vielversprechend! Der Verlegerstatler.) Nebenbei hat mir die administrative Leitung spontan (!) die Mittel der Kontrolle und die Bürgschaften geliefert, die wir als Schriftsteller und Künstler zu verlangen das Recht haben.“

In einigen Morgenblättern findet man noch Interventions-Erklärungen, worin Gerault-Richard über den „idealen“ Zeitungspersonal von Jaurès mit robustem Geschäftssinn spöttelt: In Jaurès' Blatt, meint er, dürften sich die Dinge ebenso gestalten wie anderwärts. Man wird eine Gesellschaft gründen und das angelegte Kapital, das heißt, die Aktionäre zu entschädigen haben. Wo? . . .

Mit Jaurès hat der Abg. Rouanet die „Petite République“ verlassen. Man nennt noch als Mitarbeiter des kommenden Jaurès'schen Blattes die Abgeordneten Briand und de Pressensé und den ehemaligen Abg. Viviani, also die ersten schriftstellerischen und fähigsten Kräfte der ministeriellen Sozialisten.

In übrigen nach Jaurès' Selbstbestimmung von der „Petite République“ je nachdem mit einem: „Lieber spät als niemals“ oder mit einem: „Zu spät!“ aufgenommen werden. Es sei nur erwähnt, daß Jaurès persönlich seiner Zeit das Verkaufsmagazin der „Petite République“ in Schutz genommen hat, das unter dem schwierigsten hergestellten Waren zu Schandenpreisen absetzte, was heftige Proteste u. a. seitens der Gewerkschaften hervorrief. —

## Ostasien.

Peking, 27. Dezember. („Lassan-Meldung.“) Der britische und der japanische Gesandte haben, wie bestimmt erklärt werden kann, die Ansicht ausgesprochen, ein Krieg zwischen Rußland und Japan sei unvermeidlich. Man glaubt, daß sie über die in der japanischen Note enthaltenen Bedingungen genau unterrichtet sind. Auf den andern Gesandtschaften hegt man nur sehr geringe Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung der Schwierigkeiten zwischen Japan und Rußland. Die Chinesen leben in der Befürchtung, daß ein auf Kosten Chinas geführter Krieg das Land zu Grunde richten werde.

London, 28. Dezember. Dem Reuterschen Bureau“ wird aus New York gemeldet, Rußland habe bei der Cudahy Packing Company in South Omaha dringende eine Million Pfund Polsterfleisch bestellt, welche am 20. Januar in San Francisco zu liefern seien, wo sie von zwei russischen Schiffen übernommen würden.

Peking, 27. Dezember. („Lassan-Meldung.“) Der Thron genehmigte die vom Vicekönig Juanfichai vorgeschlagene Organisation der chinesischen Armee in 20 Heeresabteilungen, eine für jede der 18 Provinzen Chinas und je eine besondere für die Mongolei

und die Mandchurei. Das Genehmigungsbild ernennt gleichzeitig Juanfichai zum Mitgliede des Verkehrsamtes und des Haupt-Generalstabes und bezieht die Errichtung von drei Stabsabteilungen und 13 Unterabteilungen. Obgleich Juanfichai unbeschränkte Vollmacht bei der Befehung der neu geschaffenen Stellen haben soll, tritt auch hierbei die sibirische chinesische Gürtelwirtschaft zu Tage, da die bisher Ernannten durchweg nicht Militärs und unfähig für ihre Stellen sind.

Entgegen gewissem Gerüchten ist bis jetzt noch keine Mobilisierung chinesischer Truppen erfolgt. Die japanischen militärischen Behörden halten eine Mobilisierung chinesischer Truppen auch für unmöglichbar. —

## Frankreich.

### Eine gewerkschaftspolitische Aktion.

Paris, 24. Dezember. (Fig. Ver.) Die Pariser Gewerkschaften mit der „Allgemeinen Konföderation der Arbeit“ an der Spitze haben seit Monaten nicht aufgehört, eine energische Agitation gegen die Stellungsbermittlung zu führen. Es ist in Frankreich vielleicht das bisher glänzendste Beispiel einer ausdauernden proletarischen Aktion.

Der gewerkschaftliche Druck von außen hatte, wie seiner Zeit gemeldet, Anfang November das Kammerparlament für die Reform des Arbeitsnachweises beschleunigt. Die Gewerkschaften legten aber die Agitation in Paris und in der Provinz fort — im Hinblick auf den wohlbekannten socialpolitischen reaktionären Geist des Senats. Die „Konföderation der Arbeit“ veranstaltete unter anderem am 5. Dezember im ganzen Lande hundert Agitationsversammlungen.

Der Senat ist jedoch infolge seines Wahlmodus für jeden Druck von außen und ganz besonders für einen proletarischen Druck viel weniger empfänglich als die Deputiertenkammer. Er ließ sich nun in seiner sibirischen Versäppung nicht stören. Noch mehr. Die senatorische Kommission, die sich gar nicht spaltete, hat den von der Kammer vortierten Reformentwurf, der ohnehin ein Kompromißwerk ist, grundsätzlich verurteilt, trotz des Wunsches der Regierung, den Kammerentwurf unverändert angenommen zu sehen. Und es ist ein Mitglied des ministeriellen „Blocs“, Senator Aucouin, der die Verschlimmerung erformen und in der Kommission zur Annahme gebracht hat. Während nach dem Kammerentwurf die Gemeinderäte zur Abschaffung der privaten Arbeitsnachweis-Bureaus binnen fünf Jahren verpflichtet sind, überläßt es der senatorischen Entwurf dem Belieben der Gemeinderäte, die Abschaffung vorzunehmen oder nicht.

Die Gewerkschaften können diese Verhinderung natürlich nicht hinnehmen, wollen sie nicht die Arbeiter der Städte mit bourgeois Gemeinderäten preisgeben. Sie beschlossen daher, in Paris einen Generalstreik der an der Reform besonders interessierten Arbeiter der Nahrungsmittelbranche ins Werk zu setzen. Einige Berufe, darunter die Bäcker, haben bereits den Generalstreik für heute votiert. Außerdem sollen heute Straßenkundgebungen veranstaltet werden, davon eine vor dem Senatsgebäude!

Präses Lépine, der nach wie vor der Arbeitermeuterei vom 20. Oktober ruhig seines brutalen Amtes waltert, bereitet ebenso ruhig neue ordnungsgewalttätige Luthaten vor. Schon seit mehreren Tagen hat er um die Arbeitsbüros herum einen provokatorischen Polizeidienst organisiert. Gestern Abend nach Schluß einer Versammlung sind Lépiners Bestien über einige junge Arbeiter, die singend die Arbeitsbüros verließen, mit Faustschlägen und Fußtritten hergefallen. Für heute hat Lépine seine Mannschaft auf den Kriegslauf gesetzt, um sie auf die Pariser Straßen loszulassen. . . . Die demokratische Regierung, die den Vorfällen nach wie vor dem 20. Oktober gewähren läßt, wird außerdem den Vätermeister an Stelle der streikenden Arbeiter Soldaten zur Verfügung stellen.

Jaurès aber schreibt heute in der „Petite République“ folgendes: „Es wäre traurig, wenn man, um den Geist des Senats unzufrieden, auf nichts anderes rechnen könnte als auf die für heute angelegentlichsten gewagten Straßenbewegungen, die nichts weiter vermögen als einen Vorwand zu systematischem Widerstand oder zur gewaltsamen Repression zu liefern. . . . Dagegen werde, schreibt er weiter, die „Demokratie“, wenn sie wolle, friedlich und geschäftlich den wirtschaftlich reaktionären Geist des Senats umgestalten. — „Wo kein Wort des Protestes gegen die vorbereiteten, die erfahrungsgemäß in brutale oder auch blutige Mißhandlung der Proletarier ausartenden Polizeimaßnahmen! Dafür aber ein tüchtes Bild von den gewagten Straßenbewegungen!“ Es scheint, daß die „Demokratie“ der französischen Republik und des Kabinetts Combes das in der englischen und der belgischen Monarchie frei und ohne jegliche Wagnis ausgeübte Recht der Straßenhandgebungen nicht vertragen kann.

Hebrigens braucht man die grundsätzlich generalstreikerischen Tendenzen der „Konföderation der Arbeit“ nicht zu teilen, um ihre Aktion im gegebenen Falle zu billigen, vorausgesetzt, daß sie den Streik der Nahrungsmittelindustrie umsichtig organisiert hat. Vielmehr ist es bedeutsam, daß die grundsätzlich antipolitische Konföderation durch die Logik der Thatfachen sich gezwungen sieht, eine politische Aktion zu unternehmen. —

**Ein Schiedsgerichts-Vertrag zwischen Frankreich und Italien.** Zwischen dem französischen Minister des Aeußern Delcassé und dem italienischen Gesandten in Paris wurde am 25. Dezember im Namen der beiderseitigen Regierungen ein Vertrag unterzeichnet, in welchem bestimmt wird, daß die beiden Regierungen alle Differenzen, welche sich bei der Auslegung der bestehenden Verträge ergeben und die auf dem diplomatischen Wege nicht erledigt werden könnten, dem internationalen Schiedsgericht in Haag unterbreiten. Ausgeschlossen sind dabei Differenzen, welche die Lebensinteressen oder die Unabhängigkeit und die Ehre der zwei vertragsschließenden Staaten oder die Interessen dritter Mächte berühren. In jedem einzelnen Fall haben die vertragsschließenden Regierungen, bevor sie die Angelegenheit dem internationalen Schiedsgerichtshof unterbreiten, das Streitobjekt, die Machtbefugnisse der Schiedsrichter usw. festzustellen. Der Vertrag lautet auf fünf Jahre. —

## Italien.

### Azufriedenheit unter den Regierungsgeschäften.

Rom, 22. Dezember. Zu einem Miniaturaufstand unter den Angestellten am Ministerium der öffentlichen Arbeiten kam es gestern Abend. Ueber 150 Angestellte und Beamte verließen ostentativ ihr Bureau und ließen ihre Arbeit unbenutzt liegen, unter lautem Protest gegen den Minister Tedesco. Obwohl die gesamte römische Presse von dem Vorfalle keine Notiz genommen hat, ist er durchaus nicht leicht zu nehmen.

Veranlaßt wurde er durch den Umstand, daß der Minister Tedesco den Angestellten seines Ministeriums alle möglichen Verbesserungen gemacht hatte, um schließlich nichts zu thun und die Kammer ruhig in die Ferien gehen zu lassen, ohne die Forderungen der Angestellten zu vertreten.

Diese verlangen seit Monaten die Einführung eines Gehalts- und Beförderungsvorgemts, das sie von der Günst und Mißgunst der Vorgesetzten unabhängig macht und jeden, der seine Pflicht thut, die Beförderung garantiert. Die Angestellten werden ihre gerechte Forderung nicht fallen lassen. —

## Amerika.

Washington, 28. Dezember. Der hiesige Gesandte Panamas hat der britischen Botschaft mitgeteilt, daß Panama bereit sei, einen seiner Bevölkerungszahl entsprechenden Teil der kolumbischen äußeren Schuld zu übernehmen, sobald Kolumbien die Republik Panama anerkennt. Die kolumbische äußere Schuld beläuft sich auf ungefähr 15 Millionen Dollar; Panama hat ein Fünftel der Bevölkerung von Kolumbien. —

## Aus Industrie und Handel.

**Die Kommerz- und Diskontobank in Hamburg** wird, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, zu Anfang nächsten Jahres ihre Frankfurter Niederlassung aufheben. In deren Stelle tritt eine Kommanditgesellschaft unter der Firma J. Dresfus u. Co., deren persönlich haftender Gesellschafter J. Dresfus sein wird, und an welcher die Kommerz- und Diskontobank sich mit einer Kommanditeinlage von 3 Millionen Mark beteiligt.

**Der Berliner Grundstücks- und Baustadt.** Dem Jahresbericht der hiesigen Firma Emil Salomon über das Berliner Grundstücks- und Hypothekengeschäft im abgelaufenen Jahr hat alsbald der „Verein Berliner Grundstücks- und Hypotheken-Ratler“ seinen ausführlichen Bericht für 1902/03 folgen lassen, der ein sehr reiches statistisches Material zur Beurteilung der Lage des Berliner Baugeschäfts beibringt; ein Material, das in seiner Hauptmasse auf amtlichen Mitteilungen beruht. Da nämlich in Anbetracht der stetigen Ausdehnung Berlins und seiner Vororte es dem Verein immer schwieriger wird, aus eigener Anschauung einen vollständigen Bericht über die Lage des Grundstücks- und Hypothekengeschäfts zu geben, hat er sich in diesem Jahre an die einzelnen Gemeindeverwaltungen um einschlägiges statistisches Material gewendet, und die meisten haben diesem Ersuchen bereitwillig entsprochen.

Was die Bauhäufigkeit anlangt, so wurden nach dem Bericht im Jahre 1902 853 Neubauten von neuen Häusern abgenommen. Dazu kamen noch 830 Um- und Erweiterungsbauten, was einer Gesamtzahl von 1188 Neubauten entspricht. Am stärksten war die Bauhäufigkeit im östlichen Stralauer Viertel mit 173 und im Königsviertel mit 147 Gebäuden, am schwächsten in der Friedrichs- und Schöneberger Vorstadt und im westlichen Stralauer Viertel. Gebrauchsfertig wurden im Jahre 1902 606 Häuser gegen 589 im Vorjahre, in beiden Jahren am meisten im Königsviertel. Von diesen 606 Häusern waren 110 Wohnhäuser mit 1084 Wohnungen und 22 122 heizbaren Zimmern. Im Durchschnitt kamen auf jede Wohnung 2 Zimmer. Neben, die zu Wohnungen gehören, waren 10 738 vorhanden, d. h. also, ungefähr jede Wohnung erhielt eine Küche. Vom Jahre 1903 fehlt dem Verein über die Bauhäufigkeit in Berlin das amtliche Material, er ist daher auf seine Wahrnehmungen beschränkt. Danach stand die Bauhäufigkeit hinter der des Vorjahres keineswegs, trotz der hohen Preise für Baumaterialien, zurück. An Wohnungen standen in Berlin im Jahre 1902 leer 4514 gegen 2584 im Vorjahre, am Geschäftslokale und Wohnungen standen im Jahre 1902 leer 6299 (i. S. 5180) im Werte von 7 662 422 M. (6 385 234 M.). Die Zahl der leerstehenden Räume dürfte sich bis zum 1. Oktober 1901 eher erhöht als vermindert haben, da die Bauhäufigkeit im Jahre 1903 eine sehr lebhaft war. Ganz kleine Wohnungen (bis 1 Zimmer) standen im Januar 1903 1019 leer gegen 775 im Januar 1902 und 526 im Januar 1901. Kleine Wohnungen von 2—4 Zimmern waren 2508 frei gegen 1136 und 545.

Die Umsätze auf dem Grundstücksmarkt im Jahre 1902 betragen sich auf 1291 bebauten und 384 unbebauten Grundstücke. Davon sind 614 und 263 nach ihrem Verkaufspreise nachgewiesen. Für erstere wurden inklusive der Substantionen und der durch Erfolge in andre Hände übergegangenen 158 601 041 M. gezahlt, für letztere 24 607 251 M. Der Verkauf bebauter Grundstücke und Bauparzellen war im Jahre 1903 besonders umfangreich, ohne daß der lebhaften Nachfrage nach guten Zinshäusern immer genügt werden konnte. Verkauf wertvoller Grundstücke fanden in der Konfektionsgegend, in den Straßenzügen, welche auf den Hausvoigteiplatz münden, in der Friedrichs-, Leipziger-, Behrens-, Charlotten-, Potsdamerstraße und deren unmittelbarer Nähe statt. Für das Jahr 1902 und 1903 sind die genauen Zahlen der verkauften Grundstücke noch nicht festzustellen gewesen. Die Entwicklung der nördlichen Vororte Berlins schließt sich jetzt eng an diejenige Berlins an, während jene der südlichen zum Teil nur langsam vor sich geht. Wangs bedeutend war der Auffassung Schöneberg, dessen Weiterentwicklung im nächsten Jahre hinter dem bisherigen Umfange nicht zurückzubleiben vermag. (Der Gesamtwert der in Schöneberg im letzten Jahre stattgefundenen Grundstückswechsel beträgt übrigens entgegen der Angabe der Firma Emil Salomon nicht „über 42% Millionen“, sondern vielmehr für bebauten und unbebauten Grundstücke zusammen 87 125 000 M., wozu noch für 6 375 000 M. Zwangsverläufe kommen.)

Die Verschuldung des Berliner Grundbesitzes betrug im Jahre 1901 4 874 981 017 M. bei einem Rupperttrag von 369 463 162 M. d. h. also, die hypothekarische Belastung war gleich dem 13.fachen Rupperttrag. Es wurden im Kalenderjahr 1902 338 472 077 M. neu eingetragen, 156 581 008 M. gelöscht, so daß sich die Verschuldung der Berliner Grundstücke auf 5 031 872 086 M. belief. Der Feuerfassenwert betrug am 1. Oktober 1902 4 200 369 000 M., danach betrug die hypothekarische Belastung 120,2 Proz. der Feuerfassen.

**Ueber die Ausfuhr der deutschen Spielwaren-Industrie** enthält der Jahresbericht für 1903 der Handels- und Gewerbe-Kammer zu Sonneberg, der diesmal als erster aller Handelskammerberichte erschienen ist, einige interessante Ausführungen. „Nach England“, heißt es in diesem Bericht, „welches für 20 749 000 M., und den Vereinigten Staaten Nordamerikas, welche für 15 570 000 M. an deutschen Spielwaren bezogen, folgt in weitem Abstand Frankreich mit 3 274 000 M.; relativ das heißt im Verhältnis zur Einwohnerzahl, können nur die Niederlande, die Schweiz und Belgien mit den ergrünannten Ländern in Wettbewerb treten, Staaten aber wie Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien und Rußland stehen, die letztgenannten sogar um ein vielfaches, zurück. Daraus folgt: Nur mit denjenigen Ländern vermag ein befriedigender Verkehr unterhalten zu werden, deren Zölle mäßig, das heißt mit dem Werte der Waren in Einklang zu bringen sind — was bei Ländern mit spezifischen Zöllen zumeist leider nicht der Fall ist — und deren Tarif einen einheitslichen, d. h. für den Artikel Spielwaren in jeder Form, Veschaffenheit und Zusammenfassung gleichen und damit den Artikel allen Willkürlichkeiten der verzollenden Beamten entziehenden Satz vorsieht. Unter dieser letzteren Voraussetzung vermag selbst, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten es lehrt, die nachteilige Wirkung eines an sich hohen Satzes — 35 Proz. — in wirtschaftlich hochentwickelten Ländern bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen zu werden.“

**Die deutsche Sparkassen-Statistik** weist für das Rechnungsjahr 1902 einen Zuwachs der Einlagen um ungefähr eine halbe Milliarde Mark nach. Nach der „Statist. Statistik“ beliefen sich die Einzahlungen auf 1777,61 Millionen Mark (1901 1651,22 Millionen Mark), die Zinszuschreibungen auf 189,47 (1901 175,80) Millionen Mark, die Rückzahlungen auf 1486,52 (1901 1377,55) Millionen Mark, der Zuwachs mithin auf 500,56 (489,53) Millionen Mark. Der Ueberläuf der Reineinlagen über die Auszahlungen war mit 311,00 Millionen Mark etwas geringer als im Jahre 1901, in dem er 313,67 Millionen Mark betragen hatte, aber weit größer als in allen früheren Jahren, von denen nur 1895 mit 283,05 Millionen Mark über den Satz von 200 Millionen Mark hinausgegangen war. Die Zahl der zu Ende 1902 im Umlauf befindlichen Sparkassenscheine war mit 9 877 503 um 342 566 größer als am Schlusse des Vorjahres.

**Ein chinesisches Handelsministerium.** Ende September des laufenden Jahres wurde in China ein Handelsministerium errichtet, das innerhalb der chinesischen Centralbehörden ein völlig neuartiges Gebilde ist. Es umfaßt vier Abteilungen: das Handelsamt im engeren Sinne mit Unterabteilungen für Handelsberichte, Handelsvermittlung, Schutz der Kaufleute, Patentwesen, Urheberrecht; das A d e r b a u m i t den Unterabteilungen für Rechtsverhältnisse von Grund und Boden, Wasserrecht und Regulierung, Ackerbau, Viehzucht und Seidenkultur; das I n d u s t r i e f ö r d e r u n g s a m t mit den Abteilungen für Industrie, Bergbau, Verkehrswesen, Ausstellungen; das K o n t r o l l a m t mit den Unterabteilungen für Münzwesen, Waage und Gewicht, Zollwesen und kaufmännige Gerichtsbarkeit.

# Sociales.

## Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten zehn Jahren.

Seit einiger Zeit finden in der Fachpresse Auseinandersetzungen statt über die Gestaltung und den Umfang der nächsten Berufs- und Gewerbezahlungen. Die letzte Zahlung war bekanntlich 1895 und die nächste wird hoffentlich 1905 vorgenommen werden, wobei vor allen Dingen eine raschere Bearbeitung des gewonnenen Materials zu wünschen ist als es bei der letzten Zahlung der Fall war. In diesen Auseinandersetzungen ist die Ansicht vertreten worden, daß es noch keine Eile habe mit einer neuen Gewerbezahlungen, da wohl seit der letzten Zahlung noch keine allzu großen Veränderungen vorgegangen sein dürften. Das Jährliche dieser Ansicht zu widerlegen ist die Zusammenstellung für geeignet, die soeben vom preussischen statistischen Bureau über die Entwicklung der Dampfmaschinenleistungen in Preußen in den letzten zehn Jahren veröffentlicht wird. Danach hat sich von 1894—1903 allein die Zahl der Pferdekräfte der feststehenden Dampfmaschinen beinahe verdoppelt (die von der Betriebs- und der Marineverwaltung benutzten Maschinen sowie die Eisenbahnlokomotiven sind dabei nicht mitgezählt). Nach dieser Zusammenstellung betrug

am 31. März der Jahre	der feststehenden Dampfmaschinen	Leistungsfähigkeit überaus durchschnittlich	Pferdestärken
1894	57 224	2 179 250	87,90
1895	60 488	2 358 175	88,90
1896	62 611	2 534 900	40,49
1897	65 078	2 714 612	41,71
1898	67 923	2 947 642	43,40
1899	70 813	3 192 575	45,08
1900	73 792	3 461 705	46,81
1901	75 958	3 709 662	48,84
1902	77 583	4 008 597	51,67
1903	79 257	4 218 620	53,23

Die Vermehrung der Pferdekräfte betrug also 2046370 = 94,21 Proz. und in dem gleichen Verhältnis hat sich die Zahl der Pferdekräfte der beweglichen Dampfmaschinen (Lokomotiven) vermehrt, nämlich von 147 190 auf 284 941 oder um 93,66 Proz. Dabei ist als höchst wahrscheinlich anzunehmen, daß sich die Leistungsfähigkeit der elektrischen Dynamos in erheblicher größerer Maße vermehrt hat. Wir haben also in zehn Jahren in Preußen eine Vermehrung der motorischen Kräfte, die vermutlich erheblich über eine Verdoppelung hinausgeht. Es ist gewiß, daß sich dahinter auch eine wesentliche Veränderung in den Betriebsgrößen vollzogen hat, so daß die Wiederholung einer gründlichen Zahlung nach Verlauf von zehn Jahren dringend erforderlich ist. Was zu fordern wäre, ist eine derartige Ausgestaltung der Untersuchung, daß damit die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Industrie, der Produktivität der Arbeit möglichst vollständig erfasst würde, da sich die Entwicklung bekanntlich nicht auf die Vermehrung der motorischen Kräfte beschränkt, sondern ebenso die Leistungsfähigkeit der Arbeitsmaschinen steigert. Es ist eine regelmäßige Produktionsstatistik notwendig, die gleichfalls nach Betriebsgrößen unterteilt.

An der Veröffentlichung des preussischen statistischen Bureaus ist noch interessant die Verteilung der Maschinen auf die einzelnen Regierungsbezirke Preußens nach dem gegenwärtigen Stande.

Am 31. März 1903 gab es	in den Regierungsbezirken	feststehende Dampfmaschinen	mit Pferdekräften	in den Regierungsbezirken	feststehende Dampfmaschinen	mit Pferdekräften
Königsberg	1 551	39 258	Schleswig	3 183	77 328	
Gumbinnen	601	16 165	Hannover	1 238	61 228	
Danzig	1 074	29 413	Südwestfalen	1 641	75 922	
Marken	1 114	21 038	Niederrhein	882	40 201	
Stadtkreis Berlin	1 533	120 691	Stade	648	23 018	
Potsdam	2 904	135 858	Denabrück	641	30 132	
Frankfurt	2 968	101 686	Wurzburg	375	7 372	
Stettin	2 266	57 706	Münster	1 951	184 712	
Köln	1 027	13 738	Minden	1 048	37 528	
Stralsund	309	6 379	Rheinberg	9 744	890 153	
Posen	1 223	40 965	Raffel	1 103	46 261	
Bromberg	986	27 573	Niesbaden	1 006	64 508	
Breslau	3 217	120 443	Koblenz	965	41 332	
Leipzig	2 113	77 870	Düsseldorf	10 203	661 464	
Dresden	4 648	344 758	Essen	2 730	129 000	
Magdeburg	3 977	135 286	Trier	2 448	237 312	
Merseburg	4 851	167 541	Kachen	1 886	135 950	
Erfurt	745	25 121	Sigmaringen	68	1 544	

Von der Gesamtzahl der Pferdekräfte feststehender Dampfmaschinen kommt etwas mehr als die Hälfte auf die Gewerbegruppe Bergbau, Hütten und Salinen, dann kommt die Nahrungsmittel-Industrie mit 461 112, Textilindustrie mit 312 952, Maschinenindustrie mit 303 881 und Industrie der Steine und Erden mit 247 111 Pferdekräften. Alle übrigen Industrien haben erheblich weniger.

Mit einem Siege der freien Gewerkschaften endeten die Gewerkegerichtsverfahren in Krefeld. Das Wahlverfahren ist ein sehr unständliches, es wird nach Gruppen gewählt; die Wahl dauert fünf Tage. Die freien Gewerkschaften vereinigen auf ihre Kandidaten in den verschiedenen Gruppen 1977 Stimmen, während die Christlichen insgesamt 815 Stimmen aufbrachten.

## Gewerkchaftliches.

### Crimmitschau.

#### Professor Böhmerts Vergleichsvorschläge.

In seiner „Socialen Korrespondenz“ veröffentlicht Geheimrat Böhmert die Vorschläge, die er den streitenden Parteien in Crimmitschau zwecks Beilegung des Konfliktes gemacht hat. Er empfahl:

„Die streitenden Parteien sind durch beiderseitiges Entgegenkommen zu folgender Einigung gelangt:

Es wird anstatt des jetzt bestehenden 11 stündigen und des gewünschten 10 stündigen Arbeitstages ein 10 1/2 stündiger Arbeitstag vereinbart.

Die Unternehmer stellen in Aussicht, nach einem Jahre die Arbeitszeit um eine weitere Viertelstunde zu verkürzen und vor Ablauf von drei Jahren in neue Verhandlungen mit den Arbeitern über eine Verkürzung des Arbeitstages auf zehn Stunden einzutreten.

Beide streitenden Teile reichen sich die Hand zum Frieden. Maßregelungen sollen von keiner der beiden Seiten stattfinden.“

Bekanntlich zerstritten sich die Verhandlungen daran, daß die Unternehmer unter den Ausgesperrten eine Auslese vornehmen wollten, womit die Arbeiter, welche den Böhmert'schen Vorschlägen nicht abgeneigt waren, auf keinen Fall einverstanden sein konnten.

### Wie es in den Fabriken aussieht.

Wir berichteten seiner Zeit nach der „Märkischen Volksstimme“, daß eine Anzahl von hiesigen Textilarbeitern sich durch solche Vorpostelungen verhalten ließen, eine Reise nach Crimmitschau zu unternehmen. Während die Mehrzahl von ihnen umkehrten, als sie von der wahren Sachlage erfuhren, trat einer von ihnen als „Arbeitswilliger“ in eine der Fabriken ein. Nach drei Wochen hat man seitens der Fabrikanten auch ihm die „Arbeitswilligkeit“ verweigert. In dieser Zeit hat er ständig unter so strenger Kontrolle der Fabrikanten gestanden, daß es ihm schließlich unerträglich wurde und er bei passender Gelegenheit davonlief. Nicht nur am Tage hat man die „besonders nützlichen Elemente“ scharf überwacht, sondern auch des Nachts, wenn sie auf Strohsäcken in einem hierzu hergerichteten Räume der Fabrik sich von ihrer arbeitswilligen Tätigkeit ausdrückten, war ein Heizer als Aufpasser angestellt — wahrscheinlich, damit kein böser Soci ihnen im Träume erscheine. Der Lohn, für den der Mann seine Arbeitsehre verkaufte, war erbärmlich gering. Nicht bis vierzehn Mark erzielten die Arbeitswilligen pro Woche (vorher waren ihnen 20 bis 22 Mark versprochen worden!) In den Crimmitschauer Fabriken soll es jammervoll aussehen: kaum der zehnte Teil aller Stühle ist besetzt. Alles ist in Unordnung und die ungelerten Leute, die vielfach als Ausstreifer eingestellt werden, verderben mehr an Maschinen und Material, als ihre ganze Arbeit wert ist. Die Fabrikanten sind in verzweifelter Lage, allmählich dümmert wohl auch ihnen die Erkenntnis, daß es feilvoller Uebertum war, statt mit dem alten tüchtigen Personal zu verhandeln, den Kampf mit der gesamten Arbeiterschaft aufzunehmen.

### Die bürgerlichen Frauen

erlassen jetzt einen Ruf zur Unterstützung der Crimmitschauer Arbeiterinnen. Es hat lange, 18 Wochen (!) gedauert, bis die Damen sich auf ihre Pflicht besannen! Hätte in dieser Zeit nicht das gesamte Proletariat ohne Rücksicht auf das Geschlecht für die Unterstützung der Ausgesperrten gesorgt, die Damen fänden keine Weiberin mehr, für deren Wohl sie sich sorgend bemühen könnten. Auch die Begründung, mit welcher die Damen jetzt plötzlich aus der Besenkung auftauchen, ist eine für sie recht unglückliche. Sie sagen nämlich:

„Für die deutschen Frauen handelt es sich nicht allein darum, eine Not zu lindern, die arbeitende Frauen betroffen hat; es handelt sich um Durchsetzung einer Forderung, für welche die deutsche Frauenbewegung seit Jahren eingetreten ist, die im Augenblick zu ihren wichtigsten und nächstliegenden socialpolitischen Aufgaben gehört:

die Forderung des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages für alle Arbeiterinnen.“

Diese wichtige socialpolitische Aufgabe haben die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zu fördern versucht, indem sie während der Reichstagswahl die Bestrebungen der — freisinnigen zu fördern suchten, der politischen Richtung, die von allen im Reichstage socialpolitischen Aufgaben gegenüber sich am ablehnendsten zu verhalten pflegt! — Immerhin wollen die bürgerlichen Frauen praktisch etwas für den zehnstündigen Tag leisten, jeder Kämpfer wird den Crimmitschauerinnen willkommen sein!

Zur Nichtigstellung erhalten wir noch vom Konsumverein Leipzig-Plagwitz folgende Zuschrift:

In der Nr. 28 vom 22. d. M. Ihrer geschätzten Zeitung bringen Sie u. a. die Notiz, daß der Konsumverein Leipzig-Plagwitz für die Ausgesperrten in Crimmitschau 1000 Stollen gesendet habe. Es trifft dies nicht zu. Wohl sind in unserer Kasse 7000 Stollen geboden, die zur Weihnachtsspende für die Ausgesperrten bestimmt waren, dieselben sind jedoch nicht vom Konsumverein gesendet, sondern vom hiesigen Komitee in Auftrag gegeben und nach Crimmitschau gesendet.

### Berlin und Umgegend.

#### Streik und Aussperrung der Droschkentreiber.

Mit der Aussperrung der Droschkentreiber beschäftigte sich Sonntag wieder eine Versammlung des Verbandes der Tagelöhner, Droschken-Besitzer im Prälaken. Es wurde zunächst bekannt gegeben, daß mehrere Mitglieder vom Vertrag zurückgetreten sind. Den Führern wird anheimgelassen, soviel neue Kutscher als möglich einzustellen, auch solche, die bei der Post als Aushilfe thätig gewesen sind. Beim Berliner Polizeipräsidium sollte gestern eine Kommission dahin vorstellig werden, daß von der strengen Vorschriften bei der Jahresverteilung während des Droschkentreiber-Streiks Abstand genommen wird (!), auch sollte dahin gewirkt werden, daß die Zulassung solcher Kutscher, die vom „Verbande“ vorgeschlagen werden, gestattet wird. Es wurde beschlossen, jedem Führer, der noch nicht dem Verbande angehört, ein Flugblatt zugehen zu lassen, worin er aufgefordert wird, dem Verbande beizutreten und insbesondere keine Streikenden in Dienst zu nehmen. In dem Flugblatt heißt es unter anderem: Die Lohnkommission habe ausgeführt, daß die Droschken-Einnahme täglich 9 M. betrage, also der Lohn des Kutschers 3,75 M. ausmache. Es sei jedoch durch die Führer-Kontrolle festgestellt, daß die Durchschnitts-Einnahme 11 M. pro Tag betrage, mithin der tägliche Lohn ein höherer sei. Nach dem geforderten Lohnsatz Grundlohn 1,50 M. und 30 Proz. der Einnahme würde der Kutscher 4,80 M. bekommen und dem Führer bleibe demnach 6,20 M., also 1,40 M. mehr wie dem Kutscher. Nach alledem könnten die Führer nicht mehr wie die angebotenen 40 Proz. der Einnahme zahlen. — Ein Führer teilte der Versammlung mit: Ein Aushilfe habe öffentlich erklärt: Wenn die Führer nur ein Klein wenig Entgegenkommen bei den Verhandlungen gezeigt hätten, dann wäre kein Streik entstanden, aber der Führer-Vorstand habe alles abgelehnt und die Kutscher auf eine Zusammenkunft, die im Januar stattfinden solle, vertrödelte. Dieses hätten die Kutscher als eine Verschleppung angesehen und der Streik sei proklamiert worden; jetzt hätten die Führer die Folgen zu tragen. — Nach den letzten Feststellungen sollen mehr als 2000 auf 120 Führer ausgesperrt sein, während 120 Kutscher auf 45 Höfen nach Angabe der Führer für 40 Prozent der Einnahme in Dienst sind. — Anwesende Charlottenburger Führer erklärten, ihre Kutscher warteten nur den Erfolg der Berliner ab, um dann auch vorzugehen und höhere Forderungen zu stellen. — Nach vierstündigen Verhandlungen wird beschloffen, unbedingt an der bisherigen Forderung festzuhalten, und nur Kutscher in Dienst zu nehmen, die den neuen Vertrag unterschreiben und sich mit 40 Proz. der Einnahme zufrieden erklären.

Eine Versammlung von 2000 ausgesperrten Kutschern fand gestern Mittag im „Frempalast“ statt. Wie der Vertrauensmann dort mitteilte, ist die finanzielle Seite für die Ausgesperrten insofern sichergestellt, als die Berliner Gewerkschaftskommission den Ausstand sanktioniert und Sammellisten an die einzelnen Gewerkschaften ausgegeben hat. Nach seiner Kenntnis sei auch der Versuch der Droschkenbesitzer, das Polizeipräsidium zu einer einseitigen Stellungnahme zu Gunsten der Arbeitgeber zu gewinnen, gescheitert, so daß Neu-Einstellungen von ungelerten Kutschern in größerem Umfange nicht stattfinden würden. Der Redner bezeichnet die von den Führern angegebenen Lohnsätze von 4 bis 5 M. pro Tag für unzureichend, da bisher nur in sehr seltenen Fällen ein solcher Lohn erzielt worden sei. Er warnte eindringlich vor Wiederaufnahme der Arbeit, erklärte aber auch, daß die Vertretung der Ausgesperrten jederzeit bereit sein würde, mit den Führern zu unterhandeln. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute tagende Versammlung der Droschkentreiber beruft sich laut Zeitungsnachricht Kenntnis von dem Beschluß der Führer, nur zu 40 Proz. fahren lassen zu wollen. Die Kutscher erklären, hierauf nicht eingehen zu können, da dies eine Verschlechterung ihrer Lage bedeute und dadurch ihre Existenz gefährdet würde. In Anbetracht der falschen Gerüchte, welche die Führer verbreitet haben, schloßen sich die Kutscher freiwillig, so lange im Streik zu beharren, bis die Forderungen bewilligt sind, oder bis die Führer sich bereit erklären, erneut in Verhandlungen einzutreten, um somit ein zufriedenstellendes Verhältnis beiderseits herzustellen.“

**Achtung! Holzarbeiter und Kistenmacher!** In der Kistenfabrik von Junke, Dieffenbachstraße, sind sämtliche Kollegen ausgesperrt worden. Die Fabrik ist für Kreisjägerschneller und Kistenmacher bis auf weiteres gesperrt. Die Lohnkommission.

### Deutsches Reich.

Die Gasarbeiter in Kassel haben der Direktion der städtischen Gasanstalt Forderungen in Bezug auf Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterbreitet. Vor allem wird da die Abschaffung der 24stündigen Wechselschicht für Betriebsleute resp. Eisenarbeiter verlangt und dafür die Einführung der 12stündigen Wechselschicht und einer gleichlangen Ertragschicht empfohlen. An Löhnen werden gefordert: für Feuerhausarbeiter 4 M. Anfangslohn, nach 2 Jahren 4,25 M. und nach 4 Jahren als Höchstlohn 4,50 M.; für Hof-, Kohlen- und sonstige Hilfsarbeiter anfänglich 3 M., nach 2 Jahren 3,25 M. und nach 5 Jahren 3,50 M.; für Rohrleger, Installateure und Handwerker Anfangslohn 3,50 M., alle 2 Jahre steigend um 25 Pf. bis zum Höchstbetrage von 4,50 resp. 4,75 M. Außerdem wird für die Arbeiter des Augenbetriebes, bei Arbeiten außerhalb des Stadtbezirkes, eine Wegzulage von 60 Pf. pro Tag und Mann gewünscht und für Feuerhausarbeiter die Bezahlung des üblichen Zuschlages für Sonn- und Feiertagsarbeit angestrebt. Im allgemeinen liegen die Verhältnisse in der städtischen Gasanstalt nicht gerade günstig, denn bisher wurden noch für Hof-, Kohlen- und Hilfsarbeiter Anfangslohne von 2,50 M. und nach fünf Jahren eine Zulage von 25 Pf. gezahlt, selbst bei den Rohrlegern, Installateuren und Handwerkern sind jetzt noch mehrfach Löhne unter 4 M. zu verzeichnen. Die Feuerhausarbeiter erhalten jetzt 3,60 M. Anfangslohn und 4 M. nach fünfjähriger Dienstzeit. Angehörig dieser niedrigen Lohnsätze haben die Gasarbeiter in ihrer Eingabe speziell auf die höheren Löhne in der Kasserer Privat-Industrie und auf den übrigen deutschen Gaswerken hingewiesen. Als Antwort ist ihnen jetzt die Mitteilung zugegangen, daß die in der Eingabe gemachten Vorschläge in wohlwollender Erwägung gezogen werden sollen. Da die Gasarbeiter fast sämtlich hinter der Petition stehen und auch gut organisiert sind, so hoffen sie, daß ihre Wünsche bald erfüllt werden.

Die Schneider sind seit Helltagabend in sieben dem Arbeitgeber-Verband angehörenden Geschäften zu Weimar ausgesperrt. Es handelt sich um 34 Gehilfen, darunter 29 Verheiratete mit 73 Kindern. Die brutale Aussperrung am Weihnachts-Helltagabend hat ihre Ursache darin, daß die Gehilfen die Annahme eines Vertrages ablehnten, der bei sonstigen verschlechterten Arbeitsbedingungen auch eine Kündigungsfreiheit auswies.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Obstruktion im ungarischen Abgeordnetenhause.

Budapest, 28. Dezember. Die kleine Gruppe der Obstruktionisten setzt heute die Obstruktion fort. Der Landesverteidigungsminister macht nochmals geltend, daß durch die Obstruktion Tausende ins Elend gestürzt werden und giebt zu bedenken, daß der Zeitpunkt der Rekrutierung schon fünfmal verschoben werden müßte, und daß der letzte Termin, nach dem die Rekrutierung am 4. Januar beginnen soll, nur dann eingehalten werden könne, wenn über die Vorlage noch heute oder spätestens morgen abgestimmt würde. Geschehe dies nicht, so könnte die Rekrutierung erst in einem Monate beginnen, und da die neuen Rekruten vor Ende Mai nicht ausgebildet sein könnten, müßten die Erfahreservisten bis zu diesem Zeitpunkt im Dienst bleiben, während sie, wenn die Vorlage jetzt votiert würde, zur Zeit der dringendsten Feldarbeiten wieder entlassen werden könnten. Aus diesen Gründen wende er sich im Namen von 40 000 Erfahreservisten an das Herz der Teilnehmer an der Obstruktion, daß sie den Kampf endlich aufgeben möchten. (Lebhafter Beifall rechts.)

### Eine Note an die Pforte.

Frankfurt a. M., 28. Dezember. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel vom 26. d. M.: Die Entente-Mächte, des langen Zögerns müde, überreichten heute der Pforte eine Note, in der sie erklären, daß, wenn die Pforte nicht prompt Schritte in Rom unternahme wegen Ernennung eines italienischen Generals zum Oberkommandanten der macedonischen Gendarmerie, die Entente-Mächte selbst die Ernennung desselben mit Umgehung der Pforte in Rom ansuchen werden. Es steht nunmehr fest, daß der Oberkommandant der macedonischen Gendarmerie drei Gehilfen, und zwar einen österreichisch-ungarischen, einen russischen und einen englischen im Range von Oberleutenants enthalten wird.

Sasmit (Gouvernement Jekaterinoslaw), 28. Dez. (B. T. B.) Durch Einsturz eines Schachtes des Bairaker Kohlenbergwerkes wurden 18 Mann verschüttet. Rettungsarbeiten werden in Gegenwart des Gouverneurs vorgenommen.

Washington, 28. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Giltige Vorbereitungen, die hiesige kolumbische Gesandtschaft zu schliessen, deuten darauf hin, daß es zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kolumbien kommen dürfte. Die Gesandtschaft wartet nur noch den Eingang der amtlichen Mitteilung des Staatssekretärs Hay über die Gründe ab, aus denen die Vereinigten Staaten die Auffassung Kolumbiens von der Panamafrage nicht acceptieren können. Mittlerweile sind ein Duzend amerikanische Kriegsschiffe unterwegs oder in der Abfahrt begriffen, um die am Isthmus gelegenden Geschwader zu verstärken.

New York, 28. Dezember. (Depesche des Reuterschen Bureaus.) Aus Kansas City wird gebracht, die russische Regierung habe von der Firma Armour and Co. 1 500 000 Pfund Fleischkonserven gekauft, die am 22. Januar in San Francisco zu liefern seien.

Rio de Janeiro, 28. Dezember. (B. T. B.) Das Personal der brasilianischen Handelsmarine ist heute in den Kadetten getreten, um dadurch gegen das Gesetz Einspruch zu erheben, nach welchem alle Brasilianer naturalisierte Ausländer von der militärischen Dienstpflicht ausgeschlossen sind. Das Personal der Kriegsmarine verhält sich ruhig.

Santo Domingo, 28. Dezember. (Meldung der „Agence Havas“.) Der Kandidat für die Vicepräsidentschaft Ramon Cacóres ist in Santiago geendet worden.

Hokohama, 28. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In einer heute hier abgehaltenen wichtigen gemeinsamen Sitzung des Kabinetts und des Geheimen Rats wurde über Mittel und Wege angefragt der ersten Lage beraten. Es wurde keine Schwierigkeit befürchtet, für außerordentliche Ausgaben vorzuliegen, die auch die Anforderungen zur Fertigstellung der Eisenbahn von Seoul nach Ansan enthalten sollen.

Man glaubt jetzt, wenn Rußland seine Antwort nicht abgibt, werde Japan sofort den Schutz Koreas übernehmen, obgleich ein solcher Schritt nicht notwendigerweise einen Krieg mit Rußland bedeuten würde.

Eine Provinzialkonferenz des Verbandes der Steinseher und Berufsgenossen Deutschlands

tagte am dritten Weihnachtstage in Berlin im Wilschesen Lokale, Brunnenstr. 188. Dieselbe war von Vertretern aus der Provinz zahlreich besetzt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Wie weit ist der auf der vorjährigen Konferenz beschlossene Minimal-Lohn-Tarif zur Durchführung gelangt und was hat zu geschehen, um denselben zur endgültigen Durchführung zu bringen?“ berichtete K. Noll auf Grund der Ergebnisse einer am 24. November stattgefundenen Kaufkontrolle und der sonstigen Berichte, daß die geforderten Lohnsätze (60 Pf. Stundenlohn für Steinseher, 45 Pf. für Hammer, bzw. die ersten Staffeln zu diesen Lohnsätzen) in einer ganzen Anzahl von Orten glatt bewilligt worden seien, beispielsweise in Eberswalde, Freienwalde a. O., Brigen, Oranienburg, sowie allen dazwischen und da herum liegenden Orten, ferner in Rathenow, Ludenwalde und Umgebung, Strasburg (Uckermark), Wittenberge und Wilsnad. In letzteren drei Orten ist es zum Abschluß von Tarifverträgen allerdings noch nicht gekommen. Dagegen steht es in dem Bereiche der Kreisbau Steinseher-Innung, die sich über die Kreise Guben, Sorau, Cottbus, Forst, Kalau, Ludau, Lübben um erstreckt, noch ziemlich trübe aus; ebenso in der ganzen Frankfurter Gegend. Obwohl die Sorauer Steinseher seit Mai d. J. bis jetzt tapfer im Streit ausgeharrt hätten, ist doch nichts zu erzielen gewesen. In der sehr regen und vielseitigen Diskussion sprachen sich alle Redner dafür aus, daß der einmal beschlossene Lohnsatz auch zur Durchführung gebracht werden müsse, und daß nötigenfalls für diesen Zweck noch mehr Mittel als bisher angewendet werden müssen. Eine diesbezügliche Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme. In derselben wurde auch den Sorauer Verbandsgenossen für ihr bisheriges mannhaftes Ausbleiben im Kampfe die Sympathie der Konferenz ausgesprochen und denselben für die Zeit des Winters, in der der Streit ruht, Unterstützung in Aussicht gestellt.

Bezüglich der Höherbezahlung von Heberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit hat die Kaufkontrolle ergeben, daß solche nur im Bereiche des Berliner Lohn-Tarif (Berlin und zwei Weilen Umkreis), der Potsdamer Steinseher-Innung und in Ludenwalde stattfindet. Für Heberlandarbeit, bei der der Arbeiter die Kosten eines doppelten Haushaltes zu bestreiten hat und die in der Provinz ziemlich häufig, ja fast ständig vorkommt, wurde auch nur in den seltensten Fällen ein entsprechender Zuschlag, oftmals nicht einmal das Fahrgehalt gewährt. Nur in Ludenwalde gab es bis zu 10 Pf. Zuschlag pro Stunde. Die Angaben über die Höhe der allgemein üblichen täglichen Arbeitsleistungen weichen bis zu 100 Prozent von einander ab. Gewöhnlich gingen höchste (qualitativ allerdings minderwertige) Arbeitsleistung und schlechteste Bezahlung Hand in Hand. Ein geradezu trübseliges Ergebnis bot aber die Kontrolle in Bezug auf den Stand des sanitären Arbeiterzuges im Straßenbau. Die Konferenz stellte fest, daß laut Kaufkontrolle am 24. November 1903 auf sämtlichen Straßenbauten (50 in 28 Orten) mit 10 und mehr Beschäftigten nicht eine einzige den minimalsten sanitären Anforderungen genügende Baubude, ja vielfach eine solche überhaupt nicht vorhanden war.

Eine durchgreifende Beseitigung der herrschenden Mängel verspricht sich die Konferenz nur von der Annahme des gegenwärtig dem Reichstage von der sozialdemokratischen Fraktion unterbreiteten Bauarbeiterschutz-Gesetzesentwurfes.

Ueber die Anstellung eines Gauleiters für die Provinz Brandenburg, zunächst auf Kosten der beteiligten Filialen, entspann sich eine sehr lebhaft und eingehende Debatte, an deren Schluß sich die Konferenz mit allen gegen vier Stimmen mit der Ausbringung der nötigen Mittel einverstanden erklärte.

Weiter nahm die Konferenz Stellung zu der vom Steinseher-Innungs-Verbande aufgestellten „Verfassung“. Als wesentliches neues Moment konnte noch in der Debatte angeführt werden, daß nach den Berichten bürgerlicher Blätter, u. a. der „Kreuzzeitung“, der Innungs-Verband jetzt seinen Rückzug dadurch verdecken zu wollen scheint, daß man schreibt, der Abschluß der geplanten Tarifgemeinschaft sei daran gescheitert, daß die Arbeiter sich geweigert hätten, die in ihren Reihen bestehenden verschiedenartigen Organisationen (außer dem Verband kommt nur der keine Gewerksverein in Berlin in Betracht) zu einer zu verschmelzen und nun die Arbeitgeber nicht wüßten, mit welcher Organisation sie unterhandeln sollen. In nachstehender Resolution präziserte die Konferenz ihre Stellung in dieser Frage: „In Erwägung, daß die vom Steinseher-Innungs-Verbande geplante Tariforganisation nichts Geringeres voraussetzt, als ein vollständiges Ausgeben der bisherigen Arbeiterorganisation, des Verbandes der Steinseher, Pfisterer und Berufsgenossen Deutschlands, lehnt die Konferenz ein Eingehen auf die diesbezüglichen Vorschläge des Innungs-Verbandes ab. Der Verband der Steinseher usw. erhärtet sich jedoch nach wie vor zum Abschluß von Tarifverträgen, ebent. auch einer Tarifgemeinschaft, auf paritätischer Grundlage bereit. Dagegen erhebt die Konferenz energigsten Protest gegen die in bürgerlichen Blättern aufgetauchte Insinuation, daß die Arbeiter nur deshalb den Abschluß einer Tarifgemeinschaft abgelehnt haben, weil sie sich unter sich nicht über die Organisationsfrage hätten verständigen können.“

Nachdem die Konferenz dann zu einigen dem nächsten Verbandstage zu unterbreitenden Anträgen Stellung genommen und der Vorsitzende D. A. u. f. s. i. d. Berlin namens der Konferenz den dort vertretenen Filialen Brandenburg I und II, Eberswalde, Freienwalde, Fürstentum, Lippehe, Randsberg a. W., Prenzlaw, Rathenow und Wittenberge die Mißbilligung für ihr Nichterscheinen auf der Konferenz ausgesprochen hatte, erfolgte Schluß der Verhandlungen mit einem Hoch auf die Organisation.

Der Verband der Möbelpolierer

Heft am Sonntag im Gewerkschaftshause seinen dritten Delegierten-tage ab. Aus dem vom Kassierer erstatteten Kassendbericht für das Jahr 1903 ist hervorzuheben: Die Gesamteinnahme betrug 44 511,96 M. (darunter 10 194,11 M. Bestand vom Vorjahre). Ausgegeben sind 29 931,31 M., so daß ein Bestand von 23 580,65 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich unter anderem folgende Posten: Arbeitslosen-Unterstützung 11 272,50 M., Streikunterstützung 1721,00 M., Krankenunterstützung 3041,25 M., an hilfsbedürftige Kollegen 125,00 M., an andre Gewerkschaften 1125,00 M. Die Extrabeiträge zur Arbeitslosen-Unterstützung haben einen Ueberschuß von 4051,80 M. ergeben. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist 1400. — Nachdem der Kassierer einleitend war, erstattete der Vorsitzende S. u. l. g. den Vorstandsbericht. Im vergangenen Jahre haben in 44 Betrieben Differenzen stattgefunden. 61 Kollegen in 8 Betrieben hatten Verschlechterungen abzuwehren, wobei in 5 Fällen Erfolge erzielt wurden, während 1 Fall ohne Erfolg verlief. In 13 Betrieben haben 70 Kollegen zu Gunsten der Tischler mitgestreikt, davon sind 5 Fälle mit, 5 ohne Erfolg verlaufen. In einem Betriebe, wo 3 Kollegen mit den Tischlern zu Gunsten der Maschinenarbeiter die Arbeit niedergelegt hatten, wurde nichts erzielt. In 6 Betrieben haben 67 Kollegen gemeinsam mit den Tischlern Forderungen gestellt, davon endeten 4 Fälle mit, 2 ohne Erfolg. In 13 Betrieben haben 182 Kollegen Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt und in allen Fällen Zulagen von durchschnittlich 1 M. pro Woche erlangt. — Dem Vorstandsbericht folgten Darlegungen der Delegierten über die Verhältnisse in ihren Orten.

Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, wurde über einen von den Filialen Rixdorf und Berlin-Nord gestellten Antrag auf Anschluß an den Holzarbeiter-Verband verhandelt. Varentin, der als Referent zu dem Antrage sprach, verwies auf die Entwicklung und Leistungsfähigkeit der

großen Centralverbände und führte aus, daß die Interessen der Möbelpolierer besser vertreten werden können, wenn sie sich dem Holzarbeiter-Verbande anschließen, als wenn sie in einer besonderen Organisation vereinigt sind. Sein Beruf der Holzindustrie sei durch seine Beschäftigung so eng mit den Tischlern verbunden, wie die Möbelpolierer. Sie sind beide an derselben Arbeit und in derselben Werkstatt beschäftigt, bei allen Streiks mühten die Möbelpolierer gemeinsam mit den Tischlern die Arbeit niederzulegen, und unter diesen Umständen sei nichts natürlicher und selbstverständlicher, als daß sich die Möbelpolierer als Sektion unter Beibehaltung ihres Arbeitsnachweises und ihrer Krankenunterstützung dem Holzarbeiter-Verband anschließen. — Der Korreferent Weber vertrat die Ansicht, daß sich der Verband der Möbelpolierer bewährt habe, und deshalb kein Anlaß zu einer Aenderung im Sinne des Referenten vorliege. Wenn es auch richtig sei, daß die meisten Möbelpolierer in Tischlerwerkstätten arbeiten, so gebe es auch solche, die bei Möbelpolierern, auf Zimmerplätzen, in Maschinenfabriken, in Fabriken für elektrische Apparate arbeiten. Diese Kollegen würden eher für die Verbände der Zimmerer und der Metallarbeiter als für den Holzarbeiter-Verband rekrutiert werden können. Jedenfalls würde es in beratigen Fällen zu Streitigkeiten über die Zuständigkeit der Organisation kommen, wenn nicht die Möbelpolierer für ihren Beruf eine eigene Organisation hätten. Im allgemeinen seien die großen Verbände bei Lohnbewegungen auch nicht leistungsfähiger, wie die kleineren Organisationen. Die Möbelpolierer seien durch ihr selbständiges Vorgehen bei den Lohnbewegungen sehr gut vorgekommen, es liege kein Grund vor, der für das Ausgeben der Selbständigkeit spreche.

Damit schloß die Sitzung am Sonntag. Am Montag wurden in eingehender, sachlicher Diskussion die Vor- und Nachteile, welche man von dem Uebertreten erwarten könnte, erwoogen. Die Abstimmung ergab, daß der Anschluß an den Holzarbeiter-Verband mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde. — Aus dem weiteren Verhandlungen ist folgendes zu erwähnen: Ein Antrag der Filiale Celle — der einzigen, die außerhalb der Umgebung Berlins besteht —; ein Drittel der Gesamteinnahme dem Ort der Filiale zu überlassen, wurde angenommen mit der Maßgabe, daß der Beschluß für die Filialen von Groß-Berlin nicht gilt. — Ferner wurde beschlossen, statistische Erhebungen zu veranstalten und zu diesem Zweck Fragebogen in die Mitgliedsbücher einzufügen. — Annahme fand ein Antrag, welcher besagt, daß bei partiellen Angriffstreiks ebenso wie bei Abwehrstreiks vom ersten Tage ab Unterstützung gewährt wird, bei ersterem jedoch nur, wenn der Streik länger als drei Tage dauert. — Hinsichtlich des Beitrages bestimmte das Statut bisher: Männliche Mitglieder haben wöchentlich 30 oder 20 Pf., weibliche Mitglieder 10 Pf. zu zahlen. Es wurde beschlossen, die Worte „oder 20 Pf.“ zu streichen. — Der Arbeitsnachweis des Verbandes hat, wie aus dem Berichte des Vorsitzenden hervorgeht, zur Zufriedenheit funktioniert. In diesem Jahre sind 2623 Nachfragen nach Arbeitskräften erledigt worden, 900 mehr wie im Vorjahre. — Der Vorstand wurde ermächtigt, 400 M. je nach Bedarf an die Audesperren in Grimnischau abzugeben. — Eine längere Debatte rief ein Antrag hervor, welcher die Anstellung eines besoldeten Verbandsbeamten fordert. Beschlossen wurde, der nächsten Generalversammlung für Berlin und Umgebung die Wahl eines besoldeten Beamten zu empfehlen. Bis zur Erledigung dieser Angelegenheit bleibt der 1. Vorsitzende Schulz auf seinem Posten. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden folgendermaßen besetzt: Stramm, 2. Vorsitzender; Schunk, 1. Kassierer; Dörich, 2. Kassierer; Ebert, 1. Schriftführer; Malchow, 2. Schriftführer; Faustmann, Holz und Lange, Revisoren.

VII. Verbandstag der Dachdecker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Dortmund, den 27. Dezember 1903. Erster Verhandlungstag.

Auf roter Erde, in den Mauern Dortmunds, findet der diesjährige Verbandstag der Dachdecker statt. Die Verhandlungen sind auf vier Tage berechnet. Anwesend sind 26 Delegierte. Aus dem Bericht des Centralvorstandes, erstattet vom Vorsitzenden Georg Diehl, ist folgendes zu entnehmen: Die auf der vorigen Generalversammlung in Mainz vorgenommene Beitragserhöhung von 20 auf 30 Pf. neben Streik- und Agitationsmarken hat sich gut durchführen lassen, Mitgliederverlust war nicht zu verzeichnen. Die Abstimmung über Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung fand in der Zeit vom 23. bis 29. Juli er. statt, das Resultat war folgendes: Etwas über 50 Proz. der Kollegen haben sich an der Abstimmung beteiligt, für Einführung der Unter-stützung votierten 644, dagegen 946 Kollegen. Der Mitgliederstand hat sich nur unwesentlich verändert, die Krise wirkt andauernd hemmend auf die Entwicklung der Organisation ein. Regelmäßig tritt im Winter ein Rückgang der Mitgliederzahl ein, meist wegen Vertragserlöschens. Verloren gingen der Organisation an Mitglieder durch Ausschluß, Austritt und Todesfall: 1903, durch Auflösung von Filialen 609 Mitglieder, aufgenommen wurden 2980 Mitglieder; mithin ein Zuwachs von 1078 Mitgliedern. Am Schluß des dritten Quartals betrug die Zahl der Mitglieder 3875. Die Lohnbewegungen im Jahre 1902 waren wenig erfreulich, dagegen wurden im Jahre 1903 zum Teil ganz gute Erfolge erzielt. Im Jahre 1902 waren 516, in 1903 548 Mitglieder an Streiks und Ausperrungen beteiligt. Im ganzen waren bei der Centrale angemeldet: in 1902 14, in 1903 21 Lohnlämpfe. Das ist für eine numerisch schwache Organisation zu viel. Zur Aufbringung der erforderlichen Mittel war eine Extrasteuere eingeführt. Die Reise-Unterstützung stieg auf 2044,87 M. in den letzten Jahren, gegen 1278,85 M. in der vorhergehenden Periode. Die Ausgaben für Streiks betragen 29 616,21 M., davon aus der Hauptkasse 18 795,84 M., die Gesamtausgaben betragen 57 070,12 M., denen eine Einnahme von 57 056,98 M. gegenübersteht.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht wurden Klagen geführt über zu große Bereitwilligkeit des Vorstandes bei Genehmigung von Streiks, andererseits wird bemängelt, daß die vorgelegte Abrechnung fehler enthalte, und wird eine Nachrechnung verlangt. Ein diesbezüglicher Antrag wird gegen 5 Stimmen abgelehnt und dem Vorstände Decharge erteilt. Es handelte sich nur um unbedeutende Rechenfehler; der Ausschuss sowie der Vorsitzende garantieren für korrekte Ausführung. Jedem Delegierten steht es frei, sich aus dem vorliegenden Hauptbuch zu informieren. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung berichtete Hermann-Bremen über: „Lohnbewegungen und Streiks“. Nach einer Erhebung, die jedoch nur ein Teilergebnis ergab, fanden 16 Ausstände statt, davon zwei erfolglos. An den Ausständen waren 833 Kollegen beteiligt. Die Ausstände dauerten insgesamt 61 Wochen. Ohne Streiks wurden in 33 Fällen Lohnerhöhungen erzielt. In diesem Punkte sind mehrere Anträge eingegangen, die eine größere Zurückhaltung bei Inszenierung von Lohnbewegungen bezwecken. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Delegierte nach dieser Richtung aus.

Neunte Generalversammlung des Verbandes der Handschuhmacher Deutschlands.

Leiz, den 26. Dezember 1903.

Zu den ältesten Arbeiterorganisationen, die wir in Deutschland haben, gehört der im Jahre 1869 zu Arnstadt in Thüringen gegründete Handschuhmacher-Verband. Es ist dies eine der wenigen Organisationen, die während des Sozialistengesetzes nicht der Auflösung verfielen.

Der seit drei Jahren in der Handschuh-Industrie anhaltende schlechte Geschäftsgang hat recht empfindlich auf den Verband ein-

gewirkt. Nach dem Rechenschaftsbericht ist die Mitgliederzahl seit 1900 um über 200 gesunken und auch das Verbandsvermögen stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Es wurden in den letzten fünf Jahren rund 282 000 M. für Unterstützungs Zwecke verausgabt. Davon entfallen auf Reiseunterstützung 10 876 M., Arbeitslosenunterstützung 143 833 M., Familien-, Invalidenunterstützung und Rechtschutz 1817 M. Die Handschuhfabrikanten haben wiederholt versucht, die schlechte Geschäftslage zu Lohnreduzierungen auszunutzen, wodurch die Organisation gezwungen war, 120 580 M. zur Unterstützung von Streikenden und Genahregelten auszugeben. Trotz dieser Vorgänge zählt der Handschuhmacher-Verband gegenwärtig über 80 Proz. der männlichen Berufsgenossen zu seinen Mitgliedern. Die in der Handschuh-Industrie beschäftigten Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, hatte bisher wenig Erfolg. Die Verbandsleitung will nun durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an weibliche Mitglieder der Agitation den bisher entbehrten Rückhalt geben. Unter 3100 Mitgliedern zählt der Verband zur Zeit nur 50 weibliche, wobei es sich meist um Angehörige von männlichen Verbandsmitgliedern handelt.

Die Beiträge sind bis jetzt auf wöchentlich 5 Pf. bzw. 45 Pf. festgesetzt, und betrug die Netto-Einnahme in fünf Jahren 333 885 Mark, der eine Ausgabe von 369 527 M. gegenübersteht. Nebenher führt der Verband eine Krankenkasse (Privat-Zusatzkasse) mit einem Beitrag von 30 und 45 Pf. pro Woche, und eine Frauen-Sterbekasse, für welche ein monatlicher Beitrag von 20 Pf. erhoben wird; in beide Kassen werden nur Verbandsmitglieder resp. deren Frauen aufgenommen.

Für die Zusatzkasse, die einen fortwährenden Vermögensrückgang aufweist, liegen Anträge auf Herabsetzung des Krankengeldes und auf Beitragserhöhung vor.

Am Verbandsstatut und den inneren Einrichtungen, Beitrag und Unterstützungsweisen, dürfte nichts Wesentliches geändert werden. Die wichtigsten Anträge erwideten sich auf die Verlegung des Verbandsbüros und der Redaktion des Organs von Stuttgart nach Berlin oder Halberstadt, auf die Anstellung eines besoldeten Beamten für den letzten genannten Ort, sowie auf die Einführung von Umzugskosten für Arbeitslose; bisher bestand dieser Unterstützungsbeitrag nur für Streikende und Genahregelte. Das Gehalt der beiden Bureaubeamten soll geregelt werden dahingehend, daß das Anfangsgehalt auf 1800 und das Höchstgehalt auf 2000 M. festgesetzt wird. Bisher betrug das Anfangsgehalt für den Redakteur, der gleichzeitig die drei Kassen zu verwalten hat, 1600 M., für den Verbandsvorsitzenden 1800 M. Die Anstellung eines Beamten für Halberstadt und die eben erwähnte Gehaltsregulierung findet bei den Mitgliedern nur sehr geringen Anklang.

Anwesend sind in der Generalversammlung 20 Delegierte. Der Verbandsvorsitzende ist durch Riepeloff und Wilel vertreten, für den Verbandsauschuss ist dessen Vorsitzender, Wils. v. Rhein-Arnstadt, von der Generalkommission Genosse Sassenbach anwesend. Protokollführer ist Genosse Gehling-Halle.

Die Tagesordnung enthält folgende Gegenstände:

- 1. Bericht des Vorstandes resp. Genehmigung desselben.
2. Bericht des Ausschusses.
3. Bericht der Redaktion des „Handschuhmacher“.
4. Beratung und Beschlußfassung der Abänderungsanträge zum Statut und Reglement.
5. Festsetzung der Gehälter und Remunerationen für die Verbandsmitglieder und Ortsbeamten sowie der Tagelder für die Abgeordneten.
6. Etwas weitere Anträge, Anmeldungen, Beschwerden und dergleichen.

Beschlossen wird noch, die Hausarbeit und Stellungnahme zum Heimarbeiterschutz-Konferenz auf die Tagesordnung zu setzen.

Ein sehr ausführlicher Rechenschaftsbericht ist den Delegierten frühzeitig überhandt worden, zu welchem Riepeloff nur einige kurze Ergänzungen zu geben glaubt. Nach der Kassierer und Redakteur Wilel verweist auf den gedruckten Kassendbericht und beschränkt sich in seinen Ausführungen darauf, zu ergänzen, in welcher Weise sich die Kassenverhältnisse seit Fertigstellung des Berichtes verändert haben. Hiernach besitzt der Verband zur Zeit ein Barvermögen von 23 000 M., das in mündelicheren Wertpapieren angelegt ist. Etwas umfangreicher ist der Bericht des Ausschusses gehalten, der alle zu seiner Kenntnis gelangten Beschwerden und seine sonstigen Maßnahmen einzeln anführt.

Die Generaldiskussion über den Rechenschaftsbericht gestaltete sich recht lebhaft und füllte den ersten Sitzungstag fast vollständig aus. Der Verband war in den Jahren 1900 und 1901 an mehreren Orten in Kämpfe mit den Handschuhfabrikanten hineingezogen worden, die mit einem teilweisen Erfolg für die Organisation beendet wurden. Durch den schlechten Geschäftsgang ging ein Teil dieser Erfolge aber wieder verloren, so daß die gebrauchten Opfer umsonst waren. Es wird gegen die Verbandsleitung der Vorwurf erhoben, daß der Streik in Halberstadt, wo über 400 Mitglieder im Ausstand waren, durch die Verbandsleitung zu früh beigelegt worden sei. Der von dort entsandte Delegierte Albert ist der Meinung, daß bei noch einigen Wochen Streik dort der Sieg errungen worden wäre. Durch das frühzeitige Eingreifen des damaligen Verbandsvorsitzenden Werner habe sich dieser das Vertrauen der Halberstädter Verbandsmitglieder verlohren. Andre Redner hätten für richtiger gefunden, wenn die Verbandsleitung zu den letzten Streiks die Zustimmung nicht erteilt hätte, eventuell noch früher, als es geschehen ist, zur Beilegung der Streiks geschritten wäre. Einen breiten Raum nimmt die Kritik ein, welche sich gegen im Verbandsorgan erschienene Artikel richtet, die der Verbandsvorsitzende zur Befürwortung einer Gehaltserhöhung geschrieben hat. Es wird der Wunsch ausgesprochen, sich künftig eines andern Tones zu bedienen. In seiner Erwidrerung erklärt Riepeloff, daß er von seinen Ausführungen nichts zurücknehmen könne. Man habe wegen der bescheidenen Gehaltsforderung von 50 M. den Bureaubeamten das Solidaritätsgefühl abgesprochen und sie der Verletzung von Arbeiterinteressen beschuldigt. Darauf habe er antworten müssen. Die Diskussion über den Rechenschaftsbericht dehnt sich bis in die Abendstunde aus. Nach der Entlastung des Verbandsvorstandes und Ausschusses wird zur Beratung der gestellten Anträge geschritten. Sie beginnt mit der Festsetzung des Beitrages, die morgen fortgesetzt wird. Für heute wird beschlossen, der Generalversammlung das Recht einzuräumen, die Höhe des Beitrages festzusetzen; nach dem gegenwärtigen Statut kann nämlich eine Aenderung in der Beitragshöhe nur durch Abstimmung erfolgen. Ein Antrag, der Abstimmung das Recht einzuräumen, auch die Unterstützungsätze und Bezugsdauer festzusetzen, wird abgelehnt.

Zweiter Sitzungstag. Leiz, den 27. Dezember.

Die Frage der Beitragshöhe ist bei allen Organisationen immer die heiß umstrittenste. So auch hier. Nach langer Debatte wurde aber doch mit elf Stimmen beschlossen, den Beitrag um 5 Pfennig zu erhöhen. Er beträgt nun für männliche Mitglieder 50, für weibliche 10 Pfennig. Als Gegenleistung wurde beschlossen, nach fünfjähriger Mitgliedschaft die Umzugskosten zu gewähren und bei derselben Mitgliedsdauer eine Arbeitslosen-Unterstützung von 1,25 M. festzusetzen. Es giebt also jetzt an Arbeitslosen-Unterstützung 0,75, 1,00 und 1,25 M. Weibliche Mitglieder erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit pro Tag 40 Pf. Die Unterstützungsdauer ist hier 4, bei männlichen Mitgliedern 8 Wochen. Die weiteren Beschlüsse sind lediglich formeller Natur.

Partei-Nachrichten.

Das internationale sozialistische Bureau wird am 7. Februar in Brüssel eine Sitzung abhalten. Zunächst wird das Sekretariat seinen Bericht geben und dann Vorschläge für seine nächsten Aktionen machen, worüber dem Bureau die Beschlußfassung zusteht. Sodann

wird über den internationalen Kongress verhandelt werden und als letzter Punkt steht die internationale Politik auf der Tagesordnung.

Die **Centrumspartei in Belgien und Holland** beruft sich in ihrem Kampfe gegen unsere dortigen Genossen oft auf die Haltung der deutschen Genossen. Zur Zeit geht sie mit der in Deutschland allmählich unbrauchbar gewordenen Behauptung haften, in Deutschland sei die Socialdemokratie bis heute Gegnerin der Arbeiterschaft, Geseßgebung und der gesamten sozialen Geseßgebung des Reiches gewesen. Unsere belgischen und holländischen Genossen richten nun an die deutschen Genossen die Bitte, von den im letzten Wahlkampf oder bei sonstigen Anlässen herausgegebenen

**Flugblättern gegen die Centrumspartei** je ein Exemplar an die Genossen  
Deputierten Ansele im „Vooruit“, Gent (Belgien)

und  
P. L. Taf, Amsterdam, Weesperzijde 98  
senden zu wollen.  
Um Nachdruck in der Parteipresse wird gebeten.

### **Dolizeiliches, Gerichtliches usw.**

— Zu fünf Monaten Gefängnis wurde der Redakteur der **Magdeburger „Volkstimme“**, Genosse **Wardwald**, am 23. Dezember verurteilt. Er soll sich durch zwei Artikel des Blattes der Majestätsbeleidigung und der Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten schuldig gemacht haben. Wodurch sich Wardwald der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll, ergibt sich aus der Urteilsbegründung, aus der die „Volkstimme“ dieses mittelt:

„Der Angeklagte hatte in Nr. 218 der „Volkstimme“ einen Artikel veröffentlicht, in dem die Kreisblätter, Provinzblätter zc. als „Giftpilze“ bezeichnet wurden. Den Redakteuren der Kreisblätter wurde besonders vorgeworfen: „Sie lieben auf und setzen das, was ihnen die Hintermänner einjenden und was ihnen von den sog. Wochenzettel-Fabriken in Berlin (a la Max Lorenz usw.) druckfertig geliefert wird. Dazu kommt dann noch die Annahme der amtlichen Bekanntmachungen über“ — — — — — „Nunmehr folgen verschiedene Beispiele von derartigen amtlichen Bekanntmachungen, unter diesen auch u. a. „kaiserliche Dankfugungen“. Sodann geht es weiter: „Und das Ganze benennt sich dann mit dem hochtrabenden Titel „Zeitung, Intelligenzblatt“ usw. Das aber würde noch nicht hinreichen, um auch für diesen... (und nur folgt ein allzu menschlicher Vergleich) Abnehmer zu finden.“ Damit hat der Angeklagte den Kaiser beleidigt. Die Absicht der Beleidigung geht aus der Zusammenstellung der kaiserlichen Dankfugungen mit den Stoffen, die die übrigen Bekanntmachungen betreffen, hervor. Diese Absicht ist um so mehr daraus ersichtlich, als es außerordentlich selten vorkommt, daß kaiserliche Dankfugungen in Kreisblättern veröffentlicht werden. Endlich geht die Absicht der Beleidigung aus der Tendenz des Artikels hervor, Mitteilungen über Fürstbesuche, Fürstenthrone, das Aussehen von Fürsten zc. ins Lächerliche zu ziehen. Der Angeklagte ist mithin der Majestätsbeleidigung schuldig.“

Die Aufreizung wurde in einem „Revisionismus und Antirevisionismus“ überschriebenen Artikel gefunden. Der Artikel beschäftigte sich mit Erwägungen über einen eventuellen Staatsstreik und spricht vom Generalstreik als äußerstem Gewaltmittel. Die Urteilsbegründung sieht jedoch in dem Artikel eine Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten, indem sie sagt:

„Der Angeklagte hat an die Gewalt appelliert für den Fall einer Vereitigung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung ist es keine Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten im Sinne des § 190, wenn die Gewaltthätigkeiten für einen nicht in absehbarer Zeit liegenden Moment angedroht würden. Der Einwand des Angeklagten, er habe die von ihm angedeuteten Maßnahmen nur als Notwehrkräfte eines eventuellen Staatsstreiks angedroht, ist indes hinfällig; mithin hat er für einen in absehbarer Zeit zu erwartenden Augenblick, in dem mit Zustimmung von Reichstag und Bundesrat das Wahlrecht geändert würde, die Revolution in Aussicht gestellt.“

**Wegen Beleidigung der Polizei** wurde der Arbeitersekretär **Genosse Stöfel** in Bromberg am 23. Dezember zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er soll bei Gelegenheit des Bromberger Mauerstreiks die Unternehmern als Sklavenhändler bezeichnet und dann gesagt haben, daß auch die Polizei so sei, sie verstände nur, den Arbeitern mit den Waffen den Schädel zu spalten. Stöfel bestritt diesen Vorwurf. Er habe nur gesagt, das Verfahren, daß Agenten Streikbrecher heranzuführen und dafür per Kopf bezahlt werden, erinnere an die Sklavenhändler des Altertums. Die Polizei sollte dieses Treiben verbieten; statt dessen sei sie mit der Waffe auf die Arbeiter losgegangen. Ein Polizeibeamter beschwor den Vorwurf der Ausrufung nach der Anklage, die übrigen Zeugen blieben unbestimmt. Das Gericht nahm danach die Behauptungen der Anklage als erwiesen an.

### **Strafe für Wahrnehmung des Rechtsmittels.**

Ein Parteigenosse in **Oberschlesien**, der am 28. März d. J. dem Tage, an welchem durch kaiserliche Verordnung der Tag der Reichstagswahlen festgesetzt wurde, öffentlich Wahlflugblätter verbreitete, wurde durch einen Strafbefehl zu 7 M. Geldstrafe verurteilt, an deren Stelle im Unvermögensfalle sieben Tage Haft treten sollten! Ein zweiter Genosse wurde in die gleiche Strafe genommen, weil er dem Verteiler — zwei Pakete mit Flugblättern getragen hatte! Vor dem Schöffengericht in **Deuthen D. S.**, wurde der Hinweis des Angeklagten darauf, daß er berechtigt war, vom Tage der Festsetzung des Wahltermins an öffentlich Wahlflugblätter zu verbreiten, zurückgewiesen mit der Entscheidung, daß diese Erlaubnis erst vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltermins an gelte, diese Bekanntmachung sei aber erst am 30. März erfolgt. Da nach Meinung des Schöffengerichts für die Angeklagten kein begründeter Anlaß zum Einspruch gegen den Strafbefehl vorlag, so erließen es demselben „angemessen“, die Geldstrafe für jeden der beiden (also auch für jenen, der selbst nach Ansicht des Gerichts gar nicht verurteilt, sondern nur zwei Pakete mit Flugblättern getragen hatte!) von 7 auf 14 M. zu erhöhen und im Unvermögensfalle für die Geldstrafe eine Haft von 14 Tagen treten zu lassen!

Leider unterließen es die Angeklagten, ein weiteres Rechtsmittel gegen das Urteil zu ergreifen, so daß es rechtskräftig geworden ist. Diese Entscheidung führt in die bürgerliche Rechtspflege die Grundzüge ein, die im militärischen Beschwerdeverfahren so erfolgreich der Verämpfung der Soldatenmißhandlungen entgegenwirken: die Verstrafung der unbegründeten Beschwerde. Das Verfahren hat zwar keine formal gesetzliche Grundlage, aber man kann nicht einmal sagen, daß die Auffassung des obersten Reichsgerichts dem Geiste des deutschen Strafrechts widerspreche. Wo Polizei und Staatsanwälte unbestimmt um wiederholt freisprechende Entscheidungen immer wieder einschreiten und immer wieder anklagen und den Bürger in der Wahrnehmung seiner politischen Rechte beeinträchtigen dürfen ohne persönliche Haftbarkeit, da herrscht nicht Bürgerrecht, sondern der Geist der Untersuchungsjustiz und diesem Geiste fügt sich das oberste Reichsgericht trefflich ein.

### **Sitzung oder Versammlung.**

Ein vor mehr als Jahresfrist von der Polizeibehörde zu **Kattowitz** (Oberchl.) gegen die dortigen ausflüchtenden Gewerkschaften geführter Streik ist jetzt endgültig abgewehrt worden. Im Sommer 1902 löste die dortige Sitzung eine Sitzung des Gewerkschaftsartikels auf, weil die „Versammlung“ nicht polizeilich angemeldet war. Der Artikelvorsitzende wurde mit einem Strafmandat von 30 Mark für jedes Mitglied bestraft, weil nicht nur jene Sitzung, sondern überhaupt die ganze „Verein“ bei der Polizei nicht angemeldet war. Das Schöffengericht bestätigte den Strafbefehl, trotzdem nach einer Entscheidung des Kammergerichts vom November 1899 ein Gewerkschaftsartikel nicht eine Verbindung physischer Personen, sondern eine Verbindung von Gewerkschaften und als solche kein Verein ist. Dem Landgericht in **Deuthen** wurden die Beschuldigten denn auch von der Anklage der Nichtanmeldung des angeblichen Vereins freigesprochen, wegen der

unterlassenen Versammlungsanmeldung aber zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt. Die Begründung sagte, daß die Begriffe „Sitzung“ und „Versammlung“ einander nicht ausschließen. Der Unterschied zwischen beiden könne nur darin gefunden werden, daß eine Sitzung, wenn sie auch als Versammlung angesehen werden solle, hinsichtlich der Zahl der vereinigten Personen nicht allzu klein sein dürfe. Da an jener aufgelösten Kartellversammlung 22 Personen teilnahmen, sei dieselbe unbedenklich als Versammlung anzusehen. Die Tagesordnung, welche sich mit „statistischen Erörterungen und Beratung über die Löhne der Arbeiter“ beschäftigten wolle, erweise dem Landgericht unzweifelhaft als eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, da dieselbe „das gesamte öffentliche Interesse“ berühre.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht in **Deuthen** zurück. In der Begründung hieß es, daß zwischen Sitzung und Versammlung doch ein wesentlicher Unterschied bestehe, und das Vorhandensein einer gewissen, nicht allzu kleinen Zahl demersenen, äußerlich irgendwie vereinigten Personenmehrheit, deren innere Vereinigung auf gemeinsamen, bewussten Zwecken und Zielen, also auf gemeinsamen Willen beruhe, reiche zur Bestimmung des Begriffs „Versammlung“ nicht aus. Zu diesen allgemeinen Kennzeichen müßten noch besondere Merkmale hinzukommen, wie sie nach der Vorschrift des § 1 des preussischen Vereinsgesetzes namentlich in der Art der Zusammenberufung der Personennmehrheit, in der Räumlichkeit, wo die Zusammenkunft stattfindet, und in dem Fehlen individueller Beziehungen unter den Versammelten gefunden werden könnten. Solche Merkmale habe das Landgericht jedoch nicht festgestellt. Die Thatfache, daß statistische Erörterungen und Beratungen über die Löhne der Arbeiter im allgemeinen Gegenstand der Tagesordnung waren, rechtfertige noch nicht die Annahme des Landgerichts, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Nur, wenn es sich nicht lediglich um Feststellung bestehender Lohnverhältnisse, sondern um bestimmte Forderungen der Lohnverhältnisse, insbesondere um Mittel zur Steigerung der Arbeiterlöhne handelte, berührten sie das Interesse der Gesamtheit des Gemeinwesens.

Diese Entscheidung des Kammergerichts zwang nun das Landgericht in **Deuthen**, in einer kürzlich stattgehabten Verhandlung die angeklagten Kartell-Vorstandsmitglieder gänzlich freizusprechen. Der in der Verhandlung unternommene Versuch, das Fehlen individueller Beziehungen unter den Versammelten festzustellen, mißlang völlig, denn ein als Zeuge vernommener Polizeibeamter mußte bekunden, daß ein von ihm (!) in die Sitzung entlassener Arbeiter von den Kartellmitgliedern ohne weiteres entfernt worden war. Das Landgericht sprach den Angeklagten auf Antrag ihres Verteidigers auch den Ertrag der ihnen erwachsenen notwendigen Auslagen einschließlich der Verteidigungskosten zu.

Diese Verhandlung lieferte also wieder einmal den Beweis, daß sich die Polizei ungestraft erlauben darf, Handlungen zu provozieren, die für strafbar angesehen werden.

## **Lokales.**

### **Das „elendeste aller Wahlsysteme“.**

In der jüngsten Nummer des „Gemeinde-Blattes“ veröffentlicht der Magistrat eine statistische Uebersicht über die letzten Landtagswahlen. Uns interessiert dies an dieser Stelle namentlich deswegen, weil die Zahlen zu einem Vergleich des Landtags-Wahlrechts mit dem **Gemeinde-Wahlrecht** anregen. Bekanntlich hat der „Freisinn“, seitdem er im Landtage durch das Dreiklassen-Wahlsystem zur ohnmächtigen Minderheitspartei geworden ist, nicht laut genug seiner Entrüstung über dies „elendeste aller Wahlsysteme“ Ausdruck geben können. Für das auf demselben Grundgedanken beruhende Gemeinde-Wahlrecht haben dagegen dieselben „Freisinnigen“ kaum je ein Wort des Tadelns gefunden; denn auf diesem Rechte beruht ja ihre Herrschaft über die städtischen Gemeinden.

Wie schneiden nun in Wirklichkeit Landtags-Wahlrecht und Gemeinde-Wahlrecht bei einem Vergleiche ab? Im Jahre 1903 zählte **Berlin** bei den Landtagswahlen 452 264 Wahlberechtigte; zu den Stadtverordnetenwahlen waren dagegen nur 350 208 Personen wahlberechtigt. Mehr als 100 000 Freuen, die bei den Landtagswahlen ein sehr verlässliches, aber doch ein gewisses Wahlrecht besitzen, haben in städtischen Angelegenheiten überhaupt „nir to seggen“, einfach, weil das **Gemeinde-Wahlrecht bezüglich seiner Ausdehnung eben noch elender ist als das „elendeste aller Wahlsysteme“**. Drei Bestimmungen sind es, welche diese Einschränkung des Kreises der Wahlberechtigten — um mehr als 22 Proz.! — bewirken: das **Gemeinde-Wahlrecht** setzt eine längere Schaffigkeit voraus, es schließt die Schlafjurken aus und es knüpft endlich die Wahlberechtigung an eine gewisse Höhe des Einkommens. Gerade diese letzte Beschränkung, der mindestens zwei Drittel der Ausgeschlossenen ihre **Wahlentziehung** verdanken, will aber der **Kommunalfreisinn** — wie unsere Genossen ihn genötigt haben zu bekennen — unter allen Umständen erhalten wissen, derselbe Freisinn, der über das „elendeste aller Wahlsysteme“ in tönenden Worten klagt.

Das ist nun aber nicht etwa der einzige Punkt, in welchem das **Gemeinde-Wahlrecht** hinter dem Landtags-Wahlrecht zurücksteht; auch bei der Verteilung der Wähler in die einzelnen Klassen tritt beim **Gemeinde-Wahlrecht** die Geldsachsherrschaft viel deutlicher zu Tage, als bei der Landtagswahl. Es entfielen 1903 auf

	<b>Landtagswähler</b>	<b>Gemeindegewähler</b>
III. Abteilung	401 988	318 081
II. „	42 884	29 075
I. „	7 392	1 852

Also bei den Gemeindegewählten haben — trotz der verringerten Wählerzahl! — erst 172 Wähler III. Klasse soviel Wahlrecht wie ein Geldsack der ersten, bei den Landtagswahlen doch „schon“ etwa 54. Gerade das Gemeindegewahlrecht ist es, welches die Geldsachsherrschaft in nacktester und brutalster Form ermöglicht. Und wenn der **Kommunalfreisinn**, dessen Herrschaft nur durch dieses System gehalten und ermöglicht wird, über das „elendeste aller Wahlsysteme“ klagt, so gleicht er dem Diebe, der „haltet den Dieb“ ruft, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken.

Das **Schwindel-Flugblatt** zu Gunsten des freisinnigen Stadtverordneten-Kandidaten **Leis**, das für die Stichwahl im zweiten kommunal-Wahlbezirk von freisinniger Seite vorbereitet worden war, hat auf konservativ-antifreisinniger Seite keineswegs die scharfe Verurteilung gefunden, die es verdiente. Dieses angeblich socialdemokratische Flugblatt, das freisinnige Fabrikanten hatten und am Tage vor der Stichwahl zu verbreiten gedachten, um für ihren Leis die socialdemokratische Wählerkraft einzufangen, hatte zwar den Zweck, den auf ihre eigene Kraft nicht mehr vertrauenden Freisinnigen als Waffe gegen den Bürgerpartei-Prezel zu dienen. Aber die konservativ-antifreisinnige Presse dachte wohl weniger hieran, als an den andern, ihre Schadenfreude figelnden Umstand, daß das **Schwindel-Flugblatt** den Anschein erwecken mußte, in der socialdemokratischen Wählerkraft des zweiten Bezirks herrsche Uneinigkeit und ein erheblicher Teil der Wähler, die in der Hauptwahl für unsern Genossen **Manasse** gestimmt hatten, sei mit unserer Stichwahlparole der Stimmhaltung unzufrieden.

Erst als wir aus unsern Ermittlungen über den **Flugblatt-Schwindel** auch die Thatfache erwarbten, daß unter den **Prezel-Unterzeichnern** des **Flugblattes** selbst die **Wählerkraft** des **Herrn Prezel** nicht unvertreten geblieben ist, scheint aufrichtige Entrüstung in den Kreisen der **Prezel** und **Nonforten** entstanben zu sein. Ueber die Frucht dieser Entrüstung berichtet eine Lokalcorrespondenz: Der **Wahlanschuh** der Bürgerpartei versendet unter dem 23. d. M. ein vertrauliches Schreiben, mit dem die Wähler des Stadtverordneten **Leis** aufgefordert werden, mitzuteilen, ob sie von irgend einer Seite,

von ihren Chefs oder deren Angehörigen, von ihren Hauswirten usw., direkt oder indirekt beeinflusst worden sind, ihre Stimme für den Kandidaten **Leis** abzugeben usw. Zum Schluß des vom Geschäftsführer **Schmidt** unterzeichneten Briefes heißt es: „Noch bemerken wir, daß wenn einzelne Wähler durch ihre Aussagen direkt geschädigt werden sollten, wie in der Lage sind, einen Ausgleich durch neue Stellungen zu schaffen.“

Will die Bürgerpartei nur der Wissenschaft halber feststellen, wie der Freisinn Wahlbeeinflussung treibt, oder will sie noch einen Protest gegen die Wahl des **Leis** einreichen? Wenn sie einen Wahlprotest beabsichtigt, so hätte sie früher zur Stelle sein müssen; aber bei dem bedeutenden Vorsprung, den **Leis** vor **Prezel** erhalten hat, wäre der Protest ja vollständig aussichtslos. Wir wollen dem **Wahlanschuh** der Bürgerpartei verraten, daß die **Wählerkraft** **Prezels** unter den **Prezel-Unterzeichnern** des **Flugblattes** zwar, wie gesagt, nicht unvertreten geblieben, aber nach unsern bisherigen Feststellungen eben doch nur in ganz unerheblicher Zahl vertreten ist. Dasselbe gilt, wie wir bei dieser Gelegenheit noch einmal hervorheben wollen, von den Wählern unseres Genossen **Manasse**.

Abhängig sind die **Unterzeichner** des **Flugblattes** wohl beinahe alle, verschiedene sogar von **Leis** selber. Aber die meisten der von uns ermittelten **Unterzeichner** sind Leute, die entweder schon in der Hauptwahl freisinnig gestimmt hatten oder überhaupt nicht an der Wahl teilgenommen hatten oder gar nicht im zweiten Wahlbezirk wohnten, bezw. nicht zur dritten Abteilung gehören, nicht wahlberechtigt sind usw. Daß man alle Namen ohne Unterschied unter das den **Unterzeichnern** niemals vorgelegte **Flugblatt** gesetzt hat, das mit der **Arrede „Genossen!“** beginnt und das die ahnungslosen **„Unterzeichner“** samt und sonders erklären läßt, in der Hauptwahl socialdemokratisch gestimmt zu haben — das ist nach Ansicht des Freisinn keine Fälschung.

Gegen die Einführung eines **Fortbildungsschul-Zwanges**, wie er jetzt für **Berlin** beabsichtigt ist, wird von verschiedenen Kreisen mit mehr oder weniger Offenheit agitiert. Einzelne **Unternehmergruppen** erheben Protest gegen diesen Plan, durch den sie ihren Profit gefährdet glauben, und ihr Widerspruch findet Unterstützung zum Teil auch in kommunalen Kreisen. Eine Probe der **Stimmungsmacherei** gegen die **Fortbildungsschule**, die von ihren Gegnern betrieben wird, ist die folgende Mitteilung des Magistrats-Verichterstatters:

Gegen die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschul-Unterrichts hat sich die **Vereinigung der Vertikalen- und Schlafzimmer-Fabrikanten** in bemerkenswerter Weise ausgesprochen. Es wurde darauf hingewiesen, daß von der Zunahme darauf hingewirkt werde, den Besuch der Fortbildungsschule obligatorisch zu machen. Der obligatorische Unterricht habe insofern Schwächen, als die Lehrlinge auch am Tage zur Schule gehen müßten. Angesichts der trüben Erfahrungen, die schon jeder Meister mit Lehrlingen gemacht habe, würden dann sicher zahlreiche Meister auf die Ausbildung von Lehrlingen verzichten. Das heutige Fortbildungs- und Fachschulwesen genüge zur Ausbildung. In Gelegenheit fehle es in **Berlin** nicht. Wenn die Gesellen statt in die vielen **Versammlungen** in die Schulen gehen würden, so würden dies die Meister mit Freuden begrüßen. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde beschloffen, gegen die Verlegung des Schulunterrichts in die Tagesstunden Einspruch zu erheben.

Dies haben wir das **Unternehmertum, wie es lebt und leidet!** Die Lehrlinge sollen nicht am Tage, zu der für den Unterricht günstigsten Zeit, die Fortbildungsschule besuchen dürfen, weil der Unternehmer sich kein Ausbeutungsrecht nicht schmälern lassen will. Und die Gesellen sollen, wenn's nach dem Sinne dieses Unternehmertums ginge, am Abend keine **Versammlungen** besuchen, damit sie nicht über ihre Klassenlage aufgeklärt werden.

In den letzten Monaten hat sich mehr und mehr gezeigt, daß der Plan einer **Zwangs-Fortbildungsschule** in **Berlin** doch noch immer nicht so viel Freunde hat, wie es schien. Wir sind neugierig, ob in der **Stadtverordneten-Versammlung**, wenn dort die Sache endlich einmal zur Entscheidung kommt, der **krasse Unternehmerrstandpunkt** die **Oberhand** behalten wird. Es sieht fast so aus.

Eine außerordentliche **Stadtverordneten-Versammlung** findet am heutigen Dienstagmorgen 5 Uhr statt. Tagesordnung: Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbedeutenden Gemeindebeamten. — Die Akten betreffend die Wiederwahl des Stadtverordneten **Marggraf** und die Neuwahl des Hotelbesizers **Leis**, Mittelstr. 47, zum Stadtverordneten. — Verichterstattung des Ausschusses für Rechnungslegung über 42 Rechnungen sowie über die Jahresabschlüsse für das Etatsjahr 1902 betreffend die Stadthauptkasse, die Verwaltung der städtischen Wasserwerke, die Hauptkasse der städtischen Werke für die Kasernenverwaltung und den Gesamtsjahresabschluss dieser Kasse, die Verwaltung des Hafens am **Urban** und die Verwaltung des städtischen Abladewesens. — Verichterstattung über die Einsprüche gegen die Wahl des Gastwirts **Kerfin**, **Pantstraße 32b**, zum Stadtverordneten. — Verichterstattung über die Vorlage betreffend die Abänderung der **M s a y s t e u e r o r d n u n g**. — Vorlagen betreffend den Etat des v. **Scheuchers** Stiftungsfonds für das Etatsjahr 1904, — den Etat der **Reuter-Stiftung** für das Etatsjahr 1904, — die Ferienordnung an den höheren Lehranstalten für das Etatsjahr 1904, — die Bildung einer gemischten Deputation zur Beratung von Maßnahmen behufs Herabminderung der **S ä u g l i n g s - S t e r b l i c h e i t** in **Berlin**. — die Errichtung von Bauten auf den städtischen Rieselgütern, — die Erweiterung der Anlage für die Bereitung des **Kälbertranks**, — die Verhandlung in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. November d. J. über die Station für **Geschlechtskrankheiten** im städtischen **Oddach** — und die Ausgemeindung des **Autobezirks Flögensee** aus dem **Fortbezirk Tegel** und seine Eingemeindung nach **Berlin**.

Aus der **Herberge zur Heimat**. Es ist zwar nichts Seltenes, daß in diesem sich christlich nennenden Institut die Gäste den **Gummischlauch** zu fühlen bekommen, doch ein Ereignis ist es immerhin, wenn einer der schlagerfertigen Angestellten für seine Heldenthat einen **Denkettel** erhält. Der **Portier Lipinski** von der **Herberge** in der **Dramenstrasse** hatte sich gestern wegen Körperverletzung zu verantworten. Er hatte an einem **Novemberabend** einen **Gast**, den **Kellner K.**, ohne Ursache derart mit einem **Gummischlauch** mißhandelt, daß er auf der **Sanitätsstoa**che ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Das Gericht verurteilte den **Portier** zu 30 M. Geldstrafe; der **Staatsanwalt** hatte eine Gefängnisstrafe von einer Woche beantragt. Trotz aller Fortschritte in der **Gewerkschaftsbewegung** glauben doch noch viele reisende Handwerker statt der **Verbandsherbergen** die **christlichen Herbergen** in Anspruch nehmen zu müssen. Wer gewerkschaftlich organisiert ist, wird auf der **Wanderschaft** zwar nicht in der hier geschilderten Weise „christlich“ behandelt, doch braucht er, wenn er in guten Tagen zum **Verband** geteuer hat, nichts gehesnt zu nehmen und kann im **Gewerkschaftshause** sicher auf eine menschliche Behandlung rechnen.

Die **Straßenbahn** in der **Neujahrsnacht**. Einen ununterbrochenen Betrieb wird die **Große Berliner Straßenbahn** wieder in der **Neujahrsnacht** einrichten, und zwar wird er von **Donnerstag** früh 5 Uhr bis **Sonabendmorgen** gegen 3 Uhr keine Unterbrechung erfahren. In Aussicht genommen für den ununterbrochenen **Nachtdienst** sind etwa sechs der wichtigsten Hauptlinien, welche die verschiedenen Stadtteile von **Berlin** untereinander verbinden, z. B. die **Ringbahn**, eine Linie zwischen **Roabit** und dem **Südosten**, eine oder zwei zwischen dem **Kreuzberg** und dem **äußersten Norden**, eine zwischen dem **nördlichen** und **südlichen Spordorten** und eine zwischen dem **Westen** und dem **Mittelpunkt** der Stadt. Auf den übrigen Linien wird **Nachtdienst** zum Teil bis gegen 4 Uhr stattfinden. Auch für den **Bereich** der westlichen **Vorortbahn** wie der **Berlin-Charlottenburger Straßenbahn** sind für die **Neujahrsnacht** **Nachtwagen** in Aussicht genommen.

**Einkauf von Postwertzeichen für den Neujahrs-Briefverkehr**. Im Hinblick auf den großen Andrang, welcher erfahrungsmäßig am 30. und 31. d. Mts., besonders in den **Nachmittagsstunden**, an den

Postkalkern entsteht, empfiehlt es sich im eignen Interesse sowie zur Entlastung der Schalterbeamten, den Bedarf an Postwertzeichen für den Neujahrs-Briefverkehr möglichst schon in den ersten Tagen dieser Woche zu beschaffen.

Das Fürsorge-Erziehungs-Gesetz wird von der Polizei im Kampfe gegen gewisse Seelenverkäufer wirksam gehandhabt. Es giebt Männer und Frauen, die durch Zeitungsanzeigen sehr junge Mädchen suchen, um sie zu Säugern auszubilden. Auch auf der Straße knüpfen sie derartige Bekanntschaften an. Nach den Erfahrungen der Polizei ist es mit der Ausbildung oft nicht weit her. Wo sie ernst genommen wird, liegt natürlich keine Veranlassung zum Einschreiten vor. In der Regel aber werden die blühenden Dinger nur in den Anfangsgründen nördlich unterworfen und dann angehalten, in Tügelangeln aufzutreten, meistens im Auslande. Hier werden sie auf Umwegen verkauft. Volltätige Männer, Stammgäste dieser Tügelangel, schwächen ihre Willenskraft durch Verabreichung von Wein oder andern alkoholischen Getränken, und dann ist es um sie geschehen. Jetzt hat die Polizei auf solche Frauen und Männer ein wachsames Auge. Wo es angebracht ist, macht sie die Eltern der angehenden „Säugern“ auf die Ausfichten ihrer Töchter aufmerksam. Findet die Polizei aber hier nicht das nötige Verständnis, so unterbreitet sie die Angelegenheit dem Vormundschaftsgericht, das dann die Kinder in Fürsorge-Erziehung bringt und es ihnen so unmöglich macht, in die von gewissenlosen Menschen ihnen gestellte Falle zu gehen. Auf diese Weise hat das Gesetz dem „blühenden Geschäft“ schon guten Abbruch getan.

Was der Schweinegel. Einem schamlosen Treiben hat die Kriminalpolizei ein Ende bereitet. Am vergangenen Mittwoch und Donnerstag trieb sich im Westen ein Junge umher, der elegant gekleideten Frauen und Mädchen zierliche geschlossene Briefchen in die Hand drückte. Der Kleine ahnte nicht, was er that, denn ihm waren die Briefchen so übergeben worden, wie er sie weitergab. Der schamlose Verführer enthielt eine hübsch ausgestattete, mit einem Verführerinnicht verzierte Karte, auf der durch einige stoff geschriebene Zeilen den Empfängerinnen die schamlosesten Zumutungen gestellt wurden. Der Briefschreiber wandte sich an Frauen, die sich von ihren Männern vernachlässigt fühlten, konnte aber nicht verhindern, daß das pornographische Nachwort auch jungen Mädchen zugestickt wurde. Zufälliger erbat er unter dem Stichwort „Was“ nach dem Postamt 94. Mehrere Herren, denen die Ehefrauen die Karten unverzüglich zeigten, wandten sich sofort an die Kriminalpolizei. Beamte beobachteten nun das Postamt 94 in der Großen Frankfurterstraße, an das man einen Brief mit dem verlangten Zeichen abgeben wollte, um dem Delinquenten eine Falle zu stellen. Am ersten Feiertage gelang es wirklich, einen der Täter zu erwischen. Auf dem Rente wurde nämlich nach einem Briefe unter „Was“ gefragt. Der Fragesteller war ein kleiner Junge. Er erhielt den Brief und brachte ihn einem feingekleideten Mann, der in einer Nebenstraße auf ihn wartete. Sobald er den Brief empfangen und geöffnet hatte, wurde er von den Beamten, die dem Anaben unauffällig gefolgt waren, festgenommen und zum Verhör nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier wurde er als der frühere Kleiner Franz Mühlleder festgehalten. Der Entappte versuchte zunächst, sich damit herauszureden, daß es sich um einen Briefwechsel mit Heiratslustigen handle. Endlich bequente er sich zu einem Geständnis. Als seinen Mithäter gab er einen früheren Kaufmann Karl Unger aus der Brunnstraße an; eine Hausdurchsuchung bei diesem förderte noch eine große Anzahl gleicher Karten ohne Namensunterschrift zu Tage. Mühlleder und Unger wurden wegen öffentlicher Verleumdung in Untersuchungshaft gesetzt. Bis jetzt sind 120 Briefe als verteilt nachgewiesen. Empfänger, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich schriftlich oder mündlich an die Kriminalpolizei wenden. Die beiden Täter hielten sich, wie die Ermittlungen ergeben, in der Nähe des Jungens auf der andern Straßenseite auf, gaben ihm einen Wink, wenn ihnen eine Dame geeignet erschien, und beobachteten dann das Verhalten der Briefempfängerinnen.

Eine Liebestragödie. Im Hause ihres Geliebten beging Sonntag die 21jährige Schneiderin Hedwig S. aus Berlin einen Selbstmordversuch. In dem Mädchen hatte ein junger Kaufmann, dessen beglückter Vater am Kurfürstendamm wohnt, eine Neigung gefaßt, die von der S. erwidert wurde. Unmittelbar vor dem Weihnachtsfest brach der junge Mann die Beziehungen auf Wunsch seines Vaters ab. Gestern verlangte die Verlassene den Geliebten im Hause seines Vaters noch einmal zu sprechen. Das Mädchen wartete im Treppenhause, bis der junge Mann aus der Wohnung heraustrat. Als die S. dann im Verlauf der kurzen Aussprache sah, daß ihre Bitte um Fortsetzung des Verhältnisses nicht erfüllt werden würde, zog sie einen Leinwandrevolver und schoß sich zwei Kugeln in die linke Brustseite. Die Geschosse fanden jedoch Widerstand an den Korsettstangen und brachten der Lebensmüden nur leichte Verletzungen bei.

Vom Nord an der Gänther. Vor kurzem wurde berichtet, daß der Hauptbelastungszeuge gegen den Vergolter Otto Hugo Dreus, auf dem der Verdacht lastet, der Mörder der Luise Gänther zu sein, in Jauque verhaftet worden ist. Damit dürfte es im Zusammenhang stehen, daß Dreus selbst, dessen Einschiffung nach Europa gemeldet war, und den man bereits auf dem Transport nach Berlin wähnte, wieder in Santiago zurückgehalten wurde, offenbar um dort dem Denunzianten gegenübergestellt zu werden. Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir, daß die ermordete Luise Gänther nach den Mitteilungen ihrer Mutter keineswegs der Prostitution verfallen war, sondern sich redlich ernährte hat.

Der Raubhelienshaber des Schneider-Verbandes, Herr Martin Koser, Weihenburgerstr. 33, teilt uns mit, daß ihm am 1. Feiertag das Unglück passiert ist, ein Portemonnaie zu verlieren, welches einen der Gewerkschaft gehörigen Geldbetrag von 235 M. enthielt. Der Finder wird gebeten, den Fund gegen angemessene Belohnung Weihenburgerstr. 33 bei Koser abzuliefern.

Bei einem Bräutigam sind am Heiligabend auf dem Bauplatz zwischen der Ewinenländer- und Vellermannstraße drei Arbeiter verunglückt. Als ein 50 Centner schwerer Eisenteil mit einem Strahen hochgehoben werden sollte und die Kette riß, stürzten sie infolge des scharfen Knalles von dem sechs Meter hohen Gerüst. Ein 24 Jahre alter Arbeiter Wilhelm Schäfer erlitt schwere innere und Schädelverletzungen und verlor bald das Bewußtsein, so daß er seine Wohnung nicht mehr angeben konnte. Er wurde mit einem kühnen Rettungswagen nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Die beiden andern konnten nach ihrer Wohnung gebracht werden, nachdem ein Arzt ihnen die Wunden an den Armen und Beinen verbunden hatte.

Eine Wunderdoktorin im Norden Berlins ist wegen Verletzung des § 219 des Strafgesetzbuchs festgenommen worden. Es ist eine Maurerfrau G o e r s aus der Koloniestraße, die auf ihre Patientinnen einen ganz außerordentlichen Einfluß ausübte. Sie legte sich auf das Kurieren aller möglichen Krankheiten mit Salben, Kräutern und Wässern, bis ihr Treiben schließlich einen verbrecherischen Charakter annahm.

Ein einziger Christbaumbrand befand sich dieses Jahr seltsamerweise nur unter den vierzig Alarmierungen, die der Wehr zu Weihnachten besichert waren. Er entstand am zweiten Weihnachtstage vormittags in der Langestr. 23 und setzte Betten, Decken und Kleidungsstücke in Brand. Die Feuerwehr, die infolge viermaliger Meldung in großer Stärke anrückte, erlöste die Flammen in kurzer Zeit.

Schwere Brandwunden erlitt die Frau Aug. Lohbaum bei einem Wohnungsbrande, der am ersten Feiertage in der Moritzstr. 16 ausbrach. Sie war damit beschäftigt, Petroleum auf eine große Tischlampe zu füllen, als plötzlich eine Explosion erfolgte und die Wohnungseinrichtung in Brand setzte. Bei den vergeblichen Versuchen, die Flammen zu erlösen, trug die L. schwere Brandwunden an den Händen und an der Stirn davon und mußte von den Samaritern der Wehr verbunden werden. Der Wohnungsbrand konnte leicht besichtigt werden.

Feuerchronik von Weihnachten. Ueber 40 Alarmierungen wurden in diesem Jahre der Wehr zu Weihnachten besichert. Aber nur in

zwei Fällen nahm die Abkündigung längere Zeit in Anspruch, und zwar in der Wrangelstr. 40/41 und in der Ruffenstr. 28. Hier brannte ein Laden und Schaufenster des Rahrstädtschen Warenhauses, dort ein Kolonialwarengeschäft aus. Wohnungsbrände, bei denen im wesentlichen Betten, Möbel, Immobilien zc. vernichtet wurden, mußten in der Annenstr. 44, Linienstr. 213, Bülowstr. 1, Ballisadenstraße 104 und in der Bülowstr. 70 beseitigt werden. Der Fußboden und die Balkenlage brannte Luisen-Ufer 30, während in der Gräberstr. 84 ein Schornsteinbrand beobachtet werden mußte. Gardinen gingen in der Schleißerstr. 3, Stargarderstr. 75, Vorhängerstr. 17, Prenzlauer Allee 35 und in der Jennystr. 1 in Flammen auf. Anfang am öffentlichen Feuerwehler lag zwei Alarmierungen zu Grunde, die die Wehr nach der Logothstraße und nach der Klopstockstraße führten. Die Täter sind leider unermittelt entkommen. In der Campenhäuserstr. 5 und am Weinbergsweg 5 waren in Badezimmern Feuer entstanden. Die Stromleitung eines Hofbrunnens brannte in der Rosenthalerstr. 62, ein Posten Müllspäter in der Wilhelmstr. 1a. Gerümpel, Körbe, Postmaterial zc. wurden in der Reuen Schönhauserstr. 1 und in der Eldenaerstr. 1 eingekäschert. Nachmittags stand in der Velfortestr. 25 ein Pferdefall in Flammen, die indes bald erlosch werden konnten. Auf ganz unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren die übrigen Alarmierungen, die noch von der Blücherstr. 19, Kopenhagenerstraße 11, Andreasstr. 30, Vernauerstr. 14 usw. einliefen.

Cirkus Busch. In ihrem harten Beruf ergrante Poeten sagen, daß die schönsten Frühlinglieder sich am warmen Ofen dichten lassen. Dieser Erfahrungssatz hat die Leitung des Cirkus Busch bestimmt, den Berliner vor fröhlichen, seligen Weihnachtszeit die Ergötzlichkeiten einer Schweißreise zu bieten. Alles, was dazu gehört, ist vorhanden. Man kann das Schauspiel „Aus den Alpen“, das am ersten Feiertag seine Premiere erlebte, je nach Vermögen und Anlage vom tiefen Thal, d. h. vom Parkett oder auch von der hohen Bergespitze, die den Namen Galerie führt, aus in Augenschein nehmen. Prachtvolle Berge mit Schneetreiben, Alpenglühern, Schußplattlern, Alpbauern und andern Komfort der Reizeit treten in die Erscheinung; alles in einer plastischen Wirklichkeit, welche die Darbietungen der Natur noch um ein Bedeutendes übertrifft. Und die freien Bürger und Bürgerinnen der Schweiz, die im Cirkus Busch ihre Landesfittchen zum besten geben: Alle Achtung! So eine Sennerin wird Augen machen, wenn sie sich als inkorporiertes Mitglied des Balletcorps im feidenen Alpenkostüm wiedersehen. Aber mit dem abwechselungsreichen Schaugepränge ist unser Alpenvergügen noch durchaus nicht erledigt; denn wir erleben auch eine dramatische Unterhaltung voll gefährlicher Unthaten und erschütternder Gemütsbewegungen. Natürlich handelt es sich um einen Bilderer von bedenklichen Sitten. Der Kurische hat es auf das Eheglück des braven Sepp abgesehen, der auf einsamer Alm mit seiner Liesl ein Leben führt wie im Himmel. „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, heißt es schon in dem von begrenzteren Gesichtspunkten aus geschaffenen „Wilhelm Tell“. Der schwarze Hiesel bringt im Hochwald einen edlen Förster um und das vierjährige Söhnchen des Seppischen Ehepaares dazu. Dann weiß der Unhold unter der Beihilfe seiner ebenfalls in ihrer Führung nicht ganz einwandfreien Mutter es so zu deichseln, daß unser Freund Sepp als der Mörder reicher Gerichtsverhandlung unfehlbar verurteilt worden, wenn nicht der vierjährige Sepp jun. auf den Plan getreten wäre und gegen den wirklichen Mörder gezeugt hätte. Das brave Kind war nämlich von dem schwarzen Unhold nicht ganz tot gemacht worden und mit Hilfe guter Menschen wieder zu sich gekommen. Aber wer da glaubt, daß jetzt endlich dem schwarzen Hiesel das Gewissen schlägt, der irrt sich. Der Keel nimmt nämlich das unschuldige Kind abermals beim Stragen und schießt, indem er es gegen etwaige Schießversuche als Schild gebraucht, mit ihm über Berg und Thal, um dann auf einem Bergsee sein Heil zu versuchen. Dort bringt das erzmärkte Söldner in Gestalt eines Felsblodes aber das Rettungsboot zum Scheitern, und der Thäter wird in flagranti ergriffen. Verzweiflungsvoll macht er nun endlich seinem unwürdigen Leben mit einem von der Mutterliebe dargereichten Revolver ein Ende. Die Seppische Familie und das Publikum werden dann am Schluß für so viel Aufregung durch ein wundervolles Alpenblumenballet entschädigt, das einem in reichem Maße die Freude am Leben und das Vertrauen zur Menschheit wiedergibt. So endet das neueste Schauspiel glanzvoll, wie nur ein Cirkusdrama enden kann.

Einem Cyklus von 12 Vorträgen über Physiologie der Sprache und Technik des Sprechens eröffnet Direktor Max Rartersteig am Donnerstag, 7. Januar, abends 6 Uhr, in der Aula der königl. Elisabethschule, Kochstraße 65. Die Vorträge sollen den Anregungen Folge geben, die vom Weimarerischen Kunstziehungstag ausgegangen sind für die Pflege der ausdrucksvollen Recitation und der freien Rede; sie sind deshalb hauptsächlich für Lehrer und Erzieher berechnet. Der Besuch des einleitenden Vortrags am 7. Januar steht den Interessenten unentgeltlich frei. Karten für den ganzen Cyklus kosten 6 M.

### Aus den Nachbarorten.

Schmargendorf. Im Wirtshaus Schmargendorf, Wartenmünderstraße 6, findet am 31. Dezember Silvesterfeier mit Tanz statt. Die Parteigenossen am Ort, insbesondere die Mitglieder des Wahlvereins, werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Ein Selbstmordversuch durch Erschießen unternahm am ersten Weihnachtsfeiertage gegen 4 1/2 Uhr in einem besseren Hotel zu Potsdam eine Berliner, die 31jährige Verkäuferin Elise Krüger, welche sich dort am Abend vorher einlogiert hatte. Mittels eines Revolvers schoß sie sich in die Schläfe, doch ging der Schuß fehl und traf das rechte Auge, welches dadurch vollständig verloren ist. Die Schwerverletzte wurde erst morgens um 8 1/2 Uhr befimmungslos aufgefunden und nach dem Auguste Victoria-Krankenhaus gebracht, woselbst sie sehr schwer daniederliegt, zumal die Kugel noch nicht aus der Stirn entfernt werden konnte. Als Motiv zu der That wird der Umstand, daß sich das Mädchen in gesegneten Verhältnissen befand, angenommen.

### Gerichts-Zeitung.

Ein Kaufmann scheint der Kaufmann Kurt v. Bodenhausen zu sein, welcher gestern unter der Anklage der Körperverletzung vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts stand. Der Angeklagte ist schon einmal wegen gefährlicher Körperverletzung zu der schweren Strafe von zwei Jahren Gefängnis und wegen Verleumdung zu 200 M. Geldstrafe, ferner während seiner Militärzeit wegen Mißbrauchs der Waffe zu sechs Wochen Festung verurteilt worden. In einer Septemberrnacht lernte der Angeklagte in einem Restaurant in der Friedrichstraße drei Herren, darunter auch den 67jährigen Kaufmann Baumgart, kennen. Es entwickelte sich eine ziemlich lebhaftes Sektgespräch, worauf später die Jense ausgeführt wurde. Es kam hierbei zwischen den vier Gästen zu unliebsamen Auseinandersetzungen, da Baumgart die Richtigkeit des auf ihn entfallenen Anteils, der nach der Berechnung des Angeklagten 37 M. betrug, nicht anerkennen wollte. Baumgart soll dabei Ausrufungen wie „Repper!“ und „Repper!“ fallen gelassen haben. Als die Gesellschaft gemeinsam das Lokal verlassen und die Straße betreten hatte, verabschiedete Baumgart sich von zwei seiner Gesellschaftler, ohne von dem dritten, dem Angeklagten, Notiz zu nehmen. Wie der Letztere behauptet, soll er wiederum eine verlegende Ausrufung fallen gelassen haben. Darauf ließ v. Bodenhausen sich hinreichend, ihm einen wuchtigen Schlag ins Gesicht zu geben. Der Zeuge Baumgart bestritt, die erwähnten Worte auf der Straße gesagt zu haben; wenn er im Lokal von „Repper!“ gesprochen habe, so könne er damit nur das Personal gemeint haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 200 M., während der Verteidiger, Justizrat Kleinholz, ausführte, daß im vorliegenden Falle wohl eine Kompensation am Plage wäre. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht nicht an. Dem dem An-

geklagten auch mildernde Umstände zugebilligt worden seien, habe das Gericht doch auf eine hohe Strafe — 600 Mark eventuell 60 Tage Gefängnis — erkennen müssen.

Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Heute, Dienstag, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Brunnstr. 188, große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Der Heimarbeiterkongress, event. Wahl einer Kongresskommission.“

### Vermischtes.

In einem Hotel zu Dresden hat ein Wahnsinniger eine Schreckensstat verübt. Zwei Damen, die Gräfinnen G ö g e n aus Görlitz, weilten während der Feiertage in der sächsischen Hauptstadt und hatten sich in dem Dienholdischen Hotel „Zum Krankenbräu“ einlogiert. Das Zimmer neben ihnen hatte der 22jährige Student der Philosophie Hans Gähde aus Kiel inne, der sich ebenfalls vorübergehend zum Besuch bei seiner Großmutter in Dresden aufhielt. Nachts wurde die Gattin des Hoteliers Dienhold durch ein furchtbares Gepolter und Getöse aus dem Schlafe gestört. Sie wachte ihren Mann, und dieser eilte, nur halbbeleidet, in das zweite Stockwerk, von wo aus der Lärm durch das Haus drang. Hier bot sich ein furchtbares Bild dar: Die in den Schlafrum der Gräfinnen führende Thür stand weit offen, die Thürschwelle war zertrümmert. Laute Hilferufe ertönten aus dem Zimmer. Ein Mann kniete auf der älteren, 63jährigen Gräfin, während ihre 57 Jahre alte Schwester vor Schreden das Bewußtsein verloren hatte. Der Eindringling war Gähde, welcher in einem Tobuchtsanfall die Zimmerthür der beiden Damen erbrochen hatte. Der Wahnsinnige ließ von seinem Opfer auch nicht ab, als der Hotelier hinzukam, sondern schlug mit den Worten: „Schlange, du mußt sterben!“ unausgesetzt auf den Kopf der unglücklichen Frau los. Herr Dienhold stürzte sich auf den Tobenden, der sich in blinder Wut wehrte, dem Gastwirt das oberste Glied des Daumens der linken Hand abhieb und es hinunterstülpte. Schließlich aber fanden sich noch mehrere andre Personen ein, die mit vereinten Kräften den Irrenjungen überwältigten, zu Boden warfen und so lange festhielten, bis Polizeibeamte erschienen und ihn ins Irrenhaus brachten. Die überfallene Gräfin hat schwere Verletzungen erlitten, befindet sich aber nicht in Lebensgefahr.

Ueber ein großes Eisenbahnunglück meldet der Draht aus Grand Rapids (Michigan): Sonntagabend stießen in der Nähe von Cass-Paris, sechs Meilen von Grand Rapids entfernt, zwei Personenzüge zusammen. Nach Aussagen der Bahnbeamten wurde der Unglücksfall dadurch verursacht, daß der heftige Wind die Signallampen auslöschte. Zwei Lokomotiven und mehrere Wagen wurden zertrümmert. 18 Personen sind tot, 31 verletzt.

Ueber zwei schwere Unfälle mit großen Menschenverlusten meldet der Draht folgendes: In einer Fabrik zu Wottinski bei Wlaska getrieben am Mittwoch zwei große Rappthabehälter in Brand, wobei sechs Arbeiter ums Leben kamen. Acht Arbeiter erlitten schwere Brandwunden, fünf werden vernichtet. — In Resina (Prov. von Kapel) wurde Sonntagabend ein Gehöft, in dem mehrere Landleute mit der Herstellung von Feuerwerkskörpern beschäftigt waren, durch eine Explosion zerstört. Acht Personen wurden getötet, fünf wurden schwer verletzt unter den Trümmern hervorgezogen.

### Marktpreise von Berlin am 24. Dezember 1903

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.		Kartoffeln, neue D.-Gr.		7,00	5,00
*Weizen, gut D.-Gr.	16,15	16,00	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,30
„ mittel	16,08	15,97	„ „ „	1,50	1,10
„ gering	15,91	15,85	„ „ „	1,60	1,00
*Roggen, gut	12,85	12,84	Schweinefleisch	1,80	1,20
„ mittel	12,83	12,82	Rindfleisch	1,80	1,10
„ gering	12,81	12,80	Schmalz	2,80	2,00
†Gerste, gut	14,20	13,00	Butter	60 Stück	5,00
„ mittel	12,90	11,80	„ 1 kg	2,40	1,30
„ gering	11,70	10,60	„ „	2,80	1,40
†Hafer, gut	15,50	14,50	„ „	2,80	1,20
„ mittel	14,40	13,50	„ „	2,20	1,00
„ gering	13,40	12,50	„ „	1,80	0,80
Rübsstroh	—	—	„ „	3,00	1,40
Heu	—	—	„ „	1,40	0,80
Erbsen	40,00	25,00	„ „	—	—
Speisebohnen	50,00	26,00	„ „	—	—
Linsen	60,00	20,00	„ „	—	—

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. Dezember 1903. Zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter und trocken bei etwas strengem Frost und mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Arbeiter-Bildungs-Schule.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II. Lehrplan für das I. Quartal 1904.

Unter-richts-fach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unter-richts-Abend
National-ökonomie	Geschichte und Theorie der Statistik.	Schriftst. Max Grunwald	Montag
Ge-schichte	Geschichte der Völker und des Altertums bis zu den Perserkriegen.*	Schriftst. Dr. Rudolf Steiner	Dienstag
Soziale Gesetzgebung	Entwicklung und Stand der Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Deutschen Reich und im Ausland.	Schriftst. Simon Katzsonstein	Donners-tag
Rede-Übung	Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz.	Schriftst. Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie Montag, den 11. Januar; Geschichte Dienstag, den 12. Januar; Soziale Gesetzgebung Donnerstag, den 14. Januar; Rede-Übung Freitag, den 15. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstrasse 42; Vogel, Domminerstrasse 32; Krause, Müllerstr. 7a; Horsch, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin SW. 43, Hornstr. 20, Querg. II, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 59, zu senden.

\* Dieses Thema ist als erste Abteilung eines aus 5 Cycles bestehenden Kursus über allgemeine „Welt- und Kultur-geschichte“ gedacht.

Der Vorstand.



Gewerkschaftliches.

Für die freikundigen und angelernten Weber in Grimmitzhan...

Main body of text on the left side, containing various notices and reports from the workers' movement.

Main body of text in the middle column, continuing the list of names and addresses.

Main body of text on the right side, including a section for 'Briefkasten der Redaktion' and 'Juristischer Teil'.

Briefkasten der Redaktion.

Zulage Friedrichsberger 17. Uns unbekannt. Fragen Sie in der Redaktion...

Juristischer Teil.

6. 2. 1900. 1. und 2. Ja. - 7. G. 21. 1. Rein. 2. Die Frage können Sie schriftlich oder in Protokoll einreichen...

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, den 29. Dezember.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyberhaus, Nanon.**  
Schauspielhaus, König Heinrich V.  
Neues Königl. Opern-Theater.  
Geöffnet.  
Deutsches, Der Weiser.  
Berliner, Maria Theresia.  
Kelling, Japantreich.  
Weiten, Der Aechthuh.  
Rehens, Der Strom.  
Residenz, Crainquebille. Ein Seiten-  
sprung.  
Central, Der Haffelbinder.  
Thalia, Der Posttourist.  
Cafino, Weihnachtskloster. Der  
verkaufte Sohn.  
Belle Alliance, Der reichste Ber-  
liner.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Ballner-Theater):  
Kollege Crampton.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt):  
Der Compagnon.  
Luffen, Der Herr von Kirchfeld.  
Alcides, Elektra.  
Trianon, Blöcke.  
Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n  
grossen Teich.  
Carl Weich, Der Gwissenswurm.  
Metropol, Durchlaucht Radieschen.  
Apollo, Frühlingluft. Bitten nach  
dem Balle. Spezialitäten.  
Winter-Garten, Ltero, Otto  
Kreuter, Spezialitäten.  
Passage-Theater, Enthauptung  
Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
Gebr. Herrfeld, Papa Noa.  
Reichshallen, Stettiner Sänger.  
Urania, Taubenstrasse 48/49.  
Der Erdball als Träger des  
Lebens.  
Um 1 Uhr im Theater: An den  
Seen Ober-Italiens.  
Invalidenstrasse 57/62. Stern-  
warte. Täglich geöffnet von 7  
bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Der Strom**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Mittwoch: Salome. Der Kammer-  
sänger.

**Central-Theater.**  
Seute 2 Vorstellungen, nachm. 4 Uhr:  
Kindererziehung, halbe Preise, jeder  
Erwachsene ein Kind frei:  
**Der gestiefelte Kater.**  
Märchenpiel in 4 Bildern mit Gesang  
und Tanz.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Haffelbinder.**  
Cherette in 3 Akten v. Franz Schär.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Mittwoch zum erstenmal: Berliner  
Kinder.  
Donnerstagabend: Schneewittchen  
und die sieben Zwerg.  
Abends: Berliner Kinder.  
Sonntagabend: Schneewittchen  
und die sieben Zwerg.  
Abends: Arie im Jüden.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Elektra.**  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch: **Nachtasyl.**

**Residenz-Theater**  
Direktion E. Lautenburg.  
**Crainquebille.**  
Schauspiel in 3 Bildern v. Anat. France.  
Herauf:  
**Ein Seitensprung.**  
Schauspiel in 3 Akten von G. Derr,  
Döhre und Gullenkamp.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Donnerstag, 31. Dezember, zum  
erstenmal: **Der keusche Oasimir.**

**Apollo-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
mit dem  
sensationalen Ballett **Blütenhochzeit.**  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Vision nach dem Balle.**  
Musik v. Joachim Albrecht v. Preussen.  
Um 10 Uhr:  
**Glänzende Spezialitäten.**  
Neujahrsmusik. 8 Uhr zu ermäßigten  
Preisen: **Lysistrata** und herpor-  
ragende neue Spezialitäten.  
Neujahrabend: **Frühlingsluft.**  
Sonntag, den 3. Januar, nach-  
mittags: **Lysistrata.**  
**Königstadt-Kasino**  
Solganstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Riesen-Erfolg:  
**Des Menschen Schicksal.**  
Weihnachtskomödie in 3 Akten.  
**Franz Sobanski.**  
Die Dezember-Spezialitäten.  
31. Dezember: **Silvesterfeier-Ball**

**Urania.**  
Taubenstrasse 48/49.  
Um 8 Uhr im Hörsaal:  
**Der Erdball als Träger des Lebens.**  
Um 4 Uhr:  
**An den Seen Ober-Italiens.**  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS  
PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Grosse Weihnachts-Ausstellung**  
(des Märchen vom Däumling  
und dem Menschenfresser).  
Die zusammengewachsenen  
**Schwester.**  
Der **Indianische Riese!!**  
Illusionen!! Promenadenkonzerte.

**ALT - CHINA  
Kunst-Ausstellung**  
Leipzig-STRASSE 12  
  
Täglich geöffnet 10-8.  
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

**Metropol-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Durchlaucht Radieschen!**  
Burleske Ausstattungssposse mit  
Gesang und Tanz in 4 Bildern  
von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
In Scene gesetzt vom Direktor  
Richard Schultz.  
Im 4. Bilde:  
**Grosses Ballett**  
Wie damals im Monat Mai.  
- Rauchen überall gestattet. -  
Donnerstag, den 31. Dezember:  
**Grosse Silvesterfeier.**  
Einmalige Aufführung,  
eine grosse dramatische Revue  
unter dem Titel  
**Ein lustiger Silvesterabend**  
von Julius Freund.  
Tanzkränzchen.  
Drei Musikkapellen.  
Beginn 7/9 Uhr. Ende 3 Uhr.

**Gebrüder Herrfeld-  
Theater.**  
Nur noch kurze Zeit:  
**Papa Noa**  
mit Anton und Donat Herrfeld.  
**Am Silvester-Abend**  
**Riesen-Extraprogramm**  
alleroriginellster Art.  
Um 8 Uhr:  
**Papa Noa.**  
Um 11 Uhr:  
**Die Original-Klabriasperte.**  
Um 12 Uhr:  
**Der Anbruch einer neuen Zeit.**  
Neujahrstrass von Hugo Pollak.  
**Fanfaren-Jubelklänge**  
Grosser allgemeiner Gra-  
vitations-Akt im Foyer. Winter-  
garten, begleitet von Punsch-  
bowlen - Galopp und Pausen-  
kuchen - Polka der beliebten  
Theaterkapelle unter Leitung  
des Kapellm. u. Kompon. Ital.  
Darauf im Foyer:  
**Gr. Elite-Volkssänger-Soiree.**  
Nach Alt-Wiener Art  
arrangiert v. Gebr. Herrfeld.  
Lustigste Stregit-Vorträge fol-  
gender Künstler: Martin Bänitz,  
Markthallen - Fritze. - Duo  
Corbetta, Ital. Oper. - Quintett  
Winsherg, schwed. a capella. -  
Jacques Glaser, mimische Dar-  
stellung. - Hilda Stadthagen.  
- Max Aschinger. - Karl Bern-  
hard als grosse Tragödin der  
Welt „Sarah Bernhard“ u. v. a.  
Ende: das wissen wir noch nicht!  
Jubil.-Vorstellung  
**Am 4. Januar** Zum 100. Male:  
**Papa Noa.**  
In Vorbereitung:  
„Nur eine Nacht.“  
2 Akte aus einer Ehe  
von A. und D. Herrfeld.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Kasseneröffn. - Wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 5 1/2 Uhr.  
Billetvorverkauf tägl. 11-2 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.**  
(Ballner-Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Kollege Crampton.**  
Komödie in 5 Akten von Gerhart  
Hauptmann.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Vasantasena.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Der Compagnon.**  
**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstadt'sches Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Der Compagnon.**  
Lustspiel in 4 Akten v. Ad. d'Arlonge.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Liebelel.** Derrant: **Litteratur.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Der Talisman.**

**Cirkus Schumann.**  
Heute Dienstag, den 29. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Die große Ausstattungspantomime in 11 Abteilungen:  
Föhnhaft! Das alte u. neue Paradies.  
An den Wassern des Euphrat.  
Herr Julius Seeth mit seiner ausgezeichneten  
**Löwengruppe. 25 männliche Löwen.**  
Die neuen modernen Dressuren des Direktor Alb. Schumann.

**Freie Volksbühne.**  
Dienstag, den 29. Dezember, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.**  
Nur Mitglieder haben Zutritt gegen Vorzeigung der  
Mitgliedskarte.  
Tages-Ordnung: **Vortrag, Eduard Fuchs:** Die  
Bedeutung der Karikatur für das öffentliche Leben. Ge-  
schäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der  
Revisoren. Diskussion. Wahl eines Revisors. Verschiedenes.  
**Kostüm-Fest**  
am 9. Januar 1904 in der **Neuen Welt (Hasehoide).**  
Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen. Anfang 9 Uhr.  
Die Besucher des festes werden ausdrücklich darauf  
aufmerksam gemacht, dass sowohl historische und  
klassische Kostüme, die den von der freien Volksbühne  
aufgeführten Kostümführer entsprechen, gewählt  
werden können, sowie auch jedes beliebige moderne Ge-  
sellschaftskostüm, welches den modernen realistischen  
Stücken entspricht. Auch ist es jedem überlassen,  
maskiert oder unmaskiert zu erscheinen.  
Freitag, 1. Januar 1904, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
**Metropol-Theater** 5/6. Abteilung  
**Mercadet.** 290/16.  
**Lessing-Theater** 12/13. Abteilung  
**Ein Verbrecher.**  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Carl Weiss-Theater.**  
Grosse Frankfurter Strasse 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Gwissenswurm.**  
Seltene mit Gesang in 4 Akten von  
2. Anjengrüber.  
Morgen nachmittags 4 Uhr: Schülers-  
vorstellung: 10, 25, 40 Pf.: **Wilhelm  
Tell.** Abends: **Der Meindobauer.**

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse, zwischen Friedrichs-  
und Universitätsstrasse.  
**Biscotte.**  
Anfang 8 Uhr.  
Freitagabend: **Die Nothbrücke.**  
Deutsch-Amerikanisches Theater.  
Schauspiel 67. St. Natantimbrücke.  
Ueber'n grossen Teich.  
Morgen Mittwoch:  
Zum **125. Male:**  
**Ueber'n grossen Teich.**  
Elegante Souvenirs.

**Casino-Theater.**  
Lothringerg. 37. Anf. 8, Sonntag 7 1/2.  
Nur noch kurze Zeit!  
**Weihnachtsglocken. Corradini etc.**  
**Der verkaufte Sohn.**  
Freitag, 1. Januar, nachm. 4 Uhr:  
Hotel Klingebusch.  
Sonntag, 3. Januar, nachm. 4 Uhr:  
**Weihnachtsglocken. Die Diebstahle.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
**Brunnenstrasse 16.**  
**Klein Geld.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Mittwoch:  
**Die Schule des Lebens.**  
Donnerstag:  
**Silvester-Ball.**

**Reichshallen**  
**Stettiner Sänger**  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag, 31. Dez.:  
**Gr. Silvest.-Ulk-Soiree.**  
Tanzmusik.  
Beliebtste Klänge  
bei 4. Ueber'n Teich  
Entree 50 Pf. Logen 1 Mark u.  
Für den Tanz ist nichts nachzuzahl.

**Berliner Ulk-Trio.**  
Felix Scheuer  
Direktorstr. 1.  
**„Viktoria-Säle“**  
Monat. Perlebergstrasse 11.  
an einigen Sonntagenden noch frei!

**Cirkus Busch.**  
Dienstag, den 29. Dezember,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Zum 5. Male:  
**Aus den Alpen.**  
Grosses Panee-Schauspiel des  
Cirkus Busch.  
**Der Spezialitäten-Clown**  
**Gohert Belling.**  
Die berühmten **Fratellini.**  
**Mr. Richard Sawade**  
mit seiner berühmten  
**Tiger-Dressur.**

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags  
5 Uhr. Anfang der Abend-  
vorstellung 8 Uhr.  
Berlin hat wieder  
seine Sensation!  
**Enthauptung**  
einer lebenden Dame!  
**Willy Prager**  
Humorist.  
14 erstklassige Nummern.

**Steidl-Theater**  
a. Dronien- am Dronien-  
burger Thor burger Thor.  
Täglich 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
10 Herren. Grossart. Programm.  
U. A.: **Der große Cohn.**  
Vorher: **Am Weihnachtsabend.**  
Donnerstag, d. 31. Dez.: **Grosse  
Silvester-Ulk-Soiree** und Ball.

**Café Schurig**  
Oranienstr. 144, a. Moritzplatz.  
**Billard-Saal:**  
5 Billards (Neubusen  
mit Kerkau-Bande)  
a Stunde 40 u. 60 Pf.  
Kaffee 10 u. 15, Bier 10 Pf.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.  
Heute Dienstag:  
Zum letztenmal:  
**Wünsche und Träume.**  
Borgholt haben Gültigkeit.  
Billetvorverkauf von 11-2.  
Donnerstag, den 31. Dez.:  
**Silvester-  
Ulk-Vorstellung.**  
**Hoffmanns Nordd. Sänger.**  
Nach der Vorstellung:  
**Grosse Silvester-Tanztruppe.**  
Begrüßung des neuen Jahres  
**Silvester-Ulk, Jubel und Trubel.**  
Entree 30 Pf. Sprech 50 Pf.  
Anfang 8 Uhr. Ende 1904.

**Wintergarten**  
Am 31. Dezember 1903:  
**Gr. Silvestervorstellung**  
Auftreten der spanisch. Tänzerin  
**Otero**  
in ihrer Pantomime  
**Rêve d'Opium**  
(Ein Opiumrausch)  
unter Mitwirkung des Sängers  
**Léoni** und des Pantomimisten  
**Jacquinet** aus Paris.  
**Otto Reutters**  
neuester Schlager:  
Berlin, Berlin, was kriegste für  
'n Gesicht.  
12 glänzende Spezialitäten.  
**Neues Ballett.**  
Mitwirkung  
der Kapelle des Kaiser Alexander-  
Garde-Grenadier-Regiments.  
Anfang 8 Uhr. Ende nach Mitternacht.

**Polsterwaren.**  
Direkter Verkauf ab Fabrik zu Engros-  
preisen.  
Sofas, enorme Auswahl, von  
21 Mk. an.  
Anpassung, Reparatur 4 Mk., Sofa  
3 Mk., auf Wunsch angem. gew.  
**Bachmann, Blumenstr. 35b.**  
Lager III. Etage. 37682

**Gewerkschaftshaus**  
mit Inventar, schönem Garten  
und doppelter Regelbahn, gut  
rentabel, ohne Konkurrenz, Trans-  
portablen sofort zu verkaufen.  
Bedingungen günstig. 6306\*  
Auskunft erteilt Montag-Abg.  
Heilmann und Auktionator G.  
Wiemann, Eldenburg (Wroth).

**BLUTARMEN KRANKEN**  
ärztl. empfohlen  
Feurig  
Süsser  
Kraft-  
Rotwein  
1-50 und  
2 Mark  
**Santa Lucia**

steht unter ständiger Kontrolle des  
Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.  
**Enorm  
billig**  
gelangen zum Verkauf  
täglich 10-2 Sonntags  
bis in letzter Saison zu  
rückgekauften vornehmen  
Herren-  
**Anzüge  
Paletots**  
aus feinsten Maktstoffen  
16-38 Mk., Gebrod-  
Anzüge jezt 23-42 Mk.,  
Herren-Beimieder 7-12 Mk.  
Deutsches Verlanhaus,  
Jägerstr. 63, 1. Trepp.  
Hausnummer beachten!

**Dr. Simmel, Prinzen-  
Str. 41.**  
Spezialarzt für: 141/10\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

**Charlottenburg**  
**F. Kunstmann**  
Wallstr. 1.  
Uhrmacher und Gold-  
arbeiter,  
Gr. Lager, billige  
Preise. - Reparatur  
schnell, billigst

**Bruch - Pollmann**  
empfehl. sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen,  
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege.  
**Eigene Werkstat.**  
Lieferant für Litz- u. Hilfs-Krankenlösen  
Berlin C. 28342\*  
**30. Linien-Strasse 30.**  
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen  
Gürteln, angenehm und weich  
am Körper.

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.**  
**Backware**  
6 Stück für 10 Pf.  
**Albrechts Bäckereien:**  
Wrangelestr. 9, Strausir. 19,  
Friedenstr. 28, Zankelstr. 2,  
Markthalle Südstr., Stand 16/18

**Apotheke z. goldenen Adler**  
Alexandrienstr. 41.  
**Hämorrhoidallikör**  
a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.  
**Neujahrskarten**  
Neujahr- u. Ansichtspostkarten,  
altbekannt f. Geschäfte, Händler.  
**Rosenhallerstr. 56.**  
J. Jaffe, früher Krausnickstrasse.  
**Preis bis 3. Januar 1904!**  
Markt der neue, neue  
Begrüßungskarten, prima  
Gartenkarten, Straßengrad  
gratis. 27, 30, n. Berlin, 1, 30,  
Salzofel, herrliche Lage, perf.  
Schulz, Rindorf, Senaustr. 12.  
1903

**Blumen- und  
Kranzbinderei**  
**Richard Engelke,**  
Reichenberger-Strasse 164,  
Ecke Mariannenstr.  
Spezialität: **Vereinskränze.**  
**Zahn-Klinik.** beliebige Teil-  
zahlung.  
Olga Jacobson, Invaliden-  
strasse 145.  
**Künstlich. Zähne**  
**Karl Winzer,**  
Alexanderstr. 27b 1.  
Schönendste Behandlung.  
Teilzahlung gestattet.

# Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Sieben ist in unserer Kommissionsverlage erschienen:

## Crimmitschau

unterm Belagerungszustand.

Einzelpreis 15 Pf. — Partierpreis billiger.

Eine Darstellung der Ursachen und des Verlaufes der Ausbreitung und eine Würdigung des Kampfes in Crimmitschau. Die Darstellung ist belebt durch charakteristische Zeichnungen aus dem Leben der Kämpfer.

Bestellungen werden zahlreich und baldigt erbeten.

Der aus dem Verkauf der Broschüre erzielte Ueberschuss wird den Ausgesparten überwiesen.

**Nächste Ziehung vom 2.—9. Jan. 1904.**  
**Auf — II — Lose — schon — ein — Gewinn —**  
**Düsseldorfer St. Rochuskirche**  
 160 000 Lose. — Die Gold- und Silbergewinne sind mit 30% des angesetzten Wertes sofort veräußert.  
**= 15 379 Gew. i. W.**  
**Bar-Geld 120 000 M.**  
 30 000, 10 000, 5 000 M.  
 6 x 1500 = 9000 M. 100 x 30 = 3000 M.  
 10 x 750 = 7500 " 200 x 10 = 2000 "  
 10 x 200 = 2000 " 1500 x 5 = 7500 "  
 30 x 100 = 3000 " 13500 zusammen  
 30 x 50 = 1500 " = 40500 "  
**Lose à 2 M.** 10 Pf. empfindlich und versendet.  
**Ferd. Schaefer** Bankgeschäft Düsseldorf  
 H. Kron, E. Alexanderstr. 24. H. Hinrichs, N. Danzigerstr. 1. Jul. Mahlo, W. Unt. d. Linden 13. B. Kirchner, SW. Friedrichstr. 206. F. Schwerdtfeger & Co., NW. Friedrichstr. 139. W. Seifert, N. Brunnenstr. 48. J. Miloslavski, NW. Unter den Linden 61. H. Jacobi, N. Elsassstr. 36. C. Leipziger, C. Rosenthalerstr. 53. S. J. Basch, C. Königstr. 36/37. Croner & Co., W. Passage 8. Rud. Josephy & Co., 62. Königstr. gegenüber d. Hauptpost.

# Punsch-Extrakte

## selbst zu bereiten.

1 Originalfl. Reichels Punschextrakt-Essenz und 2/3 bis 1 Liter Weingeist (Spiritus Vini) nach Vorschrift vermischt, giebt

### 2 Liter feinst. Punschextrakt,

der sogleich zum Gebrauche fertig 2/3 mit 1/3 heissem Wasser vermischt genossen wird und von höchstem Wohlgeschmack und grösster Bekömmlichkeit ist.

**Kein Misslingen. • Nichts ist einfacher.**

Vorrätigin:  
**Ananas-Kaiser, Schlummer, Schwedisch-Punsch, Grogk- u. Glühwein-Extrakt, Fl. 75 Pf., Burgunder- und Düsseldorfer Punsch, Fl. 90 Pf., Royal- für je 2 Liter Punsch-Extrakt, Punsch Fl. 1.— M.**  
 Mehr als doppelte und dreifache Ersparnis.

### Ein Versuch überzeugt.

Die Destillierung im Haushalte völlig kostenfrei.

**Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstrasse 4.**  
 Grösste deutsche Specialfabrik.  
 Niederlagen in ganz Deutschland, kenntlich durch meine Plakate.  
 Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.  
 Man verlange ausdrücklich Reichel-Essenzen mit dem Lichtherz und nehme keine Nachahmungen.

**Jede Uhr** zu reinigen kostet bei mir unter Garantie nur 1,50 Mk., außer Bruch. Reine Reparaturen billiger. Trauringe in jedem Gold und Double zu höchsten Preisen in jeder Beschläge und Nummern stets am Lager. **Gröses Ketten-Lager** zu allen Preisen.

**Emil Rothert, Uhrmacher und Goldarbeiter,**  
 Andreas-Strasse 62. — Frankfurter Allee 114.

## Engelhardt-Caramel-Malz-Bier

Gesetzlich geschützt No. 34 934

enthält den geringsten Alkoholgehalt, ist reich an Nährstoffen und deshalb ein hervorragendes Stärkungsmittel. Aerztlich wird es empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, Mütter Rekonvaleszenten. Als Tafelgetränk ist es allgemein bevorzugt. — Ueberall käuflich.

**Preis pro Flasche 10 Pf.**  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.**  
 Berlin N., Chaussee-Strasse 33.  
 Telefon: Amt III, 8825. 33332\*

**Jackel-Anzüge, 1- u. 2-reihig,** aus guten haltbaren Stoffen mit graden oder schrägen Taschen von 18 M. an.

**Rock- und Gehrock-Anzüge** in bester Ausführung von 24 M. an.

**Herbst- und Winter-Paletots** in modernster Ausführung von 18 M. an.

**Haus- und Jagdjoppen** in allen Ausführungen von 6 M. an.

Streng feste Preise.

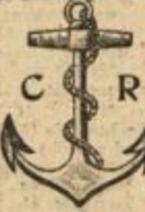
## Partei-Expeditionen:

**Berlin zweiter Wahlkreis:** Hermann Werner, Wittendörferstr. 30, n. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prütznerstr. 31, n. part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels, 19. Frankfurterstr. 133, n. part. — **SO.:** Paul Böhm, Kaiserplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Solmsdörferstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Döberlstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Hermann Kalke, Rügenstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kathanien-Allee 95/96. — **Alt-Glienke:** E. Friede, Rudowstr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Schärberg, Selenbühnenstr. 1, Ude Voetelstraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** E. Friede, Alandstr. 106, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen:** Etto Seiffel, O. 112, Arenbrünnentr. 50, I. — **Grünau:** Aris Sudad, Kömstr. 1, II. — **Rixdorf:** W. Heinrich, Prinz-Sandierstr. 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Sauer, Martin-Lutherstr. 31, im Laden. — **Ober-Schöne-weide:** Etto Wäntzer, Dömitzstr. 1a, 2 Treppen. — **Nieder-Schöne-weide:** Bonafowski, Berlinstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Börsenstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Hye, Sadenbergstr. 8. — **Köpenick:** Friedrich Seid, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** S. Bernlee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Röhr, Döppelstr. 8, und Fr. Sellhote, Thormstr. 15a. — **Baumshulenberg:** Stod, Grünstr. 2, II. — **Treptow:** R. Bolat, Olenstr. 37, vorn III. — **Neu-Weissensee:** H. Hesse, König-Charlesstr. 33a, I. — **Rummelsburg:** Rorbert, Prinz-Albertstr. 5a. — **Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannslust:** Paul Menack, Borsigwalde, Schubarstr. 4. — **Pankow:** S. Aumann, Morozstr. 43. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wünschenswerten Bezüge zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.



**Prosit! Böhmisches Brauhaus, BERLIN.**

Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**  
**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
 Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.  
 Flaschen- " Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.  
 Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.



**Der Dänische Anker-Kautabak** ist in letzter Zeit so oft minderwertig nachgeahmt worden, dass ich den Käufern denselben dringend anraten muss, genau auf den in jedem Stück — Schleifen und Rollen — befindlichen Firmenzettel mit dem Anker zu achten und Tabak ohne Zettel entschieden zurückzuweisen, da solcher nachgeahmt ist. 2837L\*

Generalvertrieb jetzt Grüner Weg 112, Carl Röcker.  
 Hauptniederlage: Nordhäuser Kautabake, Schnupftabake — Rauchtabake.

**Resterhandlung**  
 38. Prinzenstrasse 38,  
 Aus prima Stoffresten liefere ich unter Garantie des guten Sitzes mit guten Zuthaten in sauberer Verarbeitung

**Anzüge nach Mass**  
 24 Mk. 30 Mk. — 3076L\*

**Paletots nach Mass 22 Mk. an.**  
 August Löther, Prinzenstr. 38, I am Moritzplatz (vormals Leiter der Resterhandlung Bellealliancestr. 98, I.)

# Brauerei A. Werm

Aktiengesellschaft.  
 Berlin N. 37. III. 2330.  
**Pilsener Edelbräu.**

Gegründet 1878.  
 Specialität der Firma:  
**Paletot nach Mass** von 30 M. an.  
**Anzug nach Mass** von 33 M. an.

## Orts-Krankenkasse der Graveure etc.

Berlin, Engel-Ufer 15 II.  
 Auf Grund von Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes vom 25. Mai 1903 sind in der General-Versammlung vom 4. November 1903 nachfolgende Änderungen des Statuts beschlossen und vom Bezirksausschuss zu Berlin unter dem 13. Dezember 1903 genehmigt worden:  
 Der Versicherungsbeitrag unterliegen Handlungsgehilfen und Lehrlinge, deren Gehalt unter 3000 M. beträgt. Der durchschnittliche Tagelohn ist für die fünf Klassen festgesetzt auf 4,50, 3,50, 2,50, 1,50 und 1.— M.  
 An Krankengeld wird die Hälfte dieses Betrages (inkl. Sonntag) gezahlt. Wöchnerinnen-Unterstützung wird fortan 6 Wochen lang gezahlt.  
 Sterbegeld: Klasse 1—5: 112,50, 87,50, 62,50, 37,50, 12,50 M.  
 Die Beiträge betragen 81, 63, 45, 27 und 18 M. pro Woche. Rückträge zum Statut sind vom 1. Januar 1904 ab — dem Tage des Inkrafttretens vorstehender Änderungen — im Aktienlokal zu haben. 281/11

**Der Vorstand.**  
 A. H. G. Bräuner, 1. Vorst.

## Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.

Das neue Statut, welches in der außerordentlichen General-Versammlung am 14. September 1903 genehmigt, sowie die veränderten Versicherungs-Vorschriften und der Versicherungsbeitrag, welche in der am 14. November d. J. stattgefundenen General-Versammlung festgelegt wurde, sind von der Aufsichtsbehörde genehmigt und treten vom 1. Januar 1904 in Kraft.

Berlin, den 27. Dezember 1903.  
 J. K. Karl Dittus, Vorsitzender.  
 N. 54, Weinbergweg Nr. 11.  
 NB. Die neuen Statuten werden von den Kassenhelfern den Herren Mitglieder übergeben, und werden die Mitglieder ersucht, sich dieselben ausbedingen zu lassen; für die freimüthigen Mitglieder sind dieselben im Aktienlokal zu haben.  
 Die Herren Arbeitgeber werden besonders auf § 10 des Statuts, sowie auf den Seite 32 festgelegten Versicherungsbeitrag aufmerksam gemacht. 6435 F. C.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter u. Arbeiterinnen zu Berlin.**  
 Gemäß § 67 des Statuts geben wir den Kassenzuständigkeiten hiermit bekannt, dass die in der außerordentlichen General-Versammlung vom 19. September er. beschlossene Abänderung der „Verhaltensregeln für erkrankte Kassenzuständige“, nach welcher: Zusatzebehandlungen gegen die gegebenen Vorschriften mit dem dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes für jeden einzelnen Lebensversicherungsfall bestraft werden können, von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden sind.  
 Diese Abänderung tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.  
 Berlin, den 28. Dezember 1903.  
**Der Vorstand.** 281/9  
 G. Holter, Vorsitzender.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Nachruf.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, der Salonfremaler **Johann Moritz** am 19. Dezember verstorben ist und am 21. Dezember zur letzten Ruhe gebettet wurde.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Ortsverwaltung. 91/4

## Orts-Krankenkasse der Madler und Siebmayer zu Berlin.

Die von der General-Versammlung am 3. September 1903 beschlossene reuente Abänderung des Statuts unter Klasse ist durch Beschluß des Bezirks-Ausschusses vom 8. Dezember 1903 genehmigt.  
 Dasselbe tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.  
 Die von der General-Versammlung vom 28. November 1904 beschlossene Abänderung des § 8 der Verhaltensregeln ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt und tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.  
 Berlin, im Dezember 1903.  
**Der Vorstand.** 281/10  
 Robert Schmidt, Vorsitzender.

## Musikwerke

mit Glockenbesetzung u. auswechselbaren Notenstreifen, sowie kleine, schöne Familien-Unterhaltung, geringe Teilzahlung.  
**J. KURZBERG, Neue Königstr. 47 II.**  
 000 direkt am Alexanderplatz 000

## H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Tabakfabrik. 2838L\*  
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in **Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.**  
**Neujahrs-Karten.**  
 Billigste Bezugsquelle f. Händler u. Wiederverkäufer. Humoristische Karten a 100 Stück 30 und 40 Pf.  
 Grosse Auswahl in Jahreszahl-Postkarten 1904. Kollektionen für Strassenhändler.  
**S. & G. Saulsohn, Berlin C. 25, Kaiser Wilhelmstr. 19a.**  
 südlich der Ringstr. und Markthalle. 37782\*

## Kohlen

Reisoblen, anerkannt beste Marken, Bienenform, liefern jetzt noch ab Wag: Tausend von 6,50 Mk. an.  
**Bruch-Presskohlen,** pro Ctr. 65 Pf.  
 Sandmagen verk., Aufschüsse bläsig, hinde Brennmaterial, bläsig berechn.  
**A. Herrmanns Kohlenlager,**  
 Berlin O., Mühlent. 12.

## Dr. Schünemann

Specialarzt für Haut-, Gyn. und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 12—1, 3, 1, 6—1, 8, Sonn. 9-11

## M. Schulmeister,

Schneidermeister,  
**BERLIN SO., Dresdener Strasse 4,**  
 Hochbahnstation Kottbuser Thor. 3047L\*

# Silvester-Zeitung 1903: „Die Arbeit“

(in Zweifarbendruck) ist noch vorrätig.  
Das reich illustrierte Blatt kostet 10 Pf.  
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

## Silvester-Punsch

von Rum, Arac, Glühwein, a Fl. 2,- und 1,- Mk.  
Sherry u. Schlummer-Punsch a Fl. 2,50 und 1,25 Mk.  
Ananas, Burgunder-Punsch a Fl. 3,- u. 1/2, Fl. 1,50 Mk.  
Bowlen-Mosel, Bowlen-Extrakte, Tischweine  
empfehlen und versendet in bekannt ausgezeichneter Qualität  
**Georg Andree, Berlin C., Prenzlauerstr. 1-2.**  
Man verlange Preisliste!

## Achtung! Gewerkschaften und Vereine!

### Voigt's „Rittersäle“ Ritterstr. 75, Hof.

Bringe hierdurch mein den Gewerkschaften und politischen Vereinen bekanntes Verkehrslokal in empfehlende Erinnerung. Säle (mit Bühne), bis 700 Personen fassend, und Vereinszimmer jeder Größe stehen zu Verammlungen etc. zur Verfügung.  
Speisen und Getränke in bester Qualität zu anerkannt soliden Preisen.  
Richtungsweg 32912\*

**Robert Voigt, Ritterstr. 75, Hof.**

## Specialgeschäft emaillierter Haushaltungs-Artikel

### Georg Wiesner, Königsberger-Strasse 15.

Obere Bannen	35	40	45	50	55	60	65	70	cm
	1,15	1,40	1,60	1,80	2,40	3,00	3,75	4,40	pr. St.
Kafferofen mit Ring	ca.	14	16	18	20	22	24	cm	
Schmortöpfe zu Glas	45	55	65	75	85	100	100	pr. St.	
Schmortöpfe mit Ring	40	45	50	55	60	90	pr. St.		
Gehäuferte Schmortöpfe mit Ring	50	60	75	85	100	115	pr. St.		
	Nr. 2	3	3 1/2	4	5	6	7		
	75	95	105	110	120	140	155	pr.	

Sämtliche Preise verstehen sich für Geschirre prima Handelsqualität.

## Bekanntmachung.

### Jahresabschluss

## Kasse der Landes-Versicherungsanstalt Berlin

für das Jahr  
**1902.**  
Betriebsfonds-Hauptverwaltung.

Der Rechnung Kapit. Titel	Einnahme	Ist-Einnahme	
		im einzelnen M. Pf.	im ganzen M. Pf.
	Bestand aus dem Vorjahre		705 854 63
I	Beiträge		7 217 271 46
II	Zinsen		1 609 382 59
III	Miete und Pacht für Grundbesitz:		
1	Grundstücke für Zwecke der Verwaltung	55 568 83	
2	Heilstätten, Genesungshäuser, Invalidenhäuser etc.	302 800 88	
3	Sonstige Grundstücke	20 988 58	
	Summe Kapitel III		388 358 29
IV	Strafgelder		7 889 --
V	Renten (§§ 125 bis 127 des Gesetzes)		3 329 33
VI	Beitragsersparungen (§§ 127, 128 Absatz 6 des Gesetzes)		4 011 --
VII	Heilverfahren:		
1	Zuschüsse von Krankenkassen (§ 18 Absatz 3 des Gesetzes)	145 501 96	
2	Zuschüsse von Trägern der Unfallversicherung (§ 21 des Gesetzes)	577 88	
3	Zuschüsse von anderer Seite	1 300 30	
4	Durchführung des Heilverfahrens (ausschl. Titel 5)	92 163 58	
5	Unterstützungen an Angehörige der Versicherten:		
a)	solcher, die der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterlagen		38 641,69 M.
b)	solcher, die dieser Fürsorge nicht unterlagen		865,97
	Summe Titel 5	39 007 66	
	Summe Kapitel VII		278 560 38
VIII	Invalidenhauspflege:		
1	Renten für die gemäss § 25 des Gesetzes verpflegten Personen	3 206 60	
2	Zuschüsse von anderer Seite	--	
3	Durchführung der Invalidenhauspflege	286 18	
	Summe Kapitel VIII		3 494 78
IX	Ausserordentliche Leistungen (§ 45 des Gesetzes):		
X	Allgemeine Verwaltung:		
1	Gehälter, Belohnungen (Remunerationen) etc. der Beamten (mit Ausschluss der Kontrollbeamten) und Vergütung für Schreibhilfe	4 078 78	
2	Vergütungen, insbesondere Tagegelder und Reisekosten, Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst:		
a)	an Vorstandsmitglieder u. Anstaltsbeamte		11,20 M.
b)	an Mitglieder des Ausschusses		11,20
	Summe Titel 2	11 20	
3	Aufwendungen für Geschäftsräume (Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Steuern etc.)	674 30	
4	Bureau- und Kassenbedürfnisse (Drucksachen, Postgebühren, Bekanntmachungen, Buchbinder, Botenlohn etc.)	54 57	
5	Inventarien	168 --	
6	Beiträge zu Pensions-, Witwen- und Waisenkassen, sowie sonstige Versicherungsbeiträge (für Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung etc.)	3 721 60	
7	Pensionen und Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte etc. und deren Hinterbliebene	--	
8	Andere nicht vorgesehene Einnahmen	--	
	Summe Kapitel X		8 708 45
XI	Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung von Renten und bei Beitragsersparungen		20 --
XII	Rentenstellen		--
XIII	Schiedsgerichte, Beschwerde-, Berufungs- u. Revisionsverfahren:		
1	Persönliche Aufwendungen	--	
2	Sächliche Aufwendungen	--	05
3	Verfahren	--	
	Summe Kapitel XIII		05
XIV	Beitragshebung und Kontrolle:		
1	Beschaffung der Quittungskarten, der Beitragsmarken und Verkauf der letzteren (§§ 130, 131 Absatz 2 und 3 und 132 Absatz 2 des Gesetzes)	16 50	
2	Mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen (§§ 148 und 151 des Gesetzes)	--	
3	Kontrolle (§ 162 des Gesetzes)	38 --	
	Summe Kapitel XIV		54 50
XV	Rechtshilfe (§ 172 Absatz 2 des Gesetzes)		70 70
XVI	Andere nicht vorgesehene Einnahmen		16 --
XVII	Vermögensanlagen:		
1	Wertpapiere	1 933 172 25	
2	Darlehen etc.	246 232 94	
3	Grundstücke	20 563 74	
	Summe Kapitel XVII		2 199 968 93
	Summe der Einnahmen		11 721 468 39
	Hierzu: Bestand aus dem Vorjahre		705 854 63
	sind zusammen		11 015 613 76
	ab: Summe der Ausgaben		10 206 627 57
	Mithin Bestand		808 986 19

VII	Heilverfahren:			
1	Zuschüsse von Krankenkassen (§ 18 Abs. 3 des Ges.)		5	--
2	Zuschüsse von Trägern der Unfallversicherung (§ 21 des Gesetzes)		--	--
3	Zuschüsse von anderer Seite		--	--
4	Durchführung des Heilverfahrens (ausschl. Titel 5)	1 794 454	33	
5	Unterstützungen an Angehörige der Versicherten:			
a)	solcher, die der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterlagen			98 523,77 M.
b)	solcher, die dieser Fürsorge nicht unterlagen			1 291,40
	Summe Titel 5		90 815	17
	Summe Kapitel VII			1 894 274 50
VIII	Invalidenhauspflege:			
1	Renten für die gemäss § 25 des Gesetzes verpflegten Personen		69	49
2	Zuschüsse von anderer Seite		--	--
3	Durchführung der Invalidenhauspflege		53 451	51
	Summe Kapitel VIII			53 521 --
IX	Ausserordentliche Leistungen (§ 45 des Gesetzes):			
X	Allgemeine Verwaltung:			
1	Gehälter, Belohnungen (Remunerationen) etc. der Beamten (mit Ausschluss der Kontrollbeamten) und Vergütung für Schreibhilfe		313 101	17
2	Vergütungen, insbesondere Tagegelder und Reisekosten, Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst:			
a)	an Vorstandsmitglieder u. Anstaltsbeamte			4170,47 M.
b)	an Mitglieder des Ausschusses			1800,--
	Summe Titel 2		5 970	47
3	Aufwendungen für Geschäftsräume (Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Steuern etc.)		49 310	70
4	Bureau- und Kassenbedürfnisse (Drucksachen, Postgebühren, Bekanntmachungen, Buchbinder, Botenlohn etc.)		41 326	99
5	Inventarien		13 787	36
6	Beiträge zu Pensions-, Witwen- und Waisenkassen, sowie sonstige Versicherungsbeiträge (für Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung etc.)		5 965	50
7	Pensionen und Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte etc. und deren Hinterbliebene		668	33
8	Andere nicht vorgesehene Ausgaben		10 505	50
	Summe Kapitel X			440 636 11
XI	Erhebung bei Gewährung oder Entziehung von Renten und bei Beitragsersparungen			41 774 29
XII	Rentenstellen			--
XIII	Schiedsgerichte, Beschwerde-, Berufungs- u. Revisionsverfahren:			
1	Persönliche Aufwendungen		7 553	76
2	Sächliche Aufwendungen		2 035	45
3	Verfahren		2 508	35
	Summe Kapitel XIII			12 097 57
XIV	Beitragshebung und Kontrolle:			
1	Beschaffung der Quittungskarten, der Beitragsmarken und Verkauf der letzteren (§§ 130, 131 Absatz 2 und 3 und 132 Absatz 2 des Gesetzes)		12 051	64
2	Mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen (§§ 148 und 151 des Gesetzes)		--	--
3	Kontrolle (§ 162 des Gesetzes)		37 328	30
	Summe Kapitel XIV			49 379 94
XV	Rechtshilfe (§ 172 Absatz 2 des Gesetzes)			45 70
XVI	Andere nicht vorgesehene Ausgaben			40 40
XVII	Vermögensanlagen:			
1	Wertpapiere		29 454	10
2	Darlehen etc.		970 000	--
3	Grundstücke		3 062 896	91
	Summe Kapitel XVII			4 062 351 01
	Summe der Ausgaben			10 206 627 57

### Abschluss II.

	Wertpapiere	Bar
I. Nach den Tagebüchern der Kasse haben im Jahre 1902 betragen:		
1. Die Einnahmen		21 048 800,73 M.
2. Die Ausgaben		20 407 312,07
Nach den Zu- und Abganglisten der Kasse haben im Jahre 1902 betragen:		
1. Die Einnahmen:		
a) Betriebsfonds	59 965 841,84 M.	
b) Voreinnahmen	--	
c) Vorschüsse	59 965 841,84 M.	
2. Die Ausgaben:		
a) Betriebsfonds	2 136 661,76 M.	
b) Voreinnahmen	--	
c) Vorschüsse	1 001,20	
	2 137 662,96	
Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1902:		
Bestand in Bar		636 488,66 M.
Bestand in Wertpapieren etc.	57 829 178,88 M.	
	58 464 667,54 M.	
II. Die Jahresrechnung pro 1902 -- Betriebsfonds -- schliesst ab mit einem Bestand von 808 986,19 M.		
Hierzu kommen die am Schlusse des Rechnungsjahres 1902 vorhandenen Voreinnahmen mit 6 713,00		
		815 699,19 M.
Hiervon ab die bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1902 nicht beglichenen Vorschüsse, also		179 210,33
Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1902 Bestand in Bar (wie oben)		636 488,66 M.
Die Zu- und Abganglisten pro 1902 schliessen ab:		
a) Betriebsfonds	57 829 180,08 M.	
b) Voreinnahmen	--	
c) Vorschüsse	1 001,20	
	57 829 180,08 M.	
Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1902 Bestand in Wertpapieren etc. (wie oben)	57 829 178,88 M.	636 488,66 M.
		58 464 667,54 M.

Vorstehende Rechnungs-Abschlüsse werden hierdurch gemäss §§ 18 und 20 der Satzungen der Landes-Versicherungsanstalt Berlin mit dem Bemerken veröffentlicht, dass die Jahresrechnung für 1902 von dem Ausschusse der Anstalt in der Sitzung vom 4. Dezember 1903 abgenommen worden ist.  
Berlin, den 22. Dezember 1903.

**Der Vorstand**  
**der Landes-Versicherungsanstalt Berlin.**  
Dr. Freund. Dr. Sträter.

Der Rechnung Kapit. Titel	Ausgabe	Ist-Ausgabe	
		im einzelnen M. Pf.	im ganzen M. Pf.
I	Beiträge		40 342 36
II	Zinsen		30 280 75
III	Miete und Pacht für Grundbesitz:		
1	Grundstücke für Zwecke der Verwaltung		
2	Heilstätten, Genesungshäuser, Invalidenhäuser etc.		
3	Sonstige Grundstücke		
	Summe Kapitel III		--
IV	Strafgelder		1 --
V	Renten (§§ 125 bis 127 des Gesetzes)		3 095 000 56
VI	Beitragsersparungen (§§ 127, 128 Absatz 6 des Gesetzes)		447 635 48